

Professorin an der TH/TU Dresden seit 1960

Als Lieselott Herforth 1960 den Ruf an die Fakultät für Kerntechnik der TH Dresden bekam, hatte sie sich eingedenk ihrer Maxime „Gehe immer dahin, wo Du am meisten gebraucht wirst!“ einmal mehr zu entscheiden. Dass die Radiochemie in Dresden konzentriert werden sollte und der Aufbau ihrer Merseburger Abteilung damit an seine Grenzen gestoßen war, dürfte ihr die Entscheidung erleichtert haben. Der Ruf war für sie ehrenvoll, war die TH Dresden doch die größte technische Bildungseinrichtung in der DDR, die über die einzige Kerntechnische Fakultät verfügte und in deren Umfeld zudem mehrere Institute und Betriebe lagen, die auf dem Gebiet der Kernforschung und Kerntechnik arbeiteten. Lieselott Herforth entschied sich für Dresden. In dieser Stadt würde sie ein halbes Jahrhundert verbringen, und die dortige akademische technische Bildungsstätte wurde ihr Wirkungsfeld für lange Zeit.

1. ZUR GESCHICHTE DER TH DRESDEN

Lieselott Herforth hat sich stets dafür eingesetzt, Frauen für naturwissenschaftlich-technische Berufe und Studien zu interessieren. Wusste sie 1960 schon, dass die Ausbildung von Mathematikern und Physikern an der TH Dresden eine lange Tradition hatte und dass hier auch viele Frauen diese Fächer „auf das höhere Schulamt“ studiert hatten? Die TH Dresden hat bis 1945 mehr Promovenden der Mathematik hervorgebracht als jede andere deutsche TH; und unter diesen waren immerhin sieben Frauen, während an anderen Technischen Hochschulen „jeweils nur eine oder keine Frau diese Hürde nahm“. ¹⁹⁸ Fast 75% der „frühen Promovendinnen“ ¹⁹⁹ der TH Dresden hatten in ihrer Dissertation ein mathematisch-naturwissenschaftliches oder (seltener) technisches Thema behandelt. Unter ihnen waren so namhafte Wissenschaftlerinnen wie die Physikerin Eleonore Trefftz ²⁰⁰, die Chemikerin Edith Weyde, die Forstwissenschaftlerin Helene Francke-Grosmann ²⁰¹, die angewandte Mathematikerin Ingeborg Ginzel. ²⁰² Johanna Weinmeister war 1913 die erste Frau,

die an der TH Dresden nicht nur studiert, sondern ihr Studium auch erfolgreich abgeschlossen hat, sie arbeitete danach als Lehrerin für Mathematik und Physik an höheren Schulen. Gertrud Wiegandt, Absolventin und frühe Promovendin der Dresdner Lehrerabteilung, war langjährige Lehrstuhlassistentin des Professors für Reine Mathematik, Gerhard Kowalewski. Auch ihre ältere Schwester Johanna Wiegandt hatte an der TH Dresden die Prüfung für das höhere Schulamt abgelegt und war 1919 als erste Frau von der TH – mit einer mathematischen Dissertation – promoviert worden.²⁰³

Die Vergangenheit der TH Dresden war mit nicht wenigen klangvollen Namen verbunden.²⁰⁴ Unter dem Direktorat von Gustav Zeuner, das 1873 begann, hatte sich das Polytechnikum bis 1890 zur Technischen Hochschule entwickelt. Zeuners Bestreben war, die technischen Richtungen durch ein sicheres theoretisches Fundament zu verwissenschaftlichen. Damit eng verbunden war die Stärkung der „Lehrerabteilung“. Die Lehrerausbildung ging bereits auf das Gründungsjahr 1828 der Technischen Bildungsanstalt zurück, sie wurde 1862 institutionalisiert, stand lange Zeit unter der Leitung des Professors der Mathematik Oskar Schlömilch und konnte 1945 auf die längste ungebrochene Tradition im deutschen technischen Hochschulwesen zurückblicken. Natürlich ist an einer technischen Bildungseinrichtung die Grundausbildung der Ingenieure die Hauptaufgabe der Mathematiker und Physiker, aber gerade durch die Möglichkeit, daneben auch Nachwuchs für das eigene Fach auszubilden, gelang es Gustav Zeuner, so hervorragende Mathematiker wie Leo Königsberger, Louis Burmester, Axel Harnack, und den Physiker August Toepler für die „Lehrerabteilung“ zu gewinnen. Seit 1879 gab es am Dresdner Polytechnikum eine Prüfungskommission für Lehrer des höheren Schulamts der mathematisch-physikalischen und eine für Lehrer der technischen Richtung. Die allgemein bildenden Fächer, wie Sprachen, Literatur- und Kulturgeschichte, waren auch vorher gut vertreten, unter Gustav Zeuner kamen in rascher Folge weitere Professuren und andere Einrichtungen der Allgemeinbildung hinzu.²⁰⁵

Durch die Verleihung des Promotionsrechts an die deutschen technischen Hochschulen um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wurde die technische Bildung entscheidend aufgewertet, – der Bedeutung entsprechend, die sie seit langem für die Gesellschaft hatte. Die Anzahl der erfolgreich abgeschlossenen Promotionsverfahren ist auch ein Maß für die Anziehungskraft und das wissenschaftliche Niveau von Forschung und Lehre einer Bildungsstätte. Damit lag die TH Dresden Anfang 1913 unter den deutschen technischen Hochschulen ganz vorn; seit 1900 hatte sie 363 Doktor-Ingenieure hervorgebracht, gefolgt von der TH München mit 335 und der TH Berlin-Charlottenburg mit 240, obwohl diese beiden Hochschulen eine wesentlich höhere Frequenz als die Dresdner hatten.²⁰⁶

Laut Bekanntmachung des Königlich Sächsischen Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts vom 7. September 1912 durfte nun (endlich) durch die Allgemeine Abteilung der TH Dresden, in die die „Lehrerabteilung“ derzeit integriert

war, die Würde eines Doktors der technischen Wissenschaften (*doctor rerum technicarum*, *Dr.rer.techn.*) verliehen werden. Voraussetzung war die bestandene Prüfung für das höhere Schulamt und eine Dissertation auf mathematischem oder physikalischem Gebiet, andere Fächer kamen später hinzu.²⁰⁷ Das war ein großer Erfolg für die Dresdner Ordinarien der Mathematik und Physik, mussten doch nun die in Dresden ausgebildeten und geprüften höheren Lehrer bei Promotionswunsch nicht mehr an die Universität wechseln. Eine entsprechende Promotionsmöglichkeit gab es vorher bereits an der TH München, aber an keiner der anderen deutschen Technischen Hochschulen. Die TH Dresden war 1945 die einzige, an der das gesamte Spektrum der Naturwissenschaften, eingeschlossen Botanik und Zoologie, studiert und mit der Promotion gekrönt werden konnte. Natürlich wurden auch höhere Lehrer für Chemie an der TH Dresden ausgebildet, die dann mit einer Dissertation aus diesem Fach zum *Dr.rer.techn.* promovieren konnten. Aus der „Chemischen Abteilung“ gingen aber vor allem Diplom-Ingenieure hervor, sie gehörte zu den technischen Abteilungen.

Mit der Entstehung der Funktechnik und mit den Anfängen der Elektronik musste das Gesamtgebiet der Schwachstromtechnik, das Fernsprech-, Funk- und Telegraphentechnik umfasste, auf ein höheres wissenschaftliches Niveau gehoben werden. Heinrich Barkhausen, 1911 an die TH Dresden berufen, gründete hier das erste deutsche „Schwachstrominstitut“. Damit hatte sich die Differenzierung der Elektrotechnik in Stark- und Schwachstromtechnik erstmals institutionalisiert. Bis zu Beginn der dreißiger Jahre vollzog sich dieser Prozess auch international.

Für künftige Chemiker wurde die TH Dresden seit den 1890er Jahren zunehmend interessant. Seit 1880 hatte Walther Hempel den Lehrstuhl für Technische Chemie inne. Ausgehend von der Überzeugung, dass die aus der TH Dresden hervorgehenden technischen Chemiker die theoretische und die angewandte Chemie als Einheit kennenlernen müssten, wurden auf seine Initiative hin die beiden bisherigen chemischen Professuren umgewidmet. Ein Lehrstuhl vertrat hinfort die organische und organisch-technische Chemie, der andere die anorganische und anorganisch-technische Chemie. Die an der TH Dresden vollzogene Einteilung setzte sich, wenngleich zögerlich, auch an anderen Hochschulen durch. Hempel stand nun für den „anorganischen Teil“, für den „organischen Teil“ wurde Ernst von Meyer berufen. Die wachsende Anziehungskraft der TH Dresden für Chemiestudenten resultierte jedoch vor allem aus den in Dresden neuinstallierten chemischen Disziplinen. Bis 1907 traten neben die bereits bestehenden beiden Ordinariate drei weitere Ordinariate bzw. Extraordinariate: für Elektrochemie und Physikalische Chemie, für Farbenchemie und Färbereitechnik und für Wissenschaftliche Photographie. Sie standen in enger Beziehung zur sächsischen Industrie. Das Dresdner Institut für Elektrochemie und Physikalische Chemie, mit dem Namen Fritz Foerster verbunden, begründete eine eigene Schule der technischen Elektrochemie – neben den mehr theoretisch ausgerichteten von Wilhelm Ostwald im benachbarten Leipzig

und Walther Nernst in Berlin. Das Institut für Farbenchemie und Färbereitechnik war noch nach dem 2. Weltkrieg das einzige derartige in ganz Deutschland, mit dem langjährigen Direktor Walter König. Das Institut für Wissenschaftliche Photographie (IWP), wesentlich mit Mitteln der hochentwickelten Dresdner photographischen und optischen Industrie – insbesondere der Ernemann-Werke – begründet und lange von dem Ostwald-Schüler Robert Luther geleitet, war ebenfalls einzigartig und eine „Kaderschmiede“ für ganz Deutschland.²⁰⁸

1921 wurde die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Abteilung der TH Dresden, ihrer gewachsenen Bedeutung gemäß, von der Allgemeinen Abteilung abgespaltet. Sie bildete nicht mehr nur die höheren Lehrer der Mathematik und Naturwissenschaften aus, sondern auch Technische Physiker und (seit 1925) Angewandte Mathematiker, die die Grade Dipl.-Ing. und Dr.-Ing. erwerben konnten.²⁰⁹

Aus einer über Jahrzehnte gewachsenen Tradition heraus, die bis auf das Jahr 1850 zurückgeht und durch Victor Böhmert, seit 1875 Professor für Nationalökonomie und Statistik, ausgebaut und gefestigt wurde, führte die TH Dresden 1922 – als erste deutsche Technische Hochschule – das Vollstudium der Volkswirtschaft ein; damit hatte nun die „neue“ Allgemeine Abteilung ebenfalls ihre „eigene Aufgabe“, neben den althergebrachten „Dienstleistungen“ für die technischen Abteilungen. Die Allgemeine Abteilung verlieh den Grad „Diplom-Volkswirt“ und hatte seit 1923 das Recht, zum „Doktor der Wirtschaftswissenschaften“ (Dr.rer.oec.) zu promovieren. 1924 wurde das Pädagogische Institut (PI) Dresden-Strehlen der Allgemeinen Abteilung der TH Dresden angegliedert, die dadurch mit der Heranbildung von Volksschullehrern eine weitere „eigene Aufgabe“ bekam und entsprechend ausgebaut wurde. 1925 wurde sie in „Kulturwissenschaftliche Abteilung“ umbenannt. Seit dem 1. März 1928 durfte sie auch zum Doktor der Kulturwissenschaften (Dr.rer.cult.) promovieren, – eine Möglichkeit für Absolventen der TH Dresden, die am PI die Prüfung für das Lehramt an den Volksschulen abgelegt hatten.²¹⁰

Im Jahre 1930 waren 620 Studierende in der Math.-Nat. Abteilung eingeschrieben. Das Spektrum der Fächer für das Studium des höheren Schulamts war nach und nach auf alle naturwissenschaftlichen Fächer erweitert worden, dazu aber auch auf Turnen, Zeichnen und Musik, wobei die drei letztgenannten Fächer stets an ein „wissenschaftliches Fach“ gekoppelt waren.

Mit dem Jahre 1933 begann der Niedergang der TH Dresden wie der der anderen deutschen Hochschulen. Bis 1938 sank die Zahl ihrer Studierenden auf etwas mehr als ein Viertel des Jahres 1931 ab, von 4108 (WS 30/31) auf 1124 (WS 37/38). Der Rückgang der Studierendenzahlen zeigte sich besonders drastisch in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen und in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung. Zu den Gründen dafür, die an allen Hochschulen wirkten, kam in Dresden die starke personelle Dezimierung der Kulturwissenschaftlichen Abteilung durch die Entlassung unerwünschter Lehrkräfte und die Aufhebung der akademischen Volksschullehrerbildung.²¹¹

Durch die Bombardements am 13./14. Februar 1945 war auch die TH Dresden schwer getroffen worden, sie wurde zu etwa 85% zerstört. Das Hauptgebäude in der Nähe des Hauptbahnhofs, das „alte Polytechnikum“ war unbenutzbar geworden und musste später abgerissen werden. Die Gebäude der TH in Dresden-Plauen hatten schwere Schäden erlitten.

Die sowjetische Besatzungsmacht in Dresden besuchte bereits am 9. Mai die TH und orientierte auf deren rasche Wiedereröffnung. Am 26. Juli 1945 wurde Enno Heidebroek von den „stimmberechtigten Professoren der TH Dresden [...] zum Rektor dieser Hochschule einstimmig [...] gewählt und am 17. August 1945 mit Wirkung vom 26. Juli 1945“ vom Präsidenten der Landesverwaltung Sachsen, Dr. Friedrichs, in seinem Amte bestätigt.²¹² Der Ausbildungsbetrieb ruhte zwar, doch wurde in den Struktureinheiten gearbeitet. Die letzten Promotionen vor dem Ende des Krieges hatten am 22. und 23. Februar 1945 stattgefunden; nach Kriegsende folgten bis zum Oktober 1945 vier weitere Promotionen, darunter war die von Eleonore Trefftz, einer der Töchter des 1937 verstorbenen Professors Erich Trefftz, die den Grad Dr.rer.nat. erwarb; sie war später eine der wenigen Frauen unter den wiss. Mitgliedern der Max-Planck-Gesellschaft. (Den Kontakt zu Dresden und zur TH erhielt sie stets aufrecht; in Dresden lebten ihre Mutter Frieda Trefftz und ihre Schwester Dr. Friederike Trefftz, eine angesehene Ärztin und Radiologin.)

Der Neueröffnung der Universitäten und Hochschulen in der Sowjetischen Besatzungszone ging eine 1. Hochschulreform voraus, deren Ziel die Entnazifizierung, die Humanisierung und die Demokratisierung des Hochschulwesens war. Vorbereitet in den Fakultäten und deren Einheiten, erfolgte die große Welle der Entlassungen politisch Belasteter der TH Dresden in zwei Schüben: Die „Liste der am 31.10.1945 zur Entlassung gekommenen Hochschulangehörigen“ enthielt 148 Namen, darunter waren 19 Professoren, in der „Liste der am 15.11.1945 zur Entlassung gekommenen Hochschulangehörigen“ wurden noch einmal 118 Personen aufgeführt, darunter 16 Professoren und ein Dozent.²¹³ Während die Universität Leipzig bereits am 5. Februar 1946 den Vorlesungsbetrieb wieder aufnehmen konnte, dauerte es an der TH Dresden ein halbes Jahr länger; sie nahm den Studienbetrieb am 1. Oktober 1946 mit drei Fakultäten – der Pädagogischen Fakultät, der Fakultät für kommunale Wirtschaft und der Fakultät für Forst- und Landwirtschaft – und 450 Studierenden auf. Die Eröffnungsfeier hatte am 18. September 1946 unter zahlreicher und ranghoher Beteiligung stattgefunden. Zu den Rednern gehörten der Philosoph Prof. Dr. Hans-Georg Gadamer, Rektor der Universität Leipzig, und Prof. Dr. Theodor Brugsch, Direktor der Ersten medizinischen Universitätsklinik der Charité in Berlin, der in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetischen Besatzungszone sprach. In seiner Rede wies Brugsch auf die Hauptaufgabe der Hochschulen hin, die darin bestehe, „die großen mathematisch-naturwissenschaftlichen Erkenntnisse des Jahrhunderts zu verarbeiten und sie unserem Volke und der Menschheit schlechthin

dienstbar zu machen“. Dazu bedürfe es einer geeigneten Grundeinstellung dem Leben und der Menschheit gegenüber. Brugsch betonte: „Wir können in der heutigen Zeit, die einen völligen Bruch mit der jüngsten Vergangenheit darstellt, keine andere Lebensanschauung haben als eine sozialistische. Das Christentum verspricht uns ein Jenseits, aber wir wollen unser Volk im Diesseits glücklich wissen und zwar jeden unserer Volksgenossen, der guten Willens ist [...] Die Lebensanschauung, die heute einzig und allein ihre Berechtigung hat, muss aus dem sozialen Gewissen kommen [...]“²¹⁴

Die „Volleröffnung“ der Hochschule mit einem breiteren Spektrum angebotener Studiengänge erfolgte mit dem WS 1947/48; 1949 hatte die TH bereits wieder 2180 Studierende. Am Neuaufbau der TH nach dem 2. Weltkrieg hatten so bedeutende Wissenschaftler wie Enno Heidebroek, Friedrich Adolf Willers, Georg Berndt, Heinrich Barkhausen, Kurt Beyer, Arthur Simon, Kurt Schwabe großen Anteil.

Wesentlicher Bestandteil der Hochschulreform in der SBZ nach dem Ende des Krieges war die Brechung des Bildungsprivilegs der bürgerlichen und der anderen bisher bevorzugten Schichten. Eine Analyse der Zusammensetzung der Studentenschaft vor 1945 ergab, dass nur 5% aus der Arbeiterklasse stammten. Um verstärkt auch „Arbeiterstudenten auf die Universität“ zu bringen, wurden Vorkurse eingerichtet – für Sachsen in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Plauen und Görlitz. Am Kurs vom 1. März bis zum 30. September 1946 nahmen rund 1000 Werktätige teil. Später wurde diese Studienvorbereitung durch die Arbeiter- und Bauern-Fakultäten (ABF) der Hochschulen und Universitäten übernommen. An der TH Dresden erfolgte die Gründung der ABF am 1. Oktober 1949 mit 380 immatrikulierten Arbeiterstudentinnen und -studenten.²¹⁵ Mit dem Ausbau des Schulsystems in der DDR hatten die ABF ihre historische Mission erfüllt. Fast alle ABF wurden geschlossen, die der TU Dresden 1963, nur die ABF der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Bergakademie Freiberg blieben bestehen, aber mit anderer Zielrichtung. An der ABF der TH/TU Dresden hatten insgesamt 4271 junge Menschen ihr Rüstzeug für ein erfolgreiches Studium an den Fachfakultäten erhalten. Es sei erwähnt, dass unter den Lehrkräften der ABF auch „frühe Promovenden“ der TH Dresden waren.

Zwei frühe Promovenden der TH Dresden als Dozenten an der ABF

*Suse Weiner*²¹⁶ (1894-1985) hatte an der TH Dresden und an den Universitäten Rostock und München Mathematik und Physik studiert, an der TH Dresden 1923 die Prüfung für das höhere Schulamt abgelegt, mit Lehrbefähigung je 1. Stufe für Reine Mathematik, Physik und Chemie, und 1924 bei Gerhard Kowalewski mit der Arbeit „Zur natürlichen Geometrie der projektiven Gruppe“ promoviert. Bis Ende Februar 1946 hatte sie – mit kurzen Unterbrechungen in den ersten Nachkriegsmo-

naten – an der Höheren Mädchen-Schule Dresden-Neustadt unterrichtet, seit 1928 als Studienrätin. Der NSDAP hatte sie nicht angehört; sie galt als politisch unbelastet und durfte daher nach 1945 weiterhin im staatlichen Schuldienst tätig sein. Seit März 1946 war sie Dozentin in den neu eingerichteten Vorbereitungskursen, ab 1949 dann an der ABF der TH Dresden. Bis September 1951 war sie Leiterin des Fachbereichs Mathematik der ABF; sie ging am 31. August 1954 in den Ruhestand, vor allem aus gesundheitlichen Gründen.

*Martin Böhme*²¹⁷ (1906-1986) hatte an der TH Dresden und an der Staatlichen Turnlehrerbildungsanstalt studiert und im November 1929 die Prüfung für das höhere Schulamt der turnerisch-wissenschaftlichen Richtung abgelegt, mit sehr guten Ergebnissen in Mathematik und Sport und guten in Physik. Auch er promovierte bei Gerhard Kowalewski – im Jahre 1934 aufgrund der Dissertationsschrift „Beiträge zur natürlichen Geometrie“. Er lehrte an der Deutschen (Internats-) Oberschule in Lichtenstein-Callnberg, leistete seit 1939 Kriegsdienst, geriet im Mai 1945 in russische Gefangenschaft, hatte hier Gelegenheit, neben der Arbeit in einem Sägewerk und einem Traktorenwerk eine Antifa-Schule zu besuchen und wurde Anfang 1949 aus der Gefangenschaft entlassen. Da er Mitglied der NSDAP gewesen war, blieb ihm der Schuldienst verschlossen. Nachdem er sich jedoch einige Jahre als Arbeiter bei der „Wismut“ sehr bewährt hatte, wurde er als Mathematikdozent an der ABF der TH Dresden eingestellt. Nach einigen Jahren wechselte er an die ABF der Bergakademie Freiberg; er wirkte später lange Zeit, zuletzt als Professor, am PI bzw. an der PH „Karl Friedrich Wilhelm Wander“ Dresden.

2. NEUES IM HOCHSCHULWESEN DER DDR UND AN DER TH DRESDEN ANFANG DER 50ER JAHRE

Nach ihrer Gründung im September bzw. Oktober 1949 gingen beide deutsche Staaten hinfort in den getrennten Einflussphären der Siegermächte des 2. Weltkriegs gesonderte Wege der gesellschaftlichen Entwicklung. Um 1950/51 wurde auch das Hochschulwesen der DDR den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen angepasst. Bereits 1950 wurde eine bisher in Deutschland noch nicht dagewesene Studienform eingeführt: das Hochschulfernstudium, das später durch das Hochschulabendstudium ergänzt wurde. Diese Studienformen sollten es denen, die bereits verantwortungsvolle Positionen in der Industrie einnahmen, ermöglichen, neben der Berufstätigkeit notwendige akademische Abschlüsse zu erwerben. Die sehr anstrengenden Studien wurden durch eine gute Zusammenarbeit zwischen dem delegierenden Betrieb und der ausbildenden Hochschule erleichtert; in regelmäßigen Abständen kamen die Fernstudentinnen und -studenten zu komprimierten Lern-, Konsultations- und Prüfungsphasen am Hochschulort oder einer für sie bequemer

zu erreichenden Außenstelle zusammen. Dafür wurden sie vom Betrieb (bezahlt) freigestellt. Unverzichtbare Grundbedingung für den erfolgreichen Abschluss des Fernstudiums war kontinuierliches Selbststudium nach Arbeitsschluss und an den Wochenenden, dazu stellten die Hochschulen spezifisches „Studienmaterial für das Fernstudium“ zur Verfügung. Auch Lieselott Herforth würde später mit ihren Mitarbeitern Studienhefte für Fern- und Abendstudenten erarbeiten. Auch unter den Dozenten für das Fernstudium fanden sich „frühe Promovenden“ der TH Dresden.

Zwei frühe Promovenden der TH Dresden als Dozenten im Fernstudium

*Johanna Wiegandt*²¹⁸ (1893-1967) hatte Mathematik und Physik an der TH Dresden und an den Universitäten Göttingen und Heidelberg studiert, 1919 an der TH Dresden die Prüfung für das höhere Schulamt abgelegt und noch im selben Jahr bei Martin Krause, Professor für Reine Mathematik, mit der Arbeit „Über den Zusammenhang zwischen ähnlich-veränderlichen und starren Systemen“ promoviert. Sie unterrichtete an der Dresdner „Studienanstalt für Mädchen“, seit 1926 als Studienrätin. Nachdem sie als Lehrerin in den Ruhestand getreten war, arbeitete sie – sehr erfolgreich – von 1956 bis 1967 freiberuflich als Dozentin im Fernstudium der TH/TU Dresden.

Walter Thürmer (1896-1971) hatte 1922 an der TH Dresden die Prüfung für das höhere Schulamt abgelegt und 1923 bei Walter Ludwig, Professor für Darstellende Geometrie, mit der Arbeit „Beitrag zur Geometrie der Berührungstransformationen von Sophus Lie“ promoviert. 1924 bis 1948 war er Angestellter, später Mitinhaber und Geschäftsführer der Kaffeerösterei und Kaffee-Ersatzfabrik Max Thürmer in Dresden sowie Geschäftsführer der Lebensmittelgroßhandlung Max Knauth und der Zigarren-Groß- und Einzelhandlung Schramm und Echtermayer in Dresden. Nach dem 2. Weltkrieg bekleidete er – als Mitglied der LDPD – einige Jahre Ämter in der Dresdner Kommunalpolitik und in der sächsischen Landespolitik. Seit 1951 war er als Mathematiker beim Fernstudium beschäftigt, zuletzt als Leiter der Außenstelle Dresden der Hauptabteilung Fern- und Abendstudium der TU Dresden. Am Aufbau des Abendstudiums war er entscheidend beteiligt; 1966 erhielt er den Professorentitel.²¹⁹ 1963 sollte Lieselott Herforth seine Kollegin in der Volkskammer der DDR werden, sie als Abgeordnete des FDGB, er als Abgeordneter der LDPD.

Die 2. Hochschulreform von 1950/51 hatte einige entscheidende Veränderungen gebracht. Dazu gehörten die Einführung des 10-Monatsstudienjahres zum 1. September 1951, die Festlegung bindender Studienpläne für jeden Lehrenden und jeden Studierenden und die obligatorischen Zwischenprüfungen am Ende des Studienjahres, die Einbindung eines gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums in alle

Studiengänge, mit ökonomischen Spezialvorlesungen in allen technischen Fachrichtungen. Bei der Neueröffnung der TH Dresden im Jahre 1946 hatte die Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen, die für die demokratische Umgestaltung von Bildung und Erziehung dringend notwendig waren, einen Schwerpunkt gebildet. In der Zeitspanne zwischen 1950 und 1952, in der die TH Dresden dem Ministerium für Industrie unterstellt war, begann ihre Neu-Profilierung mit dem Schwerpunkt der Ausbildung von Technikern und Ingenieuren. An der TH blieb das Studium der Berufspädagogik bestehen, die Ausbildung von Grund- und Oberschullehrern wurde jedoch mit dem SS 1950 an der Universität Leipzig konzentriert. Damit wurde die lange Tradition der Bildung höherer Lehrer und Lehrerinnen der Mathematik und der Naturwissenschaften an der TH Dresden abgebrochen. Die lange Zeit wesentlich an die höhere Lehrerbildung geknüpfte Ausbildung math.-nat. Fachnachwuchses wurde allerdings nicht unterbrochen: Sie erfolgte weiterhin in den Diplom-Studiengängen.²²⁰ Schon 1956 war die TH Dresden die „größte polytechnische Schule ganz Deutschlands“²²¹. Im Zuge des Ausbaus der TH Dresden zur technischen Leitausbildungsstätte der DDR, „als größtem Ausbildungszentrum unseres akademischen Nachwuchses auf naturwissenschaftlichem, technischem und wirtschaftlichem Gebiet“²²² wurden auch umfangreiche Bauvorhaben realisiert, darunter waren der großzügige Gebäudekomplex für die Mathematischen und die Physikalischen Institute am Zelleschen Weg.

3. ZU EINIGEN VERÄNDERUNGEN IN DER DDR ANFANG DER 1960ER JAHRE

Wegen des Viermächtestatus von Berlin war in dieser Stadt die Grenze zwischen DDR und BRD offen. Am 13. August 1961 baute die DDR Grenzbefestigungen zur BRD auch um Berlin-West herum. Damit waren die Grenzen zwischen den beiden weltpolitischen Lagern geschlossen.

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität (AP) war 1961 hinter dem Planziel zurückgeblieben, ein großangelegtes „Produktionsaufgebot“ wirkte dem entgegen und hatte im Spätsommer 1962 seine Aufgabe erfüllt, von 1961 bis 1962 wuchs die AP um 9%. 1961 wurde die Bewegung zur Gründung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) unterschiedlichen Typus im wesentlichen abgeschlossen. Bis zum Spätherbst 1962 waren die damit verbundenen Transformations-schwierigkeiten gemeistert, und die vorübergehende Rationierung von Fleisch- und Wurstwaren, die über einige Monate hinweg nötig gewesen war, konnte aufgehoben werden. Durch die genossenschaftliche Großraumbewirtschaftung erhöhte sich die Effektivität der landwirtschaftlichen Produktion nachhaltig, und die DDR wurde von Importen an Nahrungsgütern weitgehend unabhängig. Gegenüber 1950 hatte

sich das Bruttoprodukt der Volkswirtschaft der DDR im Jahre 1962 fast verdreifacht. Daran beteiligt waren volkseigene Betriebe mit rund 72 %, genossenschaftliche mit etwa 13%, private mit knapp 8%, dazu kamen Betriebe mit staatlicher Beteiligung und solche mit Kommissionsvertrag.

Für die Nationale Volksarmee, 1956 als Freiwilligenarmee gegründet, wurde im Januar 1962 die Wehrpflicht eingeführt.

Nachdem Wilhelm Pieck, der Präsident der DDR, am 7. September 1960 gestorben war, wurde von der Volkskammer am 12. September 1960 das „Gesetz über die Bildung des Staatsrates“ beschlossen. Hinfort stand an der Spitze der DDR der Staatsrat. Staatsratsvorsitzender wurde Walter Ulbricht, der gleichzeitig Erster Sekretär des ZK der SED war, im Staatsrat standen ihm neben seinen Stellvertretern und dem Sekretär 16 weitere Mitglieder zur Seite.

Nach dem 2. Weltkrieg bröckelte das Kolonialsystem. Nationale Befreiungsbewegungen waren erfolgreich. Zwischen 1945 und 1960 haben 40 bis dahin koloniale und abhängige Länder in Afrika und Asien ihre Unabhängigkeit erkämpft, davon allein 17 im Jahre 1960. In den 1960er Jahren bildeten sich zwischen Hochschulen der DDR, wie der TH/TU Dresden, und einigen dieser jungen Nationalstaaten gute Beziehungen heraus.

4. LIESELOTT HERFORTH AN DER FAKULTÄT FÜR KERNTECHNIK

Unter den fast 14 Tausend Direktstudierenden der TH Dresden im Jahre 1960 waren 240 künftige Diplom-Mathematiker/innen und 500 künftige Diplom-Physiker/innen. Im Studienjahr 1960/61 gab es an der TH elf Fakultäten und vier selbständige Institute bzw. Hauptabteilungen, darunter die Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften (N), für Maschinenwesen (M), für Elektrotechnik (E) und für Kerntechnik (K).

Hintergrund und Umfeld der Fakultät K

Nach den mit der Sowjetunion abgeschlossenen Verträgen und mit der personellen Startbasis der „Rückkehrer“ zielte die DDR seit Mitte der 50er Jahre darauf, die Zuwachsraten des Energiebedarfs mittel- und langfristig durch Atomenergie zu decken. Voraussetzung war, dass zu gegebener Zeit geeignet ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung standen: für die Konstruktion und den Aufbau von AKW, für deren sicheren Dauerbetrieb, für die Gewährung des Strahlenschutzes. Außerdem sollte die Anwendung radioaktiver Isotope in der Industrie verstärkt werden. Seit 1955 entwickelte sich das Dreieck Dresden – Rossendorf – Leipzig zu einem Schwer-

punkt der Atomforschung und Atomtechnik mit der einzigen Fakultät für Kerntechnik der DDR an der TH Dresden, dem Zentralinstitut für Kernforschung (ZfK) in Rossendorf bei Dresden, dem Institut für angewandte Radioaktivität, dem „Institut Manfred von Ardenne“, dem VEB Vakutronik Dresden – einem wissenschaftlichen Industriebetrieb – und dem VEB Vakutronik Pockau, zunächst Zweigbetrieb des VEB Vakutronik Dresden und seit 1960 selbständig, in dem Kontroll- und Messgeräte für die Kerntechnik hergestellt wurden. Im Juni 1960 fand in Rossendorf die erste Internationale Reaktorenkonferenz statt, an der 150 Wissenschaftler aus den am VIK Dubna beteiligten Staaten teilnahmen. Ein weiterer Schwerpunkt war Berlin mit seinem Umfeld. Seit 1956 arbeiteten in Berlin das Wissenschaftlich-Technische Büro für Reaktorbau und die Aufbauleitung des Atomkraftwerkes I. An ihre Stelle traten Anfang 1961 zwei kerntechnische Betriebe der DDR, der VEB Entwicklung und Projektierung kerntechnischer Anlagen (VEB EPKA, Sitz Berlin, Leiter bis Ende August 1962 Max Steenbeck) und der VEB Atomkraftwerk I mit Sitz in Rheinsberg/Mark.²²³

Die Fakultät für Kerntechnik und ihre Institute

Die Wirkungsorte der Fakultät K waren die Gebäude in der Würzburger Straße 69 und in der Liebigstraße 30; im Jahre 1958 kam noch die Außenstelle in Pirna-Copitz, Pratzschwitzer Straße 15, hinzu. Die Isotope wurden zunächst im überdachten „Swimming-Pool“ der Liebigstraße 30 gelagert. Das zentrale neue Gebäude der Fakultät am Zelleschen Weg 19 konnte erst ab 1959 nach und nach bezogen werden. Es gab drei Institute: für allgemeine Kerntechnik, für experimentelle Kernforschung und für Anwendung radioaktiver Isotope. Direktor des Instituts für allgemeine Kerntechnik und erster Dekan der Fakultät war Wilhelm Macke, der gleichzeitig mit dem Lehrstuhl für Theoretische Physik zur Fakultät N gehörte. Seinem Institut gehörte auch Professor Heinz Pose mit dem Lehrstuhl für Neutronenphysik an, er hatte seine Arbeitsstätte in Copitz. An der Spitze des Instituts für experimentelle Kernforschung stand bis 1958 Josef Schintlmeister mit dem gleichnamigen Lehrstuhl, gefolgt von Paul Kunze, dem Entdecker des Positrons, der von der Universität Rostock kam, er war von 1958 bis 1960 Dekan der Fakultät K. Das Institut für Anwendung radioaktiver Isotope wurde von Werner Lange geleitet; dieser war 1955 auch Leiter der „Arbeitsgruppe Metallurgie“ bei der DAW geworden, und von 1956 bis zum Eintritt in den Ruhestand 1978 war er – bis 1962 parallel zur Arbeit in Dresden – Direktor des Forschungsinstituts für NE-Metalle in Freiberg. Zum Institut für Anwendung radioaktiver Isotope gehörte seit 1958 die „Arbeitsgruppe Technische Isotopenanwendung“ (kurz: „Gruppe Technik“) mit Sitz in Pirna-Copitz. Die Fakultät K war personell eng verzahnt mit dem ZfK und den anderen kernphysikalisch-kerntechnischen Einrichtungen in und um Dresden. Da es Mitte der 50er Jahre

an Fachkräften noch mangelte, mussten die wenigen Spezialisten mehrfach eingesetzt werden, und an der Fakultät K lasen sie eben überwiegend als *nebenamtliche* Professoren, so vertrat Heinz Barwich, Direktor des ZfK, die Kernenergetik, Ernst Rexer las über Werkstoffe der Kerntechnik und Werner Hartmann über Kernphysikalische Elektronik. 1960 konnten die Studierenden der Fakultät K unter vier Fachrichtungen wählen: Kernphysik, Kernenergetik, Strahlenmesstechnik, Radiochemie. Fachrichtungsleiter waren Josef Schintlmeister (nun hauptamtlich am ZfK), Heinz Barwich, Werner Hartmann, Werner Lange. Als Lieselott Herforth in die Fakultät kam, waren dort außer ihr nur Paul Kunze und Heinz Pose hauptamtliche Professoren. Da die meisten der an der Fakultät lehrenden Wissenschaftler lange Zeit erfolgreich in der UdSSR gearbeitet hatten und sehr gut russisch sprachen, war es ganz selbstverständlich, dass von Anfang an gute Kontakte zur sowjetischen Wissenschaft und insbesondere zum VIK in Dubna bei Moskau bestanden. Heinz Pose, ein Schüler von Gustav Hertz, gehörte seit Gründung des VIK am 26. März 1956 als erster DDR-Vertreter dessen Wissenschaftlichem Rat an; 1959 kam er an die TH Dresden. Die Zusammenarbeit mit der SU schlug sich in der Lehre, in Graduierungen und Weiterbildungen, in Tagungsbesuchen nieder.²²⁴

Gisbert Großmann hatte in Leningrad²²⁵ Chemie studiert und dort 1956 diplomiert; er wurde Assistent am Institut für Anwendung radioaktiver Isotope, und zwar bei Hans-Joachim Born. Born war nach seiner Rückkehr aus der UdSSR an das von Walter Friedrich geleitete DAW-Institut für Medizin und Biologie Berlin-Buch gekommen, nicht lange, nachdem Lieselott Herforth es verlassen hatte; er leitete nun in Buch das Institut für Isotopenforschung. 1956 habilitierte er sich an der TH Dresden mit der Arbeit „Radiochemie und Anwendung radioaktiver Isotope“ und lehrte hier nebenamtlich Spezialgebiete der Radiochemie. Sein Assistent Großmann bereitete erfolgreich das radiochemische Praktikum vor, das ab Herbstsemester 1957 an der TH Dresden durchgeführt werden konnte.²²⁶ Im Oktober 1957 nahm Großmann auf Vorschlag des SfH²²⁷ die wissenschaftliche Aspirantur an der Lenin-grader Universität auf, die er 1959 mit der Promotion abschloss. Als er nach Dresden zurückkehrte, fand er Hans-Joachim Born nicht mehr vor. Dieser hatte die DDR verlassen und betrieb nun Radiochemie an der TH München, seit 1962 als ord. Professor. Im HS 1960 las ein sowjetischer Gastdozent, der Kandidat der chemischen Wissenschaften N. B. Michejew, die „Grundlagen der Radiochemie“, unterstützt von Dr. Großmann, der ins Deutsche übersetzte und die Seminare zur Vorlesung durchführte.²²⁸

Die ersten Jahre an der TH: Lehrveranstaltungen, Funktionen, Mitglied der SED

Mit Einzelvertrag, abgeschlossen mit dem SfHF, übernahm Lieselott Herforth am 1. September 1960 „als Professor mit vollem Lehrauftrag für angewandte Radioaktivität an der Fakultät Kerntechnik der TH Dresden die mit ihrem Fach verbundene Lehr- und Forschungstätigkeit“. ²²⁹ Am 29. Sept. 1960 wurde sie zum Mitglied der „Isotopen-Kommission“ im „Wissenschaftlichen Rat für die friedliche Anwendung der Atomenergie“ beim Ministerrat der DDR berufen. ²³⁰ Aus Leipzig kamen Manfred Frank und Werner Stolz mit ihr als Assistenten an das Institut für Anwendung radioaktiver Isotope. Einige der jungen Leute, die sie am Institut antraf, wurden ihre Assistenten und Mitarbeiter für lange Zeit, nämlich Winfried Pippel (am Institut seit 1.8.1956), Klaus Schillinger (seit 15.8.1959; derzeit Strahlenschutzbeauftragter der Fakultät K), Volkmar Schuricht (seit 1.1.1957), und der etwas ältere Georg Oswald (seit 1.2.1957, wiss. Mitarbeiter), dazu in der Copitzer „Gruppe Technik“ Siegfried Koch (1.12.1955-15.8.1958, und seit 15.5.1960), Kurt Irmer (seit 1.2.1959, diplomiert vom Institut für allgemeine Kerntechnik), Helmut Löffler (seit 15.10.1958). Im HS 1959 lasen Kurt Irmer über „Ausgewählte Kapitel der industriellen Anwendung radioaktiver Isotope“ und Volkmar Schuricht über „Messmethoden der angewandten Radioaktivität“, für das HS 1960 führte Dipl.-Ing. Herbert Hänsgen mit Lehrauftrag das „Kerntechnische Praktikum für Kernenergetiker“ mit 4 Stunden wöchentlich durch. ²³¹ Die Lehraufgaben waren also so umfassend geworden, dass zeitweilig Lehraufträge an noch nicht promovierte Assistenten vergeben werden mussten. Diese Lehraufträge betrafen gerade das Forschungs- und Lehrgebiet von Lieselott Herforth. Sie fand also ein reichliches Betätigungsfeld vor. Die ersten Lehrveranstaltungen, die sie anbot, waren im HS 1960 das „Praktikum für Isotopenanwendung“ mit 8 Stunden wöchentlich für Kernphysikstudenten des 7. Semesters und für Maschinenbaustudenten der Richtung Feinmechanik und Regelungstechnik des 9. Semesters, und das „Seminar für Isotopenanwendung“ für das 9. Sem. Kernphysik und das 7. Sem. Radiochemie, mit zwei Stunden wöchentlich. Im Studienjahr 1961/62 weitete sie ihre Lehrtätigkeit stark aus, u. a. kam die „Anleitung zum selbständigen wiss. Arbeiten für Diplomanden Isotopenanwendung“ (ganztägig) hinzu. ²³²

Ihr Start in Dresden war nicht ungetrübt, wie sich Lieselott Herforth drei Jahre später erinnerte: „Kaum angekommen, wurde in allen Gremien auch außerhalb der TH die Frage der Auflösung der Fakultät K diskutiert. Da ich in das gesamte Hochschulgeschehen der TH noch wenig Einblick hatte und zu den Kollegen noch wenig Kontakt, saß ich zunächst im Zelleschen Weg 19 noch ziemlich vereinsamt und hatte damals noch genügend Zeit zum Nachdenken. Ich sah zunächst meine Aufgabe darin, mir im Institut [...] das Vertrauen aller Mitarbeiter zu erwerben, denn dieses

Institut sollte ich einmal übernehmen. Dies ging auch sehr schnell, denn die Mitarbeiter waren sehr froh, dass jemand da war, der Zeit für sie hatte, der Doktorarbeiten betreute, der ausschließlich an der TH wirkte. Das mit der vielen Zeit zum Nachdenken dauerte auch nicht lange, dann wurde ich in die Fakultätsarbeit einbezogen.²³³ Ganz unabhängig von Sein oder Nichtsein der Fakultät K ging Lieselott Herforth in die Offensive. So begann sie unbeirrt, die Ausbildung in Isotopenanwendung zu verbessern, keineswegs nur für die Fakultät K, sondern auch für die anderen Fakultäten der TH. Ab September 1961 gab sie Studenten und Assistenten aller Fakultäten die Gelegenheit, Isotopenanwendung – sei es fakultativ oder wahlobligatorisch – zu erlernen. Diese Möglichkeit wurde rege genutzt. Darüber hinaus schlug sie neben den bereits von Professor Lange seit 1957 eingeführten Kursen für die Anwendung radioaktiver Isotope erstmalig für September 1962 einen entsprechenden Lehrgang ausschließlich für Hochschullehrer vor. Es bewarben sich 80 Teilnehmer aus allen Universitäten und Hochschulen der DDR dafür, – ein so nicht erwarteter Ansturm, der kaum bewältigt werden konnte. Für die Isotopenkurse und das Praktikum konnte sie auf so bewährte Kräfte wie Georg Oswald zurückgreifen. Oswald (*12.11.1919) wurde von Lieselott Herforth bereits nach ihrem ersten Jahr an der TU für die Auszeichnung als „Aktivist des Siebenjahrplanes“ vorgeschlagen, nachdem er bereits 1956 und 1959 Aktivist geworden war. In ihrer Begründung hob sie seine „besonderen fachlichen Leistungen im letzten Jahr“ bei der „Erweiterung und Verbesserung des Ausbildungsprogrammes in Isotopenanwendung“ hervor: „Er hat sofort alle von mir gegebenen Anregungen in die Praxis umgesetzt. Ein großer Teil der in der 2. Auflage meines Praktikumsbuches²³⁴ aufgenommenen neuen Aufgaben entspringt Vorschlägen des Kollegen Oswald. Mit ihm zusammen wurden die Pläne für das Isotopenanwendungspraktikum für Angehörige anderer Fakultäten ausgearbeitet.“ Durch Oswalds Einsatz konnten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, in den Industriekursen die Teilnehmerzahl auf 25 pro Kurs zu erhöhen, was „ein seit langer Zeit bestehender Wunsch des AKK“ war. Ihr Antrag wurde in der Gewerkschaftsgruppe ohne Gegenstimme angenommen.²³⁵ Georg Oswald steht als ein Beispiel für Lieselott Herforths Fähigkeit, die fachlichen Stärken der Mitarbeiter schnell zu erkennen und sie mit den angemessenen Aufgaben zu betrauen. Später promovierte er auf pädagogischem Gebiet.

Selbstverständlich pflegte auch sie die wissenschaftlichen Kontakte zur SU. Bereits nach wenigen Monaten seiner Tätigkeit am Institut wurde Manfred Frank von ihr zum Isotopen-Praktikum in Moskau delegiert, das am 1. Februar 1961 begann.²³⁶

Im Studienjahr 1961/62 – vom 1. September 1961 bis zum 31. August 1962 – war Lieselott Herforth Prodekanin der Fakultät K; sie bearbeitete u. a. Fragen des wissenschaftlichen Nachwuchses. Am 1. März 1962 folgte sie Werner Lange als Direktorin des Instituts für Anwendung radioaktiver Isotope und am 1. Mai 1962 auch auf dem gleichnamigen Lehrstuhl. Sie hielt sich in der Regel an einem Tag in

der Woche in Pirna-Copitz auf, ihre Stellvertreter waren derzeit Volkmar Schuricht in Dresden und Siegfried Koch in Copitz.

Am 8. März 1962 wurde sie als Aktivistin des 7-Jahr-Plans ausgezeichnet. Sie hatte nahezu alle Stufen der wissenschaftlichen Karriereleiter erklommen, war Institutsdirektorin und Prodekanin, als sie sich im April 1962 entschloss, den Antrag auf Aufnahme in die SED zu stellen. In der Begründung gab sie an: „Ich bin der Überzeugung, dass ich als Parteimitglied meine Aufgaben als Hochschullehrer, nämlich das teuerste Gut des Staates, seine Jugend, auszubilden und zu erziehen, noch besser werde erfüllen können als bisher.“ Sie wurde Kandidatin und war seit 1. Mai 1963 Mitglied der SED.²³⁷



Abb. V.1: L. Herforth vor dem „Andreas-Schubert-Bau“



Abb. V.2: L. Herforth in ihrem Arbeitszimmer im „Andreas-Schubert-Bau“

Die TH Dresden wird zur TU erhoben, und Gustav Hertz wird Ehrendoktor der TU

Am 23. März 1961 beschloss das Präsidium des Ministerrates der DDR, der TH Dresden „auf Grund ihrer Entwicklung zur Universitas litterarum technicarum und in Würdigung ihrer hervorragenden Leistungen und Erfolge in Lehre und Forschung den Status einer Technischen Universität“ zu verleihen. Die feierliche Umbenennung, verbunden mit der Rektoratsübergabe, fand am 5. Oktober 1961 unter großer nationaler und internationaler Beteiligung in Dresden statt; die TH Dresden „trägt ab 5. Oktober 1961 die Bezeichnung Technische Universität Dresden“. An ihr waren zu diesem Zeitpunkt 17290 Direkt- und Fernstudenten immatrikuliert, sie gehörte zu den großen und angesehenen Technischen Hochschulen in Deutschland und der Welt.²³⁸ Der künftige Rektor, Nationalpreisträger Prof. Dr.-Ing. habil. Kurt Schwabe, empfing die neugeschaffene Amtskette, in der er „in erster Linie ein Zeichen der schweren und großen Verantwortung“ sah, die ihm übertragen wurde, erfolge doch die Umwandlung der Technischen Hochschule in eine Technische Universität in einer Zeit, „wo die politische und wirtschaftliche Lage unseres Landes äußerste Sparsamkeit erfordert, nicht nur in bezug auf materielle Investitionen, sondern auch und in erster Linie hinsichtlich der Arbeitskraft“. Die „möglichst ökonomische Nutzung des geistigen Potentials der Technischen Universität“ sei dringend erforderlich, sie geböte, „ihre Mitarbeiter soweit als möglich nur für Aufgaben einzusetzen, die ihren Fähigkeiten und ihrer Ausbildung entsprechen“.²³⁹ Um den wissenschaftlichen Nachwuchs ausbilden zu können, der in unserer Gesellschaft gebraucht wird, müsse unsere „Universitas trotz ihrer Vielfalt eine Einheit sein mit der gemeinsamen Aufgabe, die Wissenschaft im Geiste echter Humanität zu betreiben und ihre Ergebnisse zum Nutzen der Menschen einzusetzen“. Sie müsse „auch immer um die Einheit von Erziehung, Lehre und Forschung bemüht bleiben“. „Um ein in sich geschlossenes Lehrgebäude zu errichten, werden zwischen den zahlreichen einzelnen Lehrgebieten, die an unserer Technischen Universität vertreten sind, die richtigen Proportionen und möglichst viele Querverbindungen herzustellen sein.“ Lehrgebiete und Lehrstoff müssten konzentriert werden. „Wir können nur dann alle Wissensgebiete, die mit den Problemen der Technik in Zusammenhang stehen, vermitteln, wenn wir uns darauf beschränken, den Studierenden in die wissenschaftlichen Grundlagen auf den verschiedenen Gebieten einzuführen und auf solche Einzelheiten verzichten, die der Student viel rascher und anschaulicher in der Industrie kennenlernen kann.“ Im Prinzip könne an der TU jedes „noch so komplexe Forschungsproblem gelöst werden“, aber dazu müssten „Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch zwischen den Instituten [...] in der Zukunft auch aus ökonomischen Gründen noch mehr gepflegt werden als bisher“. „Durch einen Austausch von Geräten oder ihre gemeinsame Nutzung“ ließen sich viele Importe vermeiden.

Auch bei den Forschungsarbeiten für die Industrie könne „die Forschungskapazität der Hochschule noch besser ausgenutzt werden durch eine möglichst enge Zusammenarbeit der Institute“. Das sei umso wichtiger, als viele dieser Untersuchungen das Ziel verfolgen, „die Produktion wichtiger Industriegüter unabhängig von devisengebundenen Importen zu machen“. Auch werde „durch die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Industrie [...] die praxisnahe Ausbildung gefördert“. Für Schwabe war ein wesentliches Erziehungsziel erreicht, „wenn es gelingt, unsere akademische Jugend zu der Bereitschaft zu erziehen, ihre ganze Kraft und ihre Fähigkeiten der Gemeinschaft unseres Staates und des Volkes zur Verfügung zu stellen“. Entscheidend sei aber auch, „die akademische Jugend so für die Wissenschaft zu begeistern, dass sie ihr zu dienen bereit ist, auch wenn sie dabei manches Opfer an Wohlleben bringen muss“. Und er erinnerte: „Die großen Pioniere der Wissenschaft und Technik haben immer Beglückung und den wahren Lohn ihrer Arbeit in ihren Erfolgen und nicht in der äußeren Anerkennung gefunden.“²⁴⁰ Kurt Schwabe äußerte damit Gedanken, die auf die Notwendigkeit bevorstehender Veränderungen schon hindeuteten, ja vieles von dem, was er in seiner Rede antippte, sollte wenige Jahre später zum Inhalt der 3. Hochschulreform gehören.

Als Rektor könne er „nur als *Primus inter pares* die Geschicke der TU wirklich beeinflussen“. Gerade in der neuen verantwortungsvollen Funktion bekannte er sich zum „Lob des Zweifels“ von Bertolt Brecht, in dem es heißt: *Ich rate auch, begrüßt mir heiter und mit Achtung den, der euer Wort wie einen schlechten Pfennig prüft*, wo aber auch gesagt ist: *Falsch mag handeln, der sich mit zu wenigen Gründen begnügt, – aber untätig bleibt in der Gefahr der, der zu viele braucht.*²⁴¹



Abb. V.3: Ehrenpromotion von Gustav Hertz (v. l. nach r.: Hertz, Hartmann, Kunze, Herforth, Rexer)

Anlässlich der Umbenennungsfeierlichkeiten wurde Gustav Hertz am 6. Okt. 1961 von der TU Dresden „für seine hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen auf

dem Gebiete der Atomphysik und für seine Verdienste um die Entwicklung moderner physikalischer Forschung in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates für friedliche Anwendung der Atomenergie“ ehrenpromoviert.²⁴² Er hatte bestimmend bei der Gründung der Fakultät für Kerntechnik mitgewirkt.

1962: Auflösung der Fakultät für Kerntechnik und andere Veränderungen

Auf der Tagung des „Wissenschaftlichen Rates für friedliche Anwendung der Atomenergie“ am 6. Oktober 1961 berichtete der Dekan der Fakultät K, Prof. Pose, „über die Probleme der Ausbildung auf dem Sektor Kernphysik und Kerntechnik unter Berücksichtigung der internationalen Erfahrungen“.²⁴³ Ein Jahr später gab es die Fakultät K der TU bereits nicht mehr. Das Jahr 1962 war ein Jahr einschneidender Veränderungen für die Gremien und Einrichtungen, die sich mit Kernphysik und Kerntechnik befassten, für das AKK, den „Wissenschaftlichen Rat“, das ZfK und insbesondere auch für die gerade sieben Jahre alte Fakultät für Kerntechnik. Die sehr kostspieligen Arbeiten auf dem Gebiet der Kernphysik und der Kernenergetik wurden in die proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft und in die Volkswirtschaftsplanung der DDR eingeordnet und einer strafferen Leitung unterworfen.

Auf der (21.) Tagung des „Wissenschaftlichen Rates“ am 11. Mai 1962²⁴⁴ verlas Professor Gustav Hertz einen Brief des SfHF vom 10. Mai 1962, also vom Vortage, zur Überführung von Instituten der Fakultät K in das Gesamtgefüge der TU Dresden. Darin wurden in Übereinstimmung mit dem Rektor der TU Dresden, Kurt Schwabe, und seinem Kollegium sowie einer Kommission unter Mitwirkung von Professor Pose und Frau Professor Herforth – dem Dekan und der Prodekanin der Fakultät K – folgende Veränderungen vorgeschlagen:

Die Fakultät für Kerntechnik wird aufgelöst. Das „Institut für Allgemeine Kerntechnik“ wird mit dem „Institut für Experimentelle Kernphysik“ zu einem neuen „Institut für Kernphysik“ vereinigt, geleitet von Prof. Pose. Das „Institut für Anwendung radioaktiver Isotope“ mit seiner Direktorin Prof. Herforth bleibt bestehen. Beide Institute werden in die Fakultät N eingegliedert. Es gab allerdings eine wichtige Veränderung am Herforth'schen Institut: die Radiochemie wurde herausgelöst, sie wurde hinfort – das war auch der Wunsch Kurt Schwabes, des Rektors der TU und Stellv. Direktors des ZfK – als Teil der Chemischen Kerntechnik nur noch am ZfK betrieben. Prof. Werner Hartmann liest wie bisher über Strahlenmesstechnik, aber an der Fakultät E und dort eingebettet in das Gebiet der Molekularelektronik. Die Kernenergetik wird der Fakultät M angegliedert. „Kernphysik“ bleibt als Wahlfach in der Oberstufe der Fachrichtung Physik weiter bestehen, damit können also auch künftig Diplom-Physiker mit der Spezialausbildung „Kernphysik“ die TU

Dresden verlassen. Der „Wissenschaftliche Rat“ schloss sich den im verlesenen Brief vorgeschlagenen Veränderungen an und teilte seine Zustimmung dem SfHF mit. Sparmaßnahmen betrafen auch das ZfK, obwohl es einige Aufgaben der Fakultät K übernahm. Die dort bis 1968 vorgesehenen Investitionen wurden deutlich zurückgefahren. Der Bau eines neuen Gebäudes für die Isotopenproduktion solle Ende 1963 erneut beraten werden; für ihn seien 9 Mill. DM zu veranschlagen. Das berichtete der Direktor des ZfK, und der „Wissenschaftliche Rat“ bestätigte die vorgelegten Vorhaben (und Streichungen); die Bestätigung durch den Vorsitzenden des Forschungsrates war noch einzuholen.

Auf derselben Tagung des Wissenschaftlichen Rates wurden im Auftrag des Leiters des AKK die Veränderungen in dessen Stellung und Verantwortlichkeit mitgeteilt, beschlossen vom Präsidium des Ministerrates der DDR am 26. April 1962: Das AKK wurde *mit sofortiger Wirkung* der Staatlichen Plankommission unterstellt. Es wurde von der Anleitung einiger Betriebe, Institute und Einrichtungen entbunden: die VEB „Vakutronik Dresden“, „Vakutronik Pockau“ und „Konstruktion und Projektierung kerntechnischer Anlagen Dresden“ wurden dem Volkswirtschaftsrat unterstellt; das „Institut für angewandte Physik der Reinstoffe Dresden“ und die „Arbeitsstelle für Molekularelektronik Dresden“ wurden zu Instituten der DAW; die „Arbeitsstelle für Dosimetrie“ wurde vom ZfK übernommen. Das AKK wurde auf etwa 60 Mitarbeiter reduziert. Diese „Vorschläge des AKK“, auf der Tagung des Wissenschaftlichen Rates am 11. Mai 1962 vorgestellt, waren von der „Kommission Kernenergie“ beim Wissenschaftlichen Rat und vom Vorsitzenden des Forschungsrates²⁴⁵ bestätigt und bereits der Staatlichen Plankommission zur Entscheidung vorgelegt worden.

Auf derselben Tagung wurde auch über neue Vereinbarungen zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und der Tschechoslowakei auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie berichtet.²⁴⁶

5. DIE ERSTEN DREI JAHRE VON LIESELOTT HERFORTH IN DER FAKULTÄT N: 1962 BIS 1965

Maria Hasse: Professorin in der Fakultät N vor Lieselott Herforth

In der Fakultät N war Lieselott Herforth keinesfalls die erste Professorin. Dieses Primat kommt der Mathematikerin Maria Viktoria Hasse (1921 Warnemünde – 2014 Dresden) zu. Nachdem Maria Hasse 1939 das Abitur in Rostock abgelegt hatte, arbeitete sie einige Monate als mathematische Hilfskraft in den Ernst-Heinkel-Werken in Rostock-Marienehe, studierte dann ab 1. Jan. 1940 Mathematik und Physik in Rostock und Tübingen und erwarb 1943 den Grad Dipl.-Math. an der

Univ. Rostock, wo sie von 1943 bis 1954 als Assistentin, Oberassistentin – seit 1949 mit Lehrauftrag – und zuletzt als Dozentin arbeitete, dabei war sie Ende 1944 bis Mai 1945 vom Rektor mit der Durchführung sämtlicher mathematischen Lehrveranstaltungen und 1946/47 mit der vertretungsweisen Leitung des Mathematischen Seminars und des Instituts für Angewandte Mathematik betraut worden. An der Univ. Rostock legte sie – zusätzlich zum Diplom – 1948 noch das Staatsexamen als Lehrerin für Mathematik und Physik der oberen Klassen ab, wurde 1949 promoviert und habilitierte sich 1954. Sie hatte bis dahin vorwiegend auf dem Gebiet der angewandten Mathematik gearbeitet. Gewonnen von dem renommierten Dresdner Mathematiker Friedrich Adolf Willers, kam sie zum 1. Sept. 1954 als Professorin mit Lehrauftrag an die Fakultät N, „mit der Verpflichtung, das Fach Mathematik in Vorlesungen und Übungen zu vertreten“. Sie war da erst 33 Jahre alt. Einige Jahre war sie kommissarische Direktorin des Instituts für Geometrie und arbeitete sich in dieses Gebiet ein. Infolge der Lehnanforderungen wandte sie sich auch in der Forschung Problemen aus den Grundlagen der Geometrie, aus der Gruppen-, Graphen- und Kategorientheorie zu und kam dabei international zu Meriten, wie u. a. aus dem anerkennenden Schreiben vom Juni 1960 des SfHF (damals Dr. Wilhelm Girnus) nach dem von ihr organisierten Internationalen Kolloquium in Gaußig und Dresden hervorgeht. Ihre Professur mit vollem Lehrauftrag für das Fach Algebra wurde zum 1. Sept. 1968 in eine Professur mit Lehrstuhl für Algebra und mit Wirkung vom 1. Sept. 1969 in eine ordentliche Professur für Theoretische Mathematik (Algebra) umgewandelt. Das Feld ihrer „Gesellschaftlichen Tätigkeit“ sah sie in erster Linie in der Erziehung und Ausbildung der Studierenden und auch künftiger Studierender. In der besonders schwierigen Situation unmittelbar vor und nach dem Ende des Krieges, als sie ganz allein zwei Institute an der Univ. Rostock zu betreuen hatte, bot sie Wiederholungskurse für die von der Front zurückgekehrten Studenten und – einige Jahre später – auch für Studierende der Schiffbauakultät an. In Dresden führte sie Schülerzirkel und Vorbereitungskurse für die DDR-Mathematikolympiade durch, arbeitete in der Kommission für Mathematikolympiaden beim Rat des Bezirkes Dresden mit und engagierte sich bei den Fortbildungskursen für Lehrerinnen und Lehrer.²⁴⁷

Beginn starken übernationalen und gesellschaftspolitischen Engagements seit 1962

Im Oktober 1962 setzte Lieselott Herforth's mehrjährige Mitarbeit im RGW ein. Ihre wissenschaftliche Reputation war inzwischen so hoch, dass sie zur Leiterin der Deutschen Delegation der „Arbeitsgruppe 5: Isotopenanwendung“ in der ständigen Kommission des RGW für friedliche Anwendung der Atomenergie ernannt und in diese Kommission als Mitglied aufgenommen wurde.²⁴⁸ Diese Funktion übte sie bis

1967 aus.²⁴⁹ Erste Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit – sie gehörte dem FDGB seit 1. Mai 1949 an – hatte sie bereits am Institut für Medizin und Biologie Berlin-Buch gewonnen, als sie dort 1950/51 Mitglied der Betriebsgewerkschaftsleitung war. Inzwischen hatte sie als Leiterin so mannigfache Erfahrungen sammeln können, dass sie getrost die ihr angetragene weit höhere gewerkschaftliche Funktion annehmen konnte: Im Jahre 1962 wurde sie in die Universitätsgewerkschaftsleitung (UGL) kooptiert und als Nachfolgerin von Prof. Berthold zur Vorsitzenden ernannt, 1963 wurde sie bei den Gewerkschaftswahlen dann in diese Funktion gewählt, die sie bis März 1964 ausübte. Als UGL-Vorsitzende gehörte sie dem Kollegium des Rektors an. Am VI. Parteitag der SED, der vom 15. bis 21. Januar 1963 in Berlin stattfand, durfte sie als Gastdelegierte teilnehmen.²⁵⁰ Auf diesem Parteitag wurde der umfassende Aufbau des Sozialismus zur strategischen Aufgabe erklärt und das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ angestoßen.

Im Juli 1963 wurde Lieselott Herforth in die „Kommission zur Gestaltung des künftigen Bildungssystems“ beim Ministerrat berufen. Auf diese Weise war sie von Anfang an in die Ausarbeitung des späteren „Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ eingebunden. Dieses Gesetz umfasste alle Bildungs- und Erziehungseinrichtungen vom Kindergarten über die Schulen bis zu den Universitäten und Hochschulen. Zur Mitwirkung war Lieselott Herforth besonders geeignet: Als Hochschullehrerin hatte sie es mit den Abiturienten zu tun, die das Studium begannen. Die Übergangsschwierigkeiten Schule – Hochschule konnte sie genau benennen und Vorschläge für das machen, was sich an der schulischen Bildung ändern musste. Und sie hatte auch eine klare Auffassung davon, wie das naturwissenschaftlich-technische Studium effektiver – für Studenten, den Lehrkörper, die Volkswirtschaft – gestaltet werden könnte, größere Praxisnähe inbegriffen. Als eine der derzeit seltenen naturwissenschaftlich-technischen Professorinnen war sie zudem ein Vorbild für interessierte Mädchen.

Zur Lehre am Herforth'schen Institut in der Fakultät N

Seit 1. September 1962 gehörte das Institut für Anwendung radioaktiver Isotope zur Fakultät N. Lieselott Herforths gesellschaftliches Engagement hatte sich bereits für sie selbst und für ihre Mitarbeiter ausgezahlt: Die Art der „Abwicklung“ der Fakultät K hatten die – nach der Emeritierung von Professor Paul Kunze – einzigen hauptamtlichen Professoren der Fakultät, Herforth und Pose, Prodekanin und Dekan, mitbestimmen können. Auch ihre hohe Gewerkschaftsfunktion an der TU prädestinierte Lieselott Herforth für das Mitwirken, ja, sie hätte in dieser Funktion gar nicht übergangen werden können. Sie hatte Führungswillen und Durchsetzungsfähigkeit erneut und in hohem Maße unter Beweis gestellt.

Im Studienjahr 1962/63 war sie mit neun Lehrveranstaltungen präsent, mit zwei Vorlesungen und 7 „Übungen“. Zu dem bereits Genannten kam thematisch hinzu: für Physikstudenten des 6. Semesters die Vorlesung „Strahlenschutz und Dosimetrie“ und „Elektronisches Praktikum kernphysikalischer Messgeräte“. Alle ihre Lehrveranstaltungen waren nun wahlobligatorisch oder fakultativ. Schließlich hatte die Fakultät N auch vor der Verstärkung, die sie durch Auflösung der K erfahren hatte, für die Fachrichtung Physik ein umfassendes und bewährtes Spektrum von Lehrveranstaltungen angeboten, hier mussten sich die hinzugekommenen Wissenschaftler einordnen und sich bemühen, Diplomanden an sich heranzuziehen. Durchschnittlich verließen hinfort 10 Absolventen jährlich die Fakultäten N, M und E, die mit einem kernphysikalischen oder kernenergetischen Thema diplomiert hatten; und Assistenten der Fakultät K, die an der TU geblieben waren, schlossen ihre Promotion auf diesen Gebieten ab, etliche bei Lieselott Herforth. Das fakultative wöchentliche „Physikalische Kolloquium“ für Studenten und Mitarbeiter wurde gemeinsam von den Professoren der Fachrichtung Physik – Backhaus, Bewilogua, Herforth, Krienes, Macke, Pose, Recknagel, Reuther und G. E. R. Schulze – durchgeführt.²⁵¹

Die Forschung am Herforth'schen „Leitinstitut“ bis Mitte der 60er Jahre

Bereits für 1962/63 konnte das Institut eine beachtliche Bilanz vorweisen. Es waren zwölf Forschungs- und Entwicklungsthemen und neun Vertragsforschungsthemen bearbeitet worden. 28 Publikationen und je zwei erste und zweite Auflagen von Fachbüchern waren erschienen, es wurden fünf Patente angemeldet und 21 Diplomarbeiten sowie vier Dissertationen abgeschlossen. Allein im Jahr 1962 hatten 184 Teilnehmer das Praktikum zur Anwendung radioaktiver Isotope erfolgreich absolviert. Die Institutsangehörigen waren nicht nur fachlich, sondern auch gesellschaftlich engagiert: Von insgesamt 49, verteilt auf Dresden und Pirna-Copitz, nahmen immerhin 29 Funktionen im FDGB, in der SED, der FDJ, in der Gesellschaft für Sport und Technik und in Sportvereinen wahr. Das war ganz im Sinne der Chefin, die überzeugt davon war, dass „erst wenn die wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Leistungen gemeinsam Vorbild für unsere Studenten sind“, der „Hochschullehrer mit [...] Oberassistenten und Assistenten und nicht zuletzt“ mit sich selbst „zufrieden sein“ dürfe.²⁵² Schon 1962/63 dominierte der VEB Vakutronik die vertragsgebundene Forschung des Instituts deutlich mit sechs Themen: „Farbstoffdosimetrie“ (Werner Stolz), „Lumineszenzdosimeter“ und „Thermolumineszenzdosimeter für Strahlentherapie“ (Manfred Frank), „Kammerfeuchtemessung“ und „Feuchtemessung mittels Neutronen“ (Volkmar Schuricht), „Quantitative Analyse von Zwei-Stoff-Gemischen nach dem Beta-Rückstreuverfahren“ (Siegfried Koch).

Mit Genugtuung und Freude konnte Lieselott Herforth 1963 einen großen Erfolg für sich selber und für ihr Institut verbuchen. Auf der Wirtschaftskonferenz 1961, an der sie, delegiert von der TH Dresden, neben vielen Werkleitern und Funktionären teilnahm, hatte sie dargelegt, wie Praxiskader der einzelnen Industriezweige effektiver an die Anwendung radioaktiver Isotope herangeführt werden könnten. Im Schlusswort wurde gerade ihr Diskussionsbeitrag hervorgehoben, da sie – im Unterschied zu den meisten anderen – konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Ist-Zustandes gemacht habe. Mit Ministerratsbeschluss wurden 1963 Leitinstitute der Isotopenanwendung für alle Industriezweige ernannt, was ganz im Sinne der Vorstellungen von Lieselott Herforth war. Ihr Institut wurde Leitinstitut für die Industriezweige Kohle, Energie, Elektrotechnik. Das führte zu einer engen Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen in den VVB – etwa mit Lauchhammer für die Braunkohle, aber auch mit dem Institut für Energetik in Leipzig.²⁵³

Im Herbst 1963 schätzte sie ein, dass „die Auswirkungen“ ihrer „vielseitigen Tätigkeit auf die fachliche Institutsarbeit [...] wohl mit gut zu bezeichnen“²⁵⁴ seien. Beispielhaft benannte sie Werner Stolz, der in die Fakultätsgewerkschaftsleitung gewählt worden sei, aber auch sein Dokorexamen sehr gut bestanden habe, und zwei ihrer fachlich tüchtigen und dabei gesellschaftlich aktiven Mitarbeiter, Dr. Ertel und Dr. Dubrau, die in das Sekretariat des RGW nach Moskau berufen worden seien, um dort die Isotope, die Isotopenanwendung und den Gerätesektor mitzuvertreten. Auch dieser Ruf belegte die Anerkennung, die sich das Herforth'sche Institut inzwischen auch über die Grenzen der DDR hinweg erworben hatte.

Das Institut arbeitete im wesentlichen in zwei Richtungen, die in enger Wechselbeziehung zueinander standen: Lumineszenzdosimetrie und technische Isotopenanwendung.²⁵⁵

Lumineszenzdosimetrie

Die Arbeiten konzentrierten sich auf die Herstellung geeigneter Thermoluminophore und auf die physikalisch-technische Konzeption und den Bau eines Auswertegerätes für die Thermolumineszenzdosimetrie. Gezielte Untersuchungen an LiF-Luminophoren führten zur Präparation von polykristallinen Thermolumineszenzdosimetern (TLD), die in ihren Eigenschaften den LiF-Dosimetern aus Einkristallen (etwa der Firma Harshaw, USA) nur wenig nachstanden, aber wesentlich billiger waren. Das Verfahren zur Herstellung polykristalliner LiF-Phosphore wurde patentrechtlich geschützt und sehr schnell in die Produktion überführt; Hersteller war der VEB Fluorwerke Dohna bzw. dann der VEB Chemiewerke Nünchritz, Betriebsteil Dohna.

Als Auswertegerät für die Thermolumineszenzdosimetrie wurde im Institut das „Lumimeter I“ entwickelt, das auf der Moskauer RGW-Ausstellung 1963 eine Goldmedaille erhielt. Bei der Weiterentwicklung dieses Geräts, dem „Lumimeter II“, wurden die digitale Anzeige und die Integration der Lumineszenzlichtsumme

auf elektronisch elegante Weise gelöst. Das „Lumimeter II“ erlangte besondere Bedeutung in der Strahlenmedizin und wurde unter Betreuung durch das Institut bereits 1964 in mehreren Strahlenkliniken der DDR, in Magdeburg, Berlin-Buch, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Leipzig, Dresden, erfolgreich getestet und gemeinsam mit dem Dresdner VEB Vakutronik zum „Lumivad“ weiterentwickelt, das 1965 auf der Leipziger Messe eine Goldmedaille erhielt. Die Geräte wurden in den Kliniken für mehrere Messprobleme eingesetzt, so für die Aufnahme von Isodosenkurven bei Bewegungsstrahlungen, Dosismessungen im Körperinneren und Messung von Oberflächendosen. Im Institut wurden die Entwicklungen so weit vorangetrieben, dass die TLD in der Strahlenüberwachung von Personen hätten etabliert werden können, doch die Strahlenschutzzentrale der DDR wollte diesen innovativen Weg – ungeachtet aller Bemühungen Lieselott Herforth's – nicht mitgehen.²⁵⁶



*Abb. V.4: Lieselott Herforth
im Laboratorium*

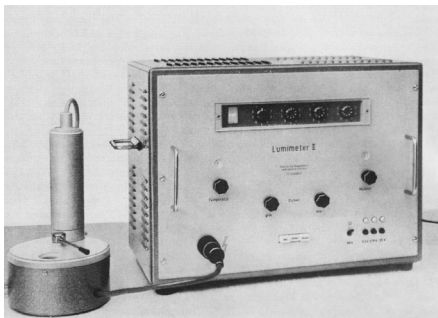


*Abb. V.5: Auswertgerät für
das Thermolumineszenz-
dosimeter „Lumimeter II“*

Technische Isotopenanwendung

Die technische Isotopenanwendung konzentrierte sich auf drei Themenkomplexe:

- 1) Die radiometrische Dichte- und Mengenmessung transportierter Materialien.
- 2) Die radiometrische Analyse von Fördergütern.
- 3) Markierungsverfahren zur Klärung von Prozessen in technischen Anlagen (seit 1965).

Die beiden ersten Themenkomplexe dienten der zerstörungsfreien und kontinuierlichen Qualitätsmessung insbesondere bei Braunkohlenbriketts und Rohbraunkohle, der dritte der optimalen Gestaltung chemisch-technischer Industrieprozesse. Die möglichst rasche Überführung der Ergebnisse in die Praxis wurde grundsätzlich angestrebt. Dazu wurden die Praktikums-, Beleg- und Diplomarbeiten der Studierenden des Instituts und auch am Institut angefertigte Dissertationen thematisch an Erfordernissen der Betriebe ausgerichtet und in Kooperation mit ihnen bearbeitet. „Forschung und Lehre am Institut für Anwendung radioaktiver Isotope ohne vielseitige Industrieverbindungen wäre undenkbar“, war L. Herforth überzeugt.²⁵⁷ Beispiele für 1) und 2) sollen mit ihren Bearbeitungsphasen – die die Einbeziehung der Studenten andeuten – hier angeführt werden.

Radiometrische Bestimmung der *Brikettdichte* am Pressenstrang:

- Zunächst Vergleich von unterschiedlichen Möglichkeiten der radiometrischen Dichtebestimmung der Briketts am Strang; dazu entstanden mehrere Diplomarbeiten.
- Für die praktische Erprobung im Braunkohlenkombinat Lauchhammer ausgewählt: Dichtebestimmung durch *Messung der Schwächung von Gammastrahlung bei horizontaler Durchstrahlung* über die gesamte Breite des Stranges.
- Im Rahmen eines Wirtschaftsvertrages Bau einer speziell angepassten Messeinrichtung im Institut.²⁵⁸
- Eichung und Erprobung der Messeinrichtung im Dauerbetrieb durch zwei Studenten im Berufspraktikum.
- Anpassung der Messeinrichtung für die Brikettpressenregelung und an die zentrale Datenverarbeitung.
- Übernahme durch die VVB Braunkohle Cottbus.

Verfahren zur kontinuierlichen *Aschegehaltsbestimmung* der Braunkohle:

Nicht nur die Güte der Braunkohlenbriketts, auch der Wirkungsgrad von Kraftwerksanlagen hängen sehr wesentlich vom Aschegehalt der verwendeten Roh-

braunkohle ab. Wenn dieser Aschegehalt bekannt ist, kann die Kohle ihrer Qualität nach sortiert und zweckmäßig verteilt und verwendet werden.

- Diplomarbeiten zum Vergleich unterschiedlicher Verfahren führten zu dem Ergebnis: Gamma-Durchstrahlungsverfahren ist sehr gut geeignet.
- Am Institut Entwicklung eines Gerätes zur kontinuierlichen Messung des Aschegehaltes an Kohletransportbändern unter Mitarbeit des ZfK Rossendorf und des VEB Vakutronik Dresden.
- Erprobung zweier im Institut angefertigter Funktionsmuster in mehreren Betrieben: Brikettfabrik des VEB Kombinat Schwarze Pumpe, Kraftwerk Hirschfelde, Braunkohlentagebau Burghammer u. a. durch Studenten der TU im Rahmen ihres Berufspraktikums.
- Mit wirtschaftsvertraglicher Bindung gemeinsam mit dem Institut für Kraftwerke Lübbenau Ausweitung des Verfahrens auf die kontinuierliche Heizwertmessung.

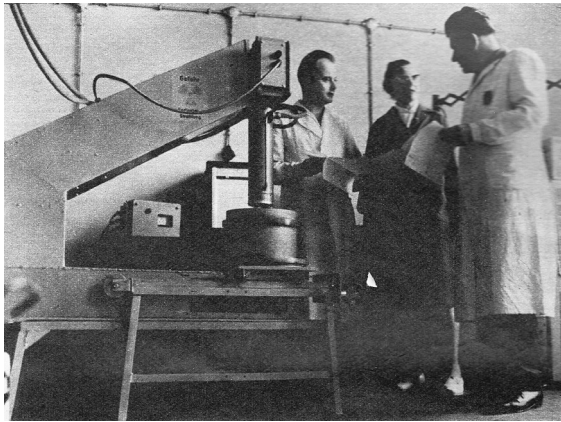


Abb. V.6: Im Institut entwickeltes Gerät zur Bestimmung des Aschegehalts von Braunkohle (L. Herforth und zwei Mitarbeiter)

Auf diesem Gebiet hatte man sich auch im RGW ausgetauscht. So unternahm Siegfried Koch („Gruppe Technik“) in der ersten Juniwoche 1964 eine Studienreise in die CSSR, wo er das Institut für Erforschung, Erzeugung und Anwendung radioaktiver Isotope Prag, den Lehrstuhl für analytische Chemie der Komensky-Universität Bratislava, den Lehrstuhl für Radiochemie der TH Bratislava und den ORGREZ Bratislava (Betrieb für die Rationalisierung der Energiewirtschaft) besuchte; zu allen Einrichtungen bestanden bereits gute Kontakte. Über den zu erwartenden Nutzen der Studienreise für die Arbeiten an ihrem eigenen Institut hatte Lieselott

Herforth – in ihrer Begründung zur Beantragung der Reise – eingeschätzt, dass „das Studium der Ergebnisse und Erfahrungen der CSSR-Wissenschaftler [...] voraussichtlich zu einer Beschleunigung“ der eigenen Entwicklungsarbeiten beitragen werde. Das träfe „besonders auf die geplanten Betriebserprobungen zu“. „Die Messung des Aschegehalts von Kohle“ habe „für die DDR große volkswirtschaftliche Bedeutung“, werde doch „allein im VEB Braunkohlenwerk Großzössen [...] im Falle einer kontinuierlichen Messung des Aschegehalts der Braunkohle mit einem Jahresnutzen von einer Dreiviertelmillion DM gerechnet“. Deshalb sei „jede Verkürzung der Entwicklungszeit durch Auswertung der Erfahrungen anderer Länder bedeutungsvoll“.²⁵⁹

Radioaktives *Markierungsverfahren* zur Messung und Auswertung von Verweilzeitspektren:

- Stoßmarkierung: radioaktive Substanz (Indikator) wird der kontinuierlich arbeitenden Apparatur *stoßartig* bei laufendem Betrieb zugesetzt. (Verschiedene Formen der radioaktiven Markierung wurden vorher in Diplomarbeiten behandelt.)
- Am Auslauf Messung der zeitlichen Abhängigkeit der Indikatorkonzentration, des „Verweilzeitspektrums“.
- Das „Verweilzeitspektrum“ hängt von den Strömungsverhältnissen in der Apparatur ab.

Auf dem Gebiet der radioaktiven Markierungsverfahren wurde seit 1965 in der „Gruppe Technik“ intensiv an der Messung von Verweilzeitspektren an industriellen Anlagen und an deren Auswertung gearbeitet. Ausgehend von Kenntnissen der Kinetik, des Stoff- und Wärmeübergangs, des Mischens und des Verweilzeitverhaltens wurden Probleme der Maßstabsvergrößerung chemischer Reaktoren, der Auswahl optimaler Betriebsbedingungen und der chemischen Reaktion unter Transportbedingungen gelöst. Die Kenntnis des Verweilzeitverhaltens war daher für die Neuentwicklung chemischer Reaktoren und die Optimierung der Produktion in vorhandenen Anlagen wichtig.

Darüber hinaus leisteten Lieselott Herforth und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits in den Jahren von 1960 bis 1965 wichtige *Vorarbeiten* für die breite Anwendung der *Neutronenfeuchtemessung* in verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft und für die Entwicklung und Produktion der entsprechenden Messeinrichtungen. Sie war von besonderer Bedeutung für Bodenuntersuchungen im Bauwesen und in der Landwirtschaft.²⁶⁰ Die Produktion transportabler und stationärer Feuchtemesseinrichtungen auf der Basis der Neutronenstreuung wurde noch vom VEB Vakutronik (seit 1969 VEB RFT Messelektronik „Otto Schön“) aufgenommen.

Das Herforth'sche Institut hatte mehrere international beachtete und anerkannte Erfolge erzielt, und das trotz der anspruchsvollen Wirkungsfelder seiner Direktorin außerhalb des Instituts. Wie konnte das gelingen? Die Antwort darauf hat sie bereits im Sommer 1963 selbst gegeben: „Ich erkannte sehr bald, dass alle Aufgaben eng miteinander verknüpft sind und welchen guten Einfluss alle außerhalb des Instituts stehenden Aufgaben²⁶¹ auf die leitende Tätigkeit im Institut nahmen und dass selbst die verschiedenen Tätigkeiten sich gegenseitig gut befruchteten. Natürlich – der 12-Stunden-Arbeitstag reicht nicht aus. [...] Gute Arbeitsdisziplin, rationelle Zeiteinteilung, ein gutes Kollektiv von guten zuverlässigen Mitarbeitern und Assistenten, und bei allem was man tut, die Sorge um die Ausbildung der Studenten an die Spitze stellen, dann wird das Institut nicht leiden, sondern im Gegenteil muss gut gedeihen.“²⁶²

Lieselott Herforth privat

Lieselott Herforth war zusammen mit ihrer Mutter nach Dresden gezogen, zunächst in eine Wohnung am Pestalozzplatz, 1963 dann in die Dreieinhalbzimmer-Wohnung in der Georg-Schumann-Straße, in der sie – in unmittelbarer Nähe zur TU – bis zum Frühjahr 1981 wohnte. Die Freizeit wurde mit zunehmender Einspannung in und außerhalb des Instituts immer knapper. Doch in den ersten Dresdner Jahren blieb noch Zeit für Theater und Konzert, für Bücher, für das Schwimmen. Lieselott Herforth hatte ein Wochenendhäuschen, zunächst in der Nähe von Pirna ein gemietetes, später ein eigenes in Moritzburg. Beide lagen in Elbnähe, so dass sie in raren Stunden den geliebten Motorbootsport betreiben konnte. Auch für die Mutter, beim Umzug nach



Abb. V.7: Lieselott Herforth im Motorboot

Dresden 70 Jahre alt, waren die Wochenenden außerhalb der Stadt, gemeinsam mit der Tochter, erholsam – wenngleich diese wohl nie ganz ohne Arbeit mit ihr „ins Grüne“ fuhr. Für die Wohnung war eine Haushaltshilfe, Johanna Lindner, angestellt worden, dieselbe, die der Mutter bereits in den letzten beiden Leipziger Jahren stundenweise geholfen hatte; in Dresden war sie bei Lieselott Herforth sozialversichert vollbeschäftigt. Sie war eine gute Bekannte seit Jahrzehnten, ein früheres Pflegekind der Großmutter Hulda Karp, sie war Mutter von drei Kindern und früh

verwitwet. Die Herforths hatten volles Vertrauen zu ihr, zudem war sie für Dora Herforth auch eine Gesprächspartnerin. Zu einem Sohn von Johanna Lindner und dessen Familie blieb Lieselott Herforths Cousine Nora Block stets in gutem Kontakt, aber auch die Wissenschaftlerin selbst.²⁶³



Abb. V.8: Mit Mutter Dora Herforth und einer Bekannten beim Picknick



Abb. V.9: Dora Herforth vor dem Wochenendhaus

Lieselott Herforth in Volkskammer und Staatsrat – neue Herausforderungen

Vom FDGB wurde Lieselott Herforth als Kandidatin für die Wahlen zur Volkskammer im Jahre 1963 aufgestellt.²⁶⁴ Ebenfalls Kandidaten aus Dresden waren u. a. Prof. Dr. h. c. Manfred von Ardenne, vorgeschlagen vom Kulturbund, und (der oben genannte) Dr. Walter Thürmer, der für die LDPD kandidierte. In dem Fragebogen, den sie als Volkskammerkandidatin ausfüllen musste, hatte sie fünf bekannte Wissenschaftlerpersönlichkeiten genannt, die über sie Auskunft geben könnten: ihre früheren „Chefs“ Werner Lange, Carl Friedrich Weiss und Walter Friedrich, außerdem Frau Prof. Dr. Käthe Boll-Dornberger, ihre Kollegin der Bucher Zeit, und Prof. Dr. Fritz Bernhard, mit dem sie bereits seit ihrer Berliner Studienzeit gut bekannt war. Sie stellte sich in einer Reihe von Wählerversammlungen vor, nahm Anregungen und Eingaben entgegen und beantwortete Fragen, „sie kam gut an“. Am 21. September 1963 fand die Wählervereinerkonferenz der Stadt Dresden statt, die die von den Werktätigen der Stadt vorgeschlagenen Kandidaten für die Volkskammer (und ebenfalls die für den Bezirkstag) einer letzten Prüfung unterzog, um ihnen danach endgültig das Vertrauen aussprechen zu können – oder nicht. Die so geprüfte und bestätigte „Liste der Kandidaten der Nationalen Front“ wurde am 23. September 1963 im ND veröffentlicht, Lieselott Herforth war dabei. Die Vorstellung der Kandidaten war damit selbstverständlich nicht abgeschlossen. Bis zu den Wahlen war auch Lieselott Herforth ständig „unterwegs“ und trat vor den unterschiedlichsten Wählergruppen auf. In ihrem Beitrag auf der zentralen Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft Wissenschaft in Berlin ging sie von dem Satz aus, den Walter Ulbricht auf dem VI. Parteitag der SED gesagt hatte: „Die Gewerkschaft geht alles an!“ Als Vorsitzende der UGL berichtete sie zunächst über die Aktivitäten der Kollegen an der TU, über die Plandiskussion in den Fakultäten und Instituten nach dem VI. Parteitag und über die Arbeitsprogramme der Institute für 1964. Dann kam sie auf die beiden Wähleraufträge zu sprechen, die ihr die Kollegen mitgegeben hatten. Der eine bestand in der Forderung, die Absolventenvermittlung gesetzlich zu regeln; ihn leitete sie an das SfHF weiter. Der zweite Auftrag betraf ein Einkommensproblem der nach Intelligenz-Tarif bezahlten Mitarbeiter der TU. Ohne Zustimmung der UGL war deren günstige 20%ige Steuerpauschale zum 1. Januar 1963 gekündigt worden. Die UGL hatte den FDGB-Zentralvorstand davon sofort in Kenntnis gesetzt, und es war Hilfe versprochen worden, die jedoch auf sich warten ließ. Im Februar 1963 hatte sich die UGL zur Klärung der Angelegenheit an den Generalstaatsanwalt gewandt, von dem es bisher auch nur einen Zwischenbescheid gab. „Das wird für uns als UGL ein derart unbefriedigender Zustand, dass wir, um eine Entscheidung herbeizuführen, fast nur noch die Möglichkeit sehen, uns an den Vorsitzenden des Staatsrates zu wenden. Bevor wir jedoch diesen

Schritt unternehmen, möchte ich nochmals um Unterstützung des Zentralvorstandes bitten und ihn auffordern, uns noch auf der Delegiertenkonferenz zu erklären, wie diese Unterstützung aussehen wird.“²⁶⁵ Darüber hinaus bat sie den Zentralvorstand des FDGB, den Problemen der Durchsetzung der materiellen Interessiertheit generell größere Beachtung zu schenken.

Zurück in Dresden, war sie für den 4. Oktober zu einem Gespräch im Klub der Intelligenz „Viktor Klemperer“, August-Bebel-Straße, eingeladen, an dem Lotte Ulbricht, Mitglied der Frauenkommission des ZK der SED (und Gattin des Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht), teilnahm. Und am 5. Oktober 1963 sprach sie in Dresden vor dem Rektoratsgremium, vor Gästen und Hochschulangehörigen, die am Vorabend des 14. Jahrestages der Gründung der Republik für besondere Leistungen ausgezeichnet werden sollten.²⁶⁶

Lieselott Herforth wurde am 20. Oktober 1963 in die Volkskammer gewählt und – als Volkskammerabgeordnete – am 13. November 1963 in den Staatsrat der DDR. Beiden Gremien gehörte sie, über vier Wahlperioden hinweg, von 1963 bis 1981 an. Im Staatsrat arbeitete sie in mehreren Kommissionen und Komitees mit. Sie meldete sich zu bildungs- und wissenschaftspolitischen Themen zu Wort. Generell lässt sich einschätzen, dass sie sich nur zu den Themen äußerte und für die Bereiche besonders engagierte, in denen sie als Wissenschaftlerin und Hochschullehrerin ganz zu Hause war. So ergaben sich synergetische Effekte, die ihre hohe Arbeitslast minderten. Als Mitglied des Staatsrates gehörte sie dem Senat der TU Dresden an. Die folgende Abbildung zeigt die Mitglieder des Senates.²⁶⁷



Abb. V.10: Der Senat der TU Dresden im April 1964: „Gruppenbild mit Dame“

Aus den ersten Jahren als Mitglied der Volkskammer und des Staatsrates 1963 bis 1965

Auf ihre ersten zwei Jahre als Volksvertreterin und dann – unter für sie anderen Bedingungen – weiter bis 1968 soll detailliert eingegangen werden. Lieselott Herforth hatte ihre Aufgaben als Mitglied des Staatsrates zu erfüllen, und sie wirkte als

Abgeordnete vor Ort – für jeden „anfassbar“. In regelmäßigen Sprechstunden stellte sie sich den Problemen ihrer Wählerinnen und Wähler. Schwerpunkte in diesen Jahren waren die Internats- und Wohnraumsituation, Fragen und Probleme der Ausbildung, der Qualifizierung, der Berufs- und Studienlenkung, des ausbildungsgerechten Einsatzes der Hoch- und Fachschulkader, von ihr immer verbunden mit dem Problem der Frauenförderung, der Gewinnung von Mädchen und Frauen für naturwissenschaftlich-technische Berufe. Neben ihrem Auftreten und ihrem Handeln waren die Tätigkeits-Berichte, die sie regelmäßig zur Auswertung an die Kanzlei des Staatsrates – und als Durchschlag an den Vorsitzenden der Fraktion des FDGB in der Volkskammer – sandte, sehr wichtig, denn in ihnen wies sie auf konkrete Mängel und zu lösende Probleme klar und deutlich hin und sagte dazu offen ihre Meinung.

Im Auftrag des Staatsratsvorsitzenden zu Aussprachen in Betrieben

Bereits am 11. Dezember 1963, noch in der „Einarbeitungsphase“ als Staatsratsmitglied, hatte Walter Ulbricht ihr die Aufgabe erteilt, mit jungen Hochschulabsolventen in volkseigenen Betrieben Aussprachen über deren berufliche Situation zu führen. All diese Aussprachen bereitete sie gründlich vor, und nicht selten kam sie mit „Verstärkung“, etwa aus dem Zentralrat der FDJ oder aus dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) oder aus der dem Betrieb übergeordneten VVB. Für ihre Besuche hatte sie sich zunächst drei Betriebe ausgewählt: den VEB Mineralölwerk Lützkendorf, den VEB Gasturbinenbau und Energiemaschinenentwicklung Pirna und den VEB Vakutronik Dresden. In Lützkendorf nahm sie auch mit Schülern der Betriebsberufsschule (BBS) Kontakt auf. Die Ergebnisse waren recht unterschiedlich, aber bei all ihren „Inspektionen“ wurde deutlich, dass es ganz wesentlich auf Struktur und Qualität der Leitung ankommt, auf das gute Miteinander der staatlichen Leitung und der Gremien von Gewerkschaft, FDJ und Partei im Betrieb. In Lützkendorf sprach sie – in Anwesenheit von Vertretern der Werkleitung und gesellschaftlicher Organisationen – mit rund 50 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die über Hoch- oder Fachschulausbildung verfügten. Sie fühlten sich im Betrieb ihrer Qualifikation gemäß eingesetzt und gefordert. Von der Leitung des Betriebes wurde allerdings moniert, dass die Hochschulabsolventen zwar wissenschaftlich gut ausgebildet, aber in gewisser Hinsicht eben doch nur „Halbfabrikate“ seien, da die Persönlichkeitsbildung an der Hochschule wohl nicht in gleicher Weise erfolgt sei wie die fachliche. Die Absolventenvermittlung müsse verbessert werden, darin waren sich die Betriebsleitung und die jungen diplomierten Kräfte einig. 40 bis 50 Prozent der Betriebsangehörigen waren Frauen, die Unsicherheit in der Angabe ihres Anteils war der großen Fluktuation geschuldet. Diese wiederum hing direkt mit fehlenden Kinderkrippenplätzen, aber auch mit ungenügenden Einkaufsmöglichkeiten im Ort zusammen. Hier fehlte es, so Lieselott Herforth's Einschätzung in ihrem Bericht, an der zielstrebigem Arbeit der Gewerkschaft mit den

örtlichen Organen, um wirklich alle bestehenden Möglichkeiten und vorhandenen Reserven voll auszunutzen. Das Klubhaus, das ein Zentrum mannigfacher kultureller Begegnungen und Freizeitangebote sein sollte, wurde nicht genügend ausgelastet, was – so Lieselott Herforths Meinung – wohl weniger mit den teilweise weiten Wegen der Mitarbeiter dorthin zusammenhinge, als vielmehr dem zu wenig interessanten Programm geschuldet sei. Den Schülern der BBS wurde die Nutzung des Klubhauses zu sehr erschwert, da für jede einzelne Veranstaltung die Erlaubnis des Direktors der BBS eingeholt werden musste und es keine regelmäßig eingetakteten jugendgemäßen Veranstaltungen gab. In ihrem Gespräch mit rund 30 Schülerinnen und Schülern der BBS ging es jedoch vor allem um deren späteren Einsatz im VEB Erdölverarbeitungswerk Schwedt und um die zu schlechten Lernergebnisse. Es stellte sich heraus, dass viele Schülerinnen und Schüler mit falschen Vorstellungen an die Erlernung des Berufes eines Chemielaboranten oder Chemiefacharbeiters herangegangen waren, was übrigens im näheren Umfeld des Heimatortes auch nahezu die einzigen Lernberufe waren. Nur wenige der Schülerinnen und Schüler, die sich für (das Erdölkombinat) Schwedt entschieden hatten, möchten dort später auch wirklich arbeiten, allerdings zöge es diejenigen nach Schwedt, die sich bereits dort vor Ort kündigt gemacht hatten. Auf einer Forschungsberatung im Betrieb (am gleichen Tag) wurde eine Themenverteidigung („Deutsches Rohöl“) durchgeführt. Durch Lieselott Herforths Besuch und ihre Vermittlung war es möglich, den hierfür verantwortlichen Mitarbeiter des Betriebes als Fachmann zur RGW-Spezialistentagung in Rumänien (Isotopenanwendung in der Erdölindustrie) mitzunehmen; hier leistete er sehr gute Arbeit. In der ihren Besuch abschließenden Aussprache mit Werk-, Partei-, Gewerkschafts- und FDJ-Leitung wurde die Zusammenarbeit zwischen Parteileitung und FDJ-Sekretär als schlecht herausgestellt und die Arbeit der Kaderleitung als teilweise zu formal und daher verbesserungswürdig eingeschätzt.

Verallgemeinerungsfähige Anregungen an die Kanzlei des Staatsrates nach ihrem Besuch in Lützkendorf: Verbesserung der Leitungstätigkeit und des Zusammenwirkens der staatlichen Leitung und aller gesellschaftlichen Organisationen in den Betrieben, praxisnähere Ausbildung der Studenten, Verbesserung der Berufsberatung und Berufslenkung der Schüler, an den Hochschulen müsse die fachliche Ausbildung der Studenten enger mit ihrer Erziehung zu verantwortungsbewussten sozialistischen Persönlichkeiten verknüpft werden.²⁶⁸

Zu dem Gespräch im VEB Gasturbinenbau und Energiemaschinenentwicklung Pirna, an dem 26 Hoch- und Fachschulkader und der 1. Sekretär der Betriebs-Partei-Organisation teilnahmen, hatte Lieselott Herforth den kommissarischen Generaldirektor der VVB hinzugebeten, außerdem einen Referenten aus dem Prorektorat für Studienangelegenheiten der TU Dresden. In diesem Betrieb waren die jungen Kader unzufrieden, da sie vielfach nicht ihrer Ausbildung gemäß eingesetzt waren und für sich keine Perspektive im – mehrfach umstrukturierten Betrieb – sahen. Der

kommissarische Generaldirektor ging ausführlich auf die volkswirtschaftlichen Gründe der Umstrukturierungen ein und begründete die Notwendigkeit des nicht fachgerechten Einsatzes in Einzelfällen. Auch mit den gebotenen Fortbildungsmöglichkeiten waren die jungen Kollegen nicht zufrieden. Der Parteisekretär schlug als erstes vor, in Zukunft öfter über die Probleme in der FDJ und in den Arbeitskollektiven zu diskutieren. Nach etwa einem halben Jahr machte sich L. Herforth über erfolgte Veränderungen im Betrieb kundig. Der Betriebsdirektor war ausgewechselt worden, und die Umstrukturierungen im Betrieb waren zu einem vorläufigen Ende gekommen.²⁶⁹

Das Gespräch im VEB Vakutronik hatte Lieselott Herforth in einer Vorbesprechung mit Werkdirektor und Parteisekretär vorbereitet, auch war ihr – auf ihre Bitte – eine statistische Übersicht über die Beschäftigten und deren Einsatz zur Verfügung gestellt worden. An der Aussprache nahmen 17 Kollegen und 3 Kolleginnen teil, dazu der Werkleiter, Vertreter der Gewerkschaft, der Partei und der VVB Nachrichten- und Messtechnik. Da „Vakutronik“ eng mit dem Institut für Anwendung radioaktiver Isotope zusammenarbeitete, war Lieselott Herforth im Betrieb gut bekannt, was die sehr offene und freimütige Diskussion begünstigte. Der Betrieb hatte über 1000 Beschäftigte, davon verfügten fast 80 – darunter nur eine Frau – über einen Hochschul- und nahezu 120 über einen Fachschulabschluss, vier waren promoviert. Alle anderen waren Techniker/innen (noch mit alter Ausbildung) und Facharbeiter/innen, technische Assistentinnen und Assistenten für Physik, Meister, dazu ungelernte Frauen in der Zählrohrproduktion. Die einzige Hochschulabsolventin hatte kein naturwissenschaftlich-technisches Diplom erworben, sondern eines für Außenhandel. Mehr als 40% der Belegschaft waren Frauen, rund 20% waren Jugendliche. Lieselott Herforth hatte acht Fragen als Leitfaden für die Diskussion vorbereitet. Es wurde sehr deutlich gesagt, dass von Frauenförderung im Betrieb nichts zu spüren sei. Ein großes Problem waren die fehlenden Krippenplätze; bei 20 Geburten in der letzten Zeit konnten nur zwei Krippenplätze zur Verfügung gestellt werden (insgesamt besaß „Vakutronik“ nur acht), d. h. 18 Frauen konnten ihre Berufstätigkeit vorerst nicht fortsetzen. Die Frauen meinten, der Bau einer Krippe wäre wichtiger gewesen als der Bau eines komfortablen Ferienheimes. Bei „Vakutronik“ gab es keine Möglichkeit der Halbtagsbeschäftigung von Frauen. An der TU war man da durchaus flexibler, wie Lieselott Herforth – auch als Anregung gedacht – berichtete: Sie selbst beschäftigte an ihrem Institut eine ehemalige Mitarbeiterin von „Vakutronik“, Mutter von zwei Kindern, halbtags als Ingenieurin. Außerdem bot die TU technisch qualifizierten Mitarbeiterinnen mit „Familienbelastung“ nach gründlicher Prüfung als *Übergangslösung* die Möglichkeit, zu zweit eine Planstelle zu besetzen. L. Herforth empfahl dem Vertreter der VVB, über entsprechende Möglichkeiten in *Ausnahmefällen* nachzudenken. Die Qualifizierung von Facharbeitern zum Meister wurde gewünscht; die Bereitschaft dazu sei auch groß, jedoch werde

den künftigen Meistern von der VVB keine klare Perspektive gegeben. Auf ihre Frage an die Leitung, ob sie von den Universitäten und Hochschulen „richtig“ ausgebildete Kader bekäme (Dipl.-Ing., Dipl.-Phys. [...]), erhielt Lieselott Herforth die ernüchternde Antwort: „Die Hochschulabsolventen sind generell für die Praxis ungenügend ausgebildet. So fehlen etwa den Industriephysikern Kenntnisse im technischen Zeichnen, in Werkstoffkunde, Technologie, Bauelemente [...]“ Auf ihre Frage an die Diplom-Ingenieure und (Fachschul-) Ingenieure nach deren ständiger berufsbegleitender Weiterbildung, erfuhr sie, dass viel zu wenig Zeit dafür zur Verfügung stehe, für das Studium der Fachzeitschriften blieben höchstens 5 % der Arbeitszeit. Sie würden mit organisatorischen Aufgaben überhäuft, die ihnen oft unsinnig erschienen. Kurze Termine durch die VVB erschwerten einwandfreie Arbeit, müssten aber erfüllt werden („Hektische Betriebsamkeit“, „Fehler werden im Betrieb organisiert“). Außerdem müssten Hoch- und Fachschulkader häufig Arbeiten ausführen, für die sie nicht eingestellt und – vor allem – für die sie überqualifiziert seien. So mangle es wegen der zu schlechten Bezahlung an Schreibkräften und technischen Zeichnern. Die Sollvorgabe „Auf 1 Konstrukteur kommen 1 Teilkonstrukteur und 2 Technische Zeichner“ stehe daher nur auf dem Papier, der Ist-Zustand zeige „Auf 3 Konstrukteure kommen 2 Technische Zeichner (und kein Teilkonstrukteur)“. Nach der Aussprache wurden im Betrieb Schritte eingeleitet, um die wissenschaftlichen Kräfte organisatorisch zu entlasten. Lieselott Herforth gewann den Eindruck, dass die Physiker, Elektrotechniker und (Fachschul-) Ingenieure im VEB Vakutronik durchaus richtig eingesetzt seien. Junge Ingenieure, die ein – sehr mühevoll und langes – Hochschul-Fernstudium aufgenommen hatten, fragten sich aber, ob sich ihre berufliche Perspektive im Betrieb durch das Diplom verbessere. Für eine leitende Tätigkeit gebe es im Betrieb keinen materiellen Anreiz, da die Abstufung im Gehalt keinesfalls der Abstufung in der Verantwortung entspreche. Augenblicklich sei den Führungskräften die wissenschaftliche Arbeit praktisch nicht mehr möglich.

In ihrem Bericht an die Kanzlei des Staatsrates vermerkte Lieselott Herforth hierzu: „Meine persönliche Meinung: Diese Erscheinung zeigt sich leider überall, ist aber für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der DDR sehr schädlich, da naturgemäß die besten Fachkräfte die leitenden Funktionen haben bzw. haben sollten. Helfen würde z. B. bessere Arbeitsorganisation, Übertragen von Verwaltungsaufgaben auf Sachbearbeiter usw.“

Zu der Tatsache, dass es im Betrieb unter den technisch ausgebildeten Hoch- und Fachschulkadern keine einzige Frau gab, vermerkte sie im Bericht, dass das wohl kein Zufall sei: „Es wird auch hier so wie in vielen anderen Betrieben sein: der Betrieb hat Terminaufgaben, und der Ausfall von Frauen (der natürlich immer da sein wird) bringt möglicherweise die Planerfüllung in Gefahr. (Das ist, wie ich aus eigener Erfahrung bestätigen kann, tatsächlich ein Problem.)“

Insgesamt schätzte L. Herforth ein, „dass diese Aussprache helfen wird, vor allen Dingen die Fragen der Qualifizierung und der Perspektiven voranzutreiben. Es war auch sicher nützlich, dass ein Vertreter der VVB [...] teilnahm, nicht alle Schwierigkeiten lassen sich im Betrieb selbst lösen.“²⁷⁰

Zur Reform des Bildungssystems der DDR bis zum „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ von 1965

Zur Entwicklung des Schulwesens in der DDR: Das demokratische Schulwesen in der SBZ/DDR hatte sich kontinuierlich entwickelt. Schon im Mai/Juni 1946 wurde von den Volksbildungsverwaltungen der fünf Länder und Provinzen²⁷¹ in der SBZ aufgrund einer von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in Berlin erarbeiteten gemeinsamen Vorlage das „Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule“ beschlossen, dessen Kern die Errichtung einer für alle Kinder gemeinsamen, acht Schuljahre umfassenden Grundschule war. Daran schlossen sich Berufsschulen, Fachschulen und die zum Abitur führende vierjährige Oberschule an. Durch das gemeinsame Lernen über acht Schuljahre hinweg erhielten alle Kinder die gleichen Bildungschancen – unabhängig von der gesellschaftlichen Stellung und dem Einkommen der Eltern. Ein Teil der Kinder eines Jahrgangs wurde in die „Hilfsschule“ eingeschult oder wechselte nach ein, zwei Grundschuljahren in diese über, um dort geeignet und maximal gefördert zu werden und die Freude am Lernen nicht zu verlieren. Daneben gab es Sonderschulen für behinderte Kinder. Bis 1949 waren etwa zwei Drittel der „alten“ Lehrer, die politisch belasteten, aus dem Schuldienst entlassen und durch (zunächst recht kurzzeitig ausgebildete) Neulehrer ersetzt worden. Gleich nach Kriegsende erfolgte in der SBZ die strikte Trennung von Staat und Kirche im Schulwesen; der Religionsunterricht blieb den Kirchgemeinden vorbehalten. Die ersten Zehnklassenschulen wurden im Schuljahr 1950/51 eingeführt, seit 1956 „Mittelschulen“ genannt. Nach der Abschlussprüfung am Ende der Grundschule gingen die Besten jeder Klasse zur Oberschule, die guten zur Mittelschule, und die durchschnittlichen Schüler verließen die Schule und begannen eine Lehre. Letztmalig fanden am Ende des Schuljahres 1958 für *alle* Schüler der 8. Klasse – vor der genannten Differenzierung – mündliche und schriftliche Grundschul-Abschlussprüfungen statt. Eine grundlegende Veränderung bedeutete die Einführung des polytechnischen Unterrichts ab Klasse 9 vom Schuljahr 1958/59 an. Das Konzept der polytechnischen Bildung war wichtiges Element „einer von Karl Marx ausgehenden Bildungs- und Schultheorie, die auch in westlichen Ländern, darunter in der Bundesrepublik, Aufmerksamkeit fand.“²⁷² Fixiert im neuen Schulgesetz vom 2. Dez. 1959, wurde die Zehnklassenschule zur „allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule“ (POS) ausgebaut, der Regelschule für das Gros der Schüler; zum Abitur führte die „Erweiterte Oberschule“ (EOS). Der VI. Parteitag der SED hatte 1963 u. a. die Aufgabe gestellt, ein einheitliches Sozialistisches Bildungssystem zu entwickeln. Damals „vermochten nur wenige die tiefgreifenden

Veränderungen abzusehen, die sich in Erfüllung dieses Auftrags auch für das Hochschulwesen unserer Republik ergeben würden“.²⁷³

Große Volksaussprache zum Entwurf des neuen Gesetzes: Seit Juli 1963 arbeitete Lieselott Herforth in der Kommission zur Gestaltung des künftigen Bildungssystems beim Ministerrat mit, – und damit am Entwurf des „Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“. Bestandteile dieses Systems waren:

- Einrichtungen der Vorschulerziehung (Krippen für die Unter-Drei-Jährigen ausgenommen),
- die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule (POS),
- die Einrichtungen der Berufsausbildung,
- die zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtungen (vor allem die EOS),
- die Ingenieur- und Fachschulen,
- die Universitäten und Hochschulen,
- die Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung der Werktätigen.

Alle Bestandteile des Bildungssystems wurden aufeinander abgestimmt gestaltet.

Zu den EOS gehörten auch Spezialschulen mit besonderem Profil, in Dresden etwa die Martin-Andersen-Nexö-Schule mit mathematisch-naturwissenschaftlichem Profil, oder die EOS in Cotta mit erweitertem Russischunterricht oder die Romain-Rolland-Schule, in der verstärktes Gewicht auf die romanischen Sprachen gelegt wurde. Und natürlich gab es Musikschulen und Sportschulen. Arbeitsgemeinschaften (AG) an den POS und an den EOS deckten eine breite Palette von Freizeitinteressen der Schülerinnen und Schüler ab. Ihr Besuch war kostenlos. Der Entwurf des neuen Bildungsgesetzes war der Bevölkerung für lange Zeit zur Diskussion gestellt worden. Er wurde in den Schulen, Betrieben, Hochschulen und Universitäten beraten; Eltern, Lehrer, Hochschullehrer, Studenten, Schüler meldeten sich zu Wort – in Zeitungen, Zeitschriften, Fernsehsendungen. Auch an der TU Dresden hatte es viele Diskussionsrunden und viele Meinungsäußerungen gegeben, etwa von Vertretern der Berufspädagogik, aber auch von Professoren technischer Richtungen, wie von Professor Albring. Dabei spielte immer auch der enge Zusammenhang von schulischer Bildung und Hochschulbildung eine Rolle, d. h. auch Probleme der nötigen Reform des Hochschulwesens kamen mit auf das Tapet. Verantwortungsbewusste Hochschullehrer, die – nach eigenen Worten – selbst zu wenig Zeit sogar für ihre Forschung hatten, studierten den über 80 Seiten umfassenden „Entwurf des Gesetzes [...]“ gründlich, um gut fundiert eine Meinung äußern zu können. Ihnen war klar, dass das neue Gesetz entscheidende Weichen für die weitere Entwicklung der Schulen und der Hochschulen für lange Zeit stellen würde. Daher sahen sie es als ihre Pflicht an, an dem Gesetz durch kritische Bemerkungen und durch Vorschläge mitzuwirken. Prof. Albring führte u. a. an: „Auf den Grund- und Ober-

schulen wird immer noch Wissen vermittelt, das an einem der nächsten Tage als Gedächtnisleistung abgefragt und sofort wieder vergessen wird. [...] Anders scheint es mit Fächern zu sein, die zum Aneignen nicht reines Auswendiglernen, sondern Verständnis und Eindenken erfordern. In der Mathematik lernt man große Prinzipien, die als Anwendungen mit Beispielen beleuchtet werden. Die Beispiele sind nach einiger Zeit zwar vergessen, doch die Prinzipien graben sich tiefer in das Gedächtnis ein. Alle Fächer, die von der Mathematik durchdrungen sind, können in solcher Weise gelehrt werden. Vielleicht lassen sich aber auch Fächer wie Geographie und Geschichte vortragen durch Herausarbeiten großer Prinzipien. Einzelfakten sind dann Beispiele, die das Verständnis der Prinzipien fördern. Doch müsste auch manches in der Ausbildung der Technischen Hochschulen in diesem Sinne reformiert werden. Was als Tatsachenhäufung gelehrt, als Gedächtnisstoff in Prüfungen abgefragt wird, sollte verschwinden. Das ‚angeklebte Wissen‘ – wie es schon Immanuel Kant nannte – wird niemals für die lebendige Ingenieurarbeit genutzt. Wenn ich gelegentlich mit der Eisenbahn fahre, so genügt es zu wissen, dass es Fahrpläne gibt, niemand wird verlangen, dass ich im Hinblick auf späteres Reisen das Kursbuch auswendig lerne. Doch im Ausbildungsprozess wird manchmal Analoges gefordert. Bei der gemeinsamen Planung von Lehre und Forschung durch VVB und Hochschule, [...] ist dem Hochschullehrer ein Initiativ-Spielraum zu gewähren. Das Neue, das noch nicht Dagewesene, das man als Weiterentwicklung von Technik und Wissenschaft vom Hochschullehrer erwartet, kann sich nur unter solchen Bedingungen entwickeln. Es ist zu beklagen, dass heute die dienstliche Belastung der meisten Hochschullehrer viel zu groß ist. (Mir selbst bleiben für tiefdringende wissenschaftliche Untersuchungen nur der Urlaub, die Sonntage und das Krankenbett.) Hier sind andere sozialistische Länder beispielhaft, wo dem Hochschullehrer neben einem Erholungsurlaub von 4 Wochen weitere 4 Wochen außerhalb des Institutes zugebilligt werden zur vertieften wissenschaftlichen Arbeit. Auch die Grundschul- und Oberschullehrer sind zu stark belastet. [...] Wenn in der Weimarer Republik die Lehrer verhältnismäßig wenig Unterrichtsstunden hatten und man ihnen den langen Urlaub der Schüler zubilligte, so war damit die Erfahrung verbunden, dass die Ausbildungsziele erreicht wurden. [...] Es wäre eine ernste Rechenschaft über die Erfolge und die ökonomischen Aufwendungen des Fernstudiums nötig. Wenn in den „Grundsätzen“ als begrüßenswertes Faktum herausgearbeitet wird, dass der Ausbildung mittlerer technischer Kader große Aufmerksamkeit zu widmen ist, dann muss man bedenken, dass gerade im letzten Jahrzehnt diese Berufssparte sehr geschwächt wurde. *Wir haben zu viele gute Fachschulingenieleure durch das Fernstudium in mittelmäßige Diplomingenieure verwandelt. Zum Schluss möchte ich den Vorschlag als sehr glücklich bezeichnen, Spezialschulen einzurichten, auf denen besonders begabte und talentierte Schüler zur Hochschulreife geführt werden sollen.* [...]. Neben dem Anheben des gesamten Bildungsniveaus besteht die Verpflichtung, diejenigen stark zu fördern, ihnen ausgezeichnete Lehrer zu

geben, die besondere geistige Leistungen erwarten lassen. Auch das kürzlich eingeführte Auslesesystem zur Immatrikulation [...] wird manche Schwierigkeiten der Vergangenheit künftig vermeiden.“²⁷⁴

Nach mehreren Aussprachen zum Entwurf hatte der Dekan der Fakultät Berufspädagogik und Kulturwissenschaften mehrere Schwerpunktprobleme formuliert: „Die eigentliche Abiturstufe scheint mit zwei Jahren [...] zu kurz bemessen zu sein. In diesem Zusammenhang ergibt sich auch der Vorschlag, den optimalen Zeitpunkt der Auslese von Schülern für Abiturstufen durch entsprechende Versuche zu bestimmen und internationale Erfahrungen hinzuzuziehen. [...] Die sich kontinuierlich vollziehende Studienplanreform muss gleichzeitig als Inhaltsreform der Oberschulen angesehen werden (besonders im Hinblick auf die Fähigkeitsbildung). Zwischen Hochschulwesen und Oberschulen muss kontinuierlich eine Verbindung bestehen, die die entsprechende Anpassung gewährleistet. [...]“²⁷⁵ Man sollte prüfen, ob für die nächsten Jahre der Übergang zum Abiturzug nach der achten Klasse beibehalten werden sollte.

Die in vielen Diskussionsrunden geäußerten kritischen Bemerkungen, Vorschläge und Anregungen aus den Instituten und Fakultäten bildeten die Basis für die vom Senat der TU Dresden am 7. Nov. 1964 verabschiedete Stellungnahme der TU, die Magnifizenz Kurt Schwabe im Rahmen der 5. Sitzung der Staatlichen Kommission für die Gestaltung des einheitlichen soz. Bildungssystems am 11. Nov. 1964 in Berlin überreichte.²⁷⁶

Die Förderung der besonders Begabten, schon vom VI. Parteitag gefordert und von der Regierung aufgegriffen,²⁷⁷ wurde in vielen Seminargruppen diskutiert. Dabei wurde der Zusammenhang zwischen dieser Forderung und dem Ringen um wissenschaftlich-technischen Höchststand von den Studierenden oft unzureichend erfasst, waren sie doch gewöhnt, dass es bisher in einseitiger Orientierung meist nur um die Überwindung von Leistungsschwächen gegangen war, Probleme der Besten hingegen kaum oder überhaupt nicht behandelt wurden.²⁷⁸

Nun wurden an den Universitäten und Hochschulen selbst – in Verbindung mit einer EOS – Spezialklassen eingerichtet, um die für ein – insbesondere mathematisch-naturwissenschaftliches – Fach besonders befähigten Schüler in den letzten beiden Schuljahren (11. und 12. Klasse) optimal fördern zu können. Die erste dieser Spezialklassen entstand 1964 an der TH für Chemie Leuna-Merseburg.

Das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ wurde – nach langer Diskussion seines Entwurfs und vielen Veränderungen am Entwurf – am 25. Februar 1965 von der Volkskammer der DDR beschlossen. Das humanistische Anliegen des einheitlichen Bildungssystems war eine hohe Bildung des ganzen Volkes, die Bildung und Erziehung allseitig und harmonisch entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten, die bewusst das gesellschaftliche Leben gestalten, die Natur mit hoher Effektivität verändern und ein erfülltes, glückliches, menschenwürdiges Leben führen.²⁷⁹ Nachdem sich das System eingespielt hatte, bewirkte das Auf-

einander-Abgestimmt-Sein seiner Teile u. a., dass der Übergang von der Schule zur Hochschule im wesentlichen reibungslos verlaufen konnte. Die noch bestehenden „Übergangsprobleme“ von der EOS zur Hochschule blieben jedoch auch nach 1965 im Blick. So erarbeitete Dozent Dr.-paed. Lothar Berndt von der TH Otto von Guericke Magdeburg eine Studie zu deren Ursachen konkret im Fach Physik, der auch eine Befragung der Hochschullehrer mittels eines umfassenden Fragebogen zugrunde lag.²⁸⁰

Lieselott Herforth und die Frauenförderung

In der DDR war die Frau von Anfang an dem Manne gleichberechtigt, garantiert durch die Verfassung und die demokratische Gesetzgebung; ein frühes Gesetz dazu war das „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“. Frauen hatten alle Möglichkeiten, einen Beruf zu erlernen oder – nach Erwerb der entsprechenden Schulbildung – eine Fachschule, Hochschule oder Universität zu besuchen. Sie erhielten für gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie der Mann. Die verheiratete Frau entschied selbst über ihre Berufstätigkeit²⁸¹. Die Berufstätigkeit der Frau und Mutter wurde von Staat und Gesellschaft gefördert und insbesondere durch Kinderbetreuungsstätten, auch durch Einkaufsmöglichkeiten im Betrieb und Betriebskantinen mit preiswertem Angebot von Mittagessen erleichtert. Doch auch Mitte der 1960er Jahre konnten die Erfolge der Frauenförderung noch nicht befriedigen. Ein über Generationen verfestigtes Frauen- und Familienbild ließ sich nicht so schnell aus den Köpfen entfernen. Obwohl seit 1958 durch den Unterrichtstag in der Produktion ab Klasse 9 Schülerinnen wie Schüler an die verschiedenen Seiten der Arbeit in Betrieben herangeführt wurden, wählten noch zu wenige Mädchen technische Berufe, zu wenige junge Frauen nahmen nach dem Abitur ein mathematisch-naturwissenschaftliches oder technisches Studium auf. Dabei hatten sich schon in den 20er/30er Jahren – besonders im hochindustrialisierten Sachsen – Abiturientinnen keinesfalls gescheut, Mathematik, Physik, Chemie oder Biologie zu studieren. Natürlich gab es auch in den 50er/60er Jahren Physikstudentinnen und Physikabsolventinnen an der TH/TU Dresden, deren Anzahl genügte Lieselott Herforth jedoch nicht – und konnte unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten auch keinesfalls befriedigen. Als rohstoffarmes Land war die DDR auf die Hände, Köpfe und Herzen ihrer Menschen angewiesen, auf die der Männer und Frauen gleichermaßen, und eben besonders in den zukunfts-trächtigen naturwissenschaftlich-technischen Berufsfeldern.

Das Thema „Frauenförderung“ zieht sich wie ein roter Faden durch die Reden und Taten Lieselott Herforth.

Als sie sich am 4. Oktober 1963 bei einem Gespräch in Dresden, zu dem Lotte Ulbricht als Mitglied der Frauenkommission des ZK der SED eingeladen hatte, zu Wort meldete, thematisierte sie das noch zu geringe Interesse der Mädchen an naturwissenschaftlich-technischen Berufen. Damit klang das Problem an, dem sie

sich immer widmete: Bedingungen dafür zu schaffen, dass sich Mädchen und junge Frauen beruflich mehr als bisher auf den mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereich orientieren und ihre Fähigkeiten dann auch ausschöpfen können.

Auf der *Frauenkonferenz vom 2. Juni 1964 in Karl-Marx-Stadt*, auf der sie das Hauptreferat hielt, äußerte sie: „Ich glaube, das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen hat erkannt, dass in dieser Frage in der gesamten Leitungstätigkeit Fehler gemacht worden sind. Die gesamte Arbeit zur Entwicklung und Förderung der Frau muss zum Prinzip der Leitungstätigkeit in allen Instituten, Ausbildungsstätten und Industriezweigen werden.“²⁸² Die Konferenz wertete sie mit dem Rektor und seinem Kollegium aus. In Vorbereitung des bevorstehenden Frauenkongresses führte sie an der TU Dresden gesonderte Aussprachen mit wiss. Mitarbeiterinnen und Assistentinnen der naturwissenschaftlich-technischen Bereiche und der Gesellschaftswissenschaften, mit Absolventinnen der TU und mit Studentinnen höherer Semester. Am *Frauenkongress vom 25. bis 27. Juni 1964 in Berlin* nahm sie als Ehrengast teil. In ihrem Referat „Frauenförderung und technische Revolution“, dem sich ein Rundfunkgespräch anschloss, vertrat sie die Auffassung, dass früh die Weichen gestellt würden, dort, wo die Interessen der heranwachsenden Mädchen beeinflusst werden könnten, im Elternhaus, in der Schule. Eltern und Lehrer müssten Hand in Hand arbeiten, wenn es darum ginge, Neigungen und besondere Fähigkeiten der Mädchen (und natürlich auch der Jungen) zu erkennen, zu fördern und in die richtigen Bahnen lenken. „Wenn ein Mädchen gut tanzen oder singen kann, überlegen die Eltern, ob die Tochter auf die Ballett- oder die Musikschule gehen könnte. Sie wissen: Wenn man nicht früh mit dem Üben anfängt, dann wird nichts. Wenn jedoch eine Tochter im Mathematikunterricht sehr gute Leistungen vollbringt, welche Eltern richten dann schon die Aufmerksamkeit darauf und machen dem Kind klar, dass es [...] Berufe gibt, für die die Mathematik gute Voraussetzungen schafft!“ Den künftigen Studentinnen aber müssten rechtzeitig – durch Oberschulen und Hochschulen gemeinsam – klare Vorstellungen über ihre Studienmöglichkeiten, besonders auch für naturwissenschaftliche Berufe, vermittelt werden. Dabei konnte sie auf die von den Hochschulen jüngst erarbeitete Broschüre über (akademische) Berufsbilder verweisen, die dabei Unterstützung geben sollte. (Der Beitrag zum Physikstudium darin stammte von ihr selbst.) Die gelegentlich vertretene Meinung, dass das Spielen mit Puppen die Mädchen von der Wahl naturwissenschaftlich-technischer Berufe wegführe, wies sie nachdrücklich zurück, und aus eigener Erfahrung fügte sie hinzu: „Wenn ich [...] meinen Beruf nach meinem Spielzeug gewählt hätte, wäre ich nie Physikerin geworden.“ Wesentlich sei eben, dass Lehrer und Eltern dann, wenn sich mathematisch-naturwissenschaftlich-technische Neigung zeige, diese, auch bei Mädchen, geeignet förderten. „Das setzt allerdings voraus, dass die Lehrer und Eltern selbst klare Vorstellungen über technische Berufe für unsere Mädchen haben. Dass dies schon in genügendem Maße der

Fall ist, bezweifle ich.“ Das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ würde da künftig einiges ändern, war sie überzeugt. Weiter ging Lieselott Herforth in ihrem Beitrag der Frage nach: Warum sind zuwenig Frauen in leitenden Stellungen der Industrie zu finden? Durch „Bestimmungen“ ließe sich daran natürlich nichts ändern, nein, zunächst müsse die „Basis“ breiter werden, dann erst werde die eine oder andere zur Spitze durchdringen. „Erhöhen wir die Anzahl der Absolventinnen in den technischen Fakultäten, so wird sich bei richtiger Ausbildung und Vorbereitung für die Praxis auch der Anteil der leitenden weiblichen technischen Kader erhöhen. Eine Diplomingenieurin auf dem Gebiet der Elektronik oder des Maschinenbaues ist noch eine Seltenheit. Solange wir aber noch Seltenheitswert in den technischen Berufen haben, sind die Männer in der Überzahl. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sie auch die leitenden Funktionen innehaben.“ Und sie betonte: „Wir müssen auch bei den Mädchen schon auf der Hochschule dafür sorgen, dass diese neben dem Erwerb fachlicher Kenntnisse auch zu Persönlichkeiten erzogen werden, die schon wissen, was Leiten überhaupt bedeutet.“ Besonders am Herzen lag der Professorin Lieselott Herforth natürlich die Frage, „warum so wenig Frauen als Hochschullehrer tätig sind“. Sie war überzeugt, dass es auch an den Technischen Hochschulen eine Anzahl von Assistentinnen und Oberassistentinnen gebe, die bei echter Förderung Hochschullehrer auf technischen Gebieten werden könnten. Doch verkannte sie die Schwierigkeiten auf dem Weg dorthin nicht, der für Frauen noch weit steiniger sei als für deren männliche Kollegen. „Wie sieht nämlich die Praxis aus?“, fragte sie und gab die Antwort: „Der Weg von der Studentin bis zum Hochschullehrer ist ein langer Weg, und er ist nicht nur lang, sondern das ist auch ein Beruf, in dem es gerade auf technischem Gebiet keinen Abschluss in der Ausbildung gibt. Zunächst muss die Frau gerade in den Jahren, in denen sie eine Familie gründet und die Kinder klein sind, also zwischen 20 und 30 Jahren, sehr intensiv arbeiten. Sie muss ihr Diplom machen, ihren Doktor machen. Aber damit ist noch nicht Schluss. Dann kommt die Habilitation. Das dauert nochmals etwa vier Jahre. [...] Es ist daher besonders schwierig für eine Frau, dieses Ziel zu erreichen, wenn sie nicht auf eine Familie verzichten will. [...] Und wenn sie dieses Ziel erreicht, so muss man sich darüber klar sein, dass [...] bis zur Pensionierung es mit einem 8-Stunden-Tag nicht getan ist. Man kann zwar noch für eine Assistentin eine Halbtagsstelle beantragen. Aber um eine Professur mit hoher Verantwortung auszufüllen, dazu braucht man zehn bis zwölf Stunden am Tag, und wenn man noch gesellschaftlich besonders aktiv ist und in staatlichen Gremien mitarbeitet, dann braucht man 14 bis 16 Stunden am Tag und noch manchen Sonntag dazu. Auch muss man in der Lage sein, einmal für vierzehn Tage auf eine Dienstreise zu gehen. Ich frage: Wie stellen sich die Männer zu diesem Frauenberuf, wenn es um ihre eigenen Frauen geht?“ Was ist zu tun? „Wir werden im gesamten Bereich des Hochschulwesens mehr als bisher bei den weiblichen Absolventen zu prüfen haben, ob sie für eine Hochschullaufbahn in Frage kommen. Wir dürfen sie bei besonderer

Befähigung bis zur Erreichung ihres Ziels nicht mehr aus den Augen lassen. Die Aspirantur und die Habilitationsaspirantur jedoch stellen dabei eine echte Frauenförderung dar. Eine große Verantwortung tragen dabei die Professoren, die staatlichen Leitungen und Parteileitungen, diejenigen, die sowohl eine fachliche wie auch ideologische Einschätzung geben können. Ich hoffe, dass das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen für den gesamten weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchs in der DDR Perspektiven festlegt und dass die Fakultäten hierbei mit großer Verantwortung mithelfen. Ich bin davon überzeugt, dass manche befähigte Wissenschaftlerin trotz großer Familienbelastung bei guter Perspektive eine Habilitation eher auf sich nimmt, als wenn sie weiß, dass es für sie im Bereich des Hochschulwesens keine Möglichkeiten gibt.“²⁸³

Und es ging mit der Unterstützung junger Wissenschaftlerinnen voran; so forderte der SfHF bei der Beratung mit den Rektoren am 20. Okt. 1964: „Für die weiblichen wiss. Nachwuchskräfte sind individuelle, die familiären u. a. Bedingungen berücksichtigende Förderungspläne auszuarbeiten. Ihnen ist eine kontinuierliche und systematische wiss. Betreuung durch die Professoren und Institutskollektive zu sichern.“²⁸⁴

Bereits 1964 war es der Name Herforth, der in der Öffentlichkeit mit dem Thema, mehr Mädchen für technische Berufe zu gewinnen, eng verknüpft wurde. Ihre Diskussionsbeiträge und Aufrufe fanden bei Schülern, Eltern, Lehrern, bei den Werktätigen positive Resonanz, da sie niemals als Agitation, sondern stets als gute, wohlgedachte Ratschläge einer Expertin mit weitreichender eigener Erfahrung wahrgenommen wurden, die selbst viel auf dem Gebiet erreicht hatte, für das sie warb.

Nach ihrem Beitrag auf dem Frauenkongress bekam Lieselott Herforth soviel Einladungen und Anfragen, dass sie eine kluge Auswahl treffen musste, nach ihrem Leitsatz: „Mach all das selbst, von dem Du sicher bist, dass es kein anderer besser kann als Du“. Sie sprach vor Mädchen, vor Frauenkollektiven, vor Schulklassen, vor Lehrern. Den Besuch ihres Institutes ermöglichte sie am 12. Okt. 1964 30 Schülerinnen und Schülern der 3. Oberschule Berlin-Köpenick und am 17. November 1964 50 Frauen vom DFD-Bezirksvorstand Berlin und rund 30 Schülerinnen und Schülern der Oberschule Reinhardtsdorf bei Bad Schandau.²⁸⁵

Sie äußerte sich in Zeitungen und Zeitschriften, im Rundfunk, im Fernsehen, gab Interviews zur eigenen Entwicklung. Nur einige dieser Beiträge aus der frühen Zeit ihrer Volkskammer- und Staatsrätstätigkeit seien angeführt: „Deutsche Lehrerzeitung“ vom 6. März 1964: „Mädchen und die technische Revolution“²⁸⁶, Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ vom 18. Juni 1964: „Noch zu rar: Frau Dipl.-Ing.“, Frauenzeitschrift „für Dich“ (nicht von ihr verfasst, aber nach einem Gespräch mit ihr niedergeschrieben und von ihr autorisiert): „Lieselott Herforth – eine Physikerin“.

Am 14. August 1964 hielt sie vor Mädchen des Pioniertreffens in Karl-Marx-Stadt einen Vortrag über „Mädchen in der technischen Revolution“. Sie schilderte

zunächst ihren eigenen Berufsweg, arbeitete dabei klar die Vorteile heraus, die eine Berufsausbildung im heutigen sozialistischen Staat böte – jede Ausbildung, jedes Studium seien unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, um einen ganz entscheidenden Vorteil zu nennen –, berichtete über die Arbeit an ihrem Institut und führte, das war der Clou, eine Reihe von Experimenten aus dem Gebiet der technischen Isotopenanwendung vor. Die Mädchen waren begeistert. In der anschließenden Aussprache zeigte sich, dass viele von ihnen bisher weder durch Schule und Jugendorganisation noch durch das Elternhaus genügende Unterstützung bei ihrer Berufswahl erhielten.²⁸⁷

Am 29. September 1964 nahm sie an einer Aussprache der Frauenkommission beim Politbüro des ZK der SED unter Leitung von Inge Lange teil, zu der eine Reihe von Frauen in Führungspositionen geladen waren. Dieser Erfahrungsaustausch zeigte deutlich die Schwierigkeiten, die Frauen in ihren Betrieben hatten, wenn sie leitende Funktionen übernehmen sollten.²⁸⁸

Im Kunstseidenwerk „Friedrich Rädels“ Pirna hatte das Institut von Lieselott Herforth schon mehrere Isotopeneinsätze zur Klärung technologischer Prozesse mit Erfolg durchgeführt, sie war daher dort seit längerer Zeit auch persönlich bekannt. Im Werk gab es die Ausbildung „Textilfacharbeiter mit Abitur“. Eine Lernbrigade von 13 Mädchen, die im September 1964 mit der Ausbildung begonnen hatten, wandte sich an die Wissenschaftlerin mit der Bitte, ihrer Brigade den Namen „Lernaktiv Professor Herforth“ geben zu dürfen. Sie stimmte zu, nachdem sich die Mädchen verpflichtet hatten, bis zum Ende der Ausbildung einen Lerndurchschnitt von mindestens 2,0 zu halten. Am 10. Nov. 1964 besuchte Lieselott Herforth jedes Mädchen an seinem Arbeitsplatz und führte danach eine Aussprache mit allen Mädchen gemeinsam durch. Die Lehrausbilderin der Mädchen war Textilingenieurin; Lieselott Herforth verhalf ihr zu einem Fernstudienplatz am Institut für die Aus- und Weiterbildung von Lehrmeistern in Karl-Marx-Stadt.²⁸⁹

Am 25. Nov. 1964 sprach Lieselott Herforth auf einer Frauenversammlung in der Deutschen Bücherei (DB) in Leipzig vor rund 120 Teilnehmerinnen – und in Anwesenheit von staatlicher Leitung, Gewerkschaftsleitung und Parteileitung der DB – zum Thema „Die Frau – die Familie – der Beruf und unser Staat“. Qualifizierungssorgen gab es hier kaum, da es sich um ausgebildete Kräfte handelte, aber genügend andere Sorgen sprachen die Frauen in der sehr lebhaften Diskussion an: Wohnungsprobleme, fehlende Kindergartenplätze, zu wenig Dienstleistungsangebote, die für die berufstätige Frau besonders wichtig sind. Alles in allem aber doch überschaubare, lösbare Probleme, vermerkte sie in ihrem Bericht.²⁹⁰

Am 2. Dez. 1964 führte Lieselott Herforth ein Rundtischgespräch mit den besten Pionieren (Schüler/innen bis zur 9. Klasse) der „Pestalozzischule“ in Glauchau durch, an der auch Lehrer und der Pionierleiter teilnahmen; auf ihren ausdrücklichen Wunsch waren viele Mädchen dabei. Das Thema hatten die Schüler/innen selbst vorgeschlagen, sie wollten etwas über die Rolle und die Aufgaben des Staats-

rates der DDR hören. Zum Schluss berichtete sie über Probleme, die sie selbst besonders beschäftigten: Technische Revolution, mehr Mädchen in technische Berufe. Das Gespräch brachte sie in Gang, indem sie wohlbedachte Fragen an die Schüler richtete, die Interessen der Schüler, die Schule, die Pionierarbeit betreffend. Alle waren sehr aufgeschlossen und interessiert, stellten viele Fragen, – aber besonders bei den Mädchen traten, wie sie feststellen musste, noch viele Unklarheiten über die spätere Berufswahl hervor.²⁹¹

Ein Jahr später war sie Rektorin. Den neuimmatrikulierten Studentinnen des Studienjahres 1965/66 schärfte sie ein: „Sie leben in einer für uns Frauen guten und glücklichen Zeit, uns stehen alle Berufe offen. Aber, und das möchte ich Ihnen heute mit auf den Weg geben, wir müssen täglich aufs Neue beweisen, dass wir uns unseren Platz in der Gesellschaft mit Recht erworben haben. Wenn Sie also heute Ihr Studium beginnen, so werden viele Studienkollegen und Hochschullehrer mit großen Erwartungen auf Sie blicken, [...] Alle Möglichkeiten werden Ihnen eingeräumt, um die schönsten und höchsten Ämter zu bekleiden, jedoch die Voraussetzungen dazu müssen Sie sich selbst erarbeiten. Dabei können wir Ihnen zwar helfen, aber die Schaffung der fachlichen Voraussetzungen sowie die Entwicklung zu einer sozialistischen Persönlichkeit kommt auf Sie in gleicher Weise zu wie auf die männlichen Studenten.“²⁹² Sinnvolle Förderung ja, aber eine „Quote“ war ihre Sache eher nicht.

Wir greifen vor: Nach zehn Jahren im Staatsrat und in der Volkskammer konnte Lieselott Herforth feststellen, dass sich die Probleme insofern verschoben hätten, dass es nun nicht mehr darum gehe, Mädchen und Frauen für naturwissenschaftlich-technische Berufe zu gewinnen, sondern darum, mehr Frauen aus diesen Berufen heraus in leitende Positionen zu bringen. Das war ein großer Erfolg nicht nur des Bildungssystems der DDR, sondern auch ihrer eigenen gesellschaftlichen Tätigkeit.

Zur Tätigkeit der Volkskammerabgeordneten in den ersten beiden Jahren

Ihre Tätigkeit als Volkskammerabgeordnete und Staatsratsmitglied war sehr vielschichtig, und auch die Aktivitäten zur Frauenförderung lassen sich hier einordnen. Ein Höhepunkt für sie war sicher der Besuch der Volksrepublik Bulgarien im September 1964 mit einer vom Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht geleiteten Partei- und Regierungsdelegation.²⁹³ Sie hatte als Staatsratsmitglied die unterschiedlichsten „Auftritte“, und sie führte regelmäßig Abgeordnetensprechstunden durch, in denen sie Eingaben der Bevölkerung entgegennahm.

„Auftritte“: Um deren Verschiedenartigkeit, aber vor allem auch, um die zeitliche Dichte und damit die Belastung deutlich zu machen, sollen einfach einmal diese Ereignisse von März bis Oktober 1965 aufgelistet werden; in diesem Zeitraum war

sie noch nicht Rektorin. Dabei werden die Sitzungen der Volkskammer und des Staatsrates nicht mit aufgeführt.

Am 13. März 1965 traf sie sich – nach einem vorangegangenen Treffen am 30. Januar – mit dem Oberbürgermeister und dem Stadtschulrat von Dresden.²⁹⁴ Es ging um die fehlenden Wohnmöglichkeiten für Studierende, eine Situation, die die TU an ihre Grenzen brachte und sie allmählich daran hinderte, die immer neuen und wichtigen Aufgaben, die an sie herangetragen wurden, auch zu übernehmen. Es gab nicht genug Internatsplätze, und die Zahl der Privatzimmer für Studierende wuchs nicht weiter an, da diese für Familien gebraucht wurden.²⁹⁵ 1965 mussten teilweise acht und mehr Studierende in einem Raum arbeiten und leben, und alle Klubräume der Internate waren zu Wohnräumen umfunktioniert worden. Das Problem der Kindergartenplätze für die TU hingegen konnte bereits 1965 im wesentlichen gelöst werden.

Im Februar und März hatte sie das öffentliche Frauenforum der Stadtleitung Dresden mit vorbereitet, das am 27. April 1965 stattfand und auf dem sie das Hauptreferat „Die Frau – ihre Qualifizierung und die technische Revolution“ hielt. Auf diesem sehr gut besuchten Forum entwickelte sich eine so angeregte und ausgedehnte Diskussion, dass für den eigentlich noch geplanten Film keine Zeit mehr blieb.

Am 6./7./8. Mai 1965 nahm sie im Bezirk Dresden im Auftrag des Staatsrates Auszeichnungen mit dem Vaterländischen Verdienstorden vor und beteiligte sich an Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Befreiung²⁹⁶ im Bezirk und auch in Berlin.

Am 15. Mai war sie auf der Delegiertenkonferenz der UGL der TU Dresden und am 24. Mai auf einer Konferenz des Ministeriums für Volksbildung zum einheitlichen sozialistischen Bildungssystem in der Kongresshalle Berlin, hierüber berichtete sie in Dresden mehrfach ausführlich, so am 31. Mai in der Versammlung ihrer Abteilungs-Partei-Organisation (der SED).

Am 6. Juni 1965 besuchte sie „ihre“ Mädchen aus dem „Lernaktiv Professor Herforth“ des Kunstseidenwerkes Pirna und beriet mit ihnen über den aktuellen Leistungsstand und über Probleme während der Ausbildung, sie lud sie zum 22. Dez. an das Institut für angewandte Radioaktivität ein – mit anschließender erneuter Aussprache.

Am 4. August 1965 gab sie auf der Stadtverordnetenversammlung Dresden, die in Vorbereitung der kommunalen Volkswahlen am 10. Okt. stattfand, einen längeren Diskussionsbeitrag.

Am 8. Sept. 1965 empfing der Rat des Bezirkes Dresden Mitglieder einer Interparlamentarischen Gruppe aus England; Lieselott Herforth war dazu eingeladen worden. In ihrem „Bericht“ notierte sie, wie wichtig es sei, über Probleme der DDR mit Parlamentariern anderer Länder zu sprechen (z.B. über Fragen des Travel-Office in Westberlin).

Am 10. Sept. 1965 sprach sie sich in Vorbereitung der Volkswahlen mit dem Oberbürgermeister von Dresden über Staatsratseingaben aus der Stadt Dresden aus. Am 15. Sept. nahm sie im Hygienemuseum an einer Wählervertreterkonferenz der Stadt Dresden teil.

Am 4. und 6. Okt. fuhr sie zur 800-Jahrfeier der KMU nach Leipzig und beteiligte sich dort am Philosophischen Symposium. Ein großes Ereignis für die TU Dresden – und für Lieselott Herforth selbst – waren am 8./9. Okt. 1965 der Besuch des Kosmonauten Leonow, die Großkundgebung und der Kosmonautenball mit ihm.²⁹⁷

Eingaben aus der Sprechstundentätigkeit: Lieselott Herforth nahm in den regelmäßig von ihr abgehaltenen Sprechstunden Eingaben – aber auch Anregungen und Informationen – der Bevölkerung entgegen. Die Eingaben überstrichen ein weites Feld, in etwa der Hälfte jedoch ging es um Wohnungsprobleme, Krippenplätze, Kindergartenplätze, um Studienplätze, um den Einsatz nach dem Studium. Sie baute viele gute – und hilfreiche – Kontakte auf, zum Oberbürgermeister von Dresden, zum Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, zu den Gremien von Gewerkschaft und Partei [...] Das war für sie als Mitglied des Staatsrates natürlich nicht so schwer. So ließen sich die meisten Eingaben vor Ort lösen, einige jedoch überstiegen ihre Möglichkeiten und sie gab sie zur Weiterverfolgung an die Kanzlei des Staatsrates weiter. Als Beispiel seien drei der Eingaben aus ihrer „Anfangszeit“ angeführt.²⁹⁸

Eine Eingabe der 55. Oberschule Dresden machte die Klärung grundsätzlicher Probleme des Schulwesens in Dresden und besonders im Stadtbezirk Süd nötig. Konkret ging es um fehlenden Schulraum durch a) Mangel an Geld, b) Standortplanung unabhängig von den Volksbildungsorganen, c) zweckentfremdete Nutzung von Schulen (als Hilfskrankenhaus, Schwesternschulen, Wohnheime). Hierzu hatte Lieselott Herforth am 9. Januar 1965 eine Aussprache mit dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes (Scheler), dem Oberbürgermeister der Stadt Dresden (Schill) und dem Bezirksschulrat. Man einigte sich darauf, dass die Frage des fehlenden Schulraums bei der Diskussion des Perspektivplanentwurfs geklärt werden müsse. Bis zur Klärung solle gewährleistet werden, dass bei jeder Elternversammlung ein sachkundiger, auskunftsfähiger staatlicher Vertreter anwesend sei. Außerdem wurde das Fehlen von Oberstufenlehrern vor allem in naturwissenschaftlichen Fächern bemängelt. Lieselott Herforth schätzte in ihrem Bericht ein: „Die Leitung der Volksbildung der Stadt Dresden war schlecht.“

Am 25. Januar 1965 nahm Lieselott Herforth an einer Aussprache beim Rektor, Professor Kurt Schwabe, mit hohen Vertretern von Regierung, Partei und Bezirk teil (Dr. Apel, Dr. Mittag, Krolkowski, Scheler). Es ging einmal wieder um Lohnfragen, diesmal aber um die der technischen Kräfte an der TU Dresden. In dieser Angelegenheit hatte Rektor Kurt Schwabe an Günter Mittag geschrieben, während sich Lieselott Herforth an Walter Ulbricht gewandt hatte. Nach einem Jahr war das

Problem gelöst. Seit 1. Januar 1966 erfolgte eine bessere Einstufung der technischen Kräfte entsprechend ihrer Qualifikation.

Zu den Eingaben, die Lieselott Herforth im Jahr 1965 klären konnte, gehörte auch das Wohnungsproblem von Gudrun Erzgräber geb. Haberer, einer Absolventin des Instituts für Anwendung radioaktiver Isotope. Die bekannte Wissenschaftlerin und Wissenschaftsorganisatorin (vgl. Kap. VI. 4.) erinnerte sich noch Jahrzehnte später dankbar daran. Sie arbeitete am ZfK Rossendorf (mit recht weitem Arbeitsweg), hatte einen Säugling, den sie vor Arbeitsbeginn in die Krippe brachte und nach Arbeitsschluss abholte, und musste sich um ihren verwitweten erkrankten Vater Sorgen machen. Lieselott Herforth verhalf ihr sehr engagiert zu einer angemessenen Wohnung: Ihr Vater konnte zu ihr ziehen und bekam durch den kleinen Enkel Kraft und Lebensmut zurück, – und sie so allmählich durch ihren Vater eine zusätzliche Stütze bei der Bewältigung des Alltags.²⁹⁹

6. LIESELOTT HERFORTH ALS REKTORIN: 1965 BIS 1968

Die erste deutsche Universitätsrektorin

1962 hatte Walter Ulbricht die TU Dresden besucht und dabei mehrere Institute besichtigt, so das des Rektors Kurt Schwabe, aber auch das von Lieselott Herforth geleitete, – ein Zeichen ihrer Wertschätzung. Bereits in der Sitzung des Senats der TU Dresden vom 7. November 1964 war sie von diesem als „rector designatus“ gewählt worden, am 29. Oktober 1965 trat sie das Amt als Nachfolgerin von Kurt Schwabe an. Ihre Amtseinführung war mit der Immatrikulation der neuen Studierenden des Studienjahres 1965/66 verbunden. Diesen jungen Leuten gab sie mit auf den Weg: „Wenn Sie nach fünf Jahren das Studium beendet haben werden, so wartet auf Sie ein Arbeitsplatz in der Industrie oder in einem Institut oder auch an einer Hochschule. Sie haben während dieser fünf Jahre nur eine Sorge und die wird und muss darin bestehen, sich zu einer sozialistischen Persönlichkeit zu entwickeln, ausgerüstet mit bestem Fachwissen. Diese Sorge ist auch unsere Sorge, d. h. die Sor-



Abb. V.11: Bei der Einführung in das Amt der Rektorin: L. Herforth neben Staatssekretär Prof. Gießmann

ge des gesamten Lehrkörpers. [...] Wir werden Ihnen durch besonders intensive Anleitung in den ersten Semestern den Anfang erleichtern helfen. [...] Die Anforderungen an Sie werden wachsen. Sie werden jedoch bald erkennen, wenn Sie die 24 Stunden des Tages gut nutzen und die Arbeit richtig einteilen, dann bleibt Ihnen auch noch Zeit für Sport, Musik, Theater und andere kulturelle und gesellschaftliche Betätigung“.³⁰⁰

Nach der feierlichen Aufnahme der Neuimmatrikulierten wandte sich Lieselott Herforth an die Gäste von den Hochschulen, aus der Staatsführung und den gesellschaftlichen Organisationen, an die Kollegen, an Verwandte und Freunde; darunter waren ihre Mutter Elsa Herforth und ihre Tante Frieda Stein geb. Herforth, die aus der BRD angereist war. Die Rektorin betonte, dass sie ihre Wahl „als besonderes Vertrauen in die Gleichberechtigung“ betrachte, das die „männlichen Kollegen hiermit zum Ausdruck bringen“. „Hierdurch ist erneut unter Beweis gestellt, dass unseren Frauen in der DDR alle Wege offen stehen, die mit höchster Verantwortung verbundenen Ämter einzunehmen. Gerade an einer Technischen Universität sollte dies uns helfen, mehr Frauen und Mädchen für ein technisches Studium zu gewinnen.“ Unter dem Rektorat ihres Amtsvorgängers sei es gelungen, „der TU den Charakter zu verleihen, den man von ihr bei der Umbenennung erwartete“. „Das Gesicht den Betrieben zu!“ Diese Aufforderung, die der Festredner 1961 der TU Dresden zurief, sei sehr ernst genommen worden. Nur so sei es möglich gewesen, „die geistige Kapazität unserer Universität mit Erfolg in den Dienst der Technischen Revolution zu stellen“. Dann streifte sie die Beziehungen zum Ausland: „In der weiteren Festigung der Zusammenarbeit der TU mit den Universitäten des Auslands und mit Westdeutschland sehe ich eine wissenschaftliche und große politische Aufgabe. Gerade in Westdeutschland müssen wir die Wissenschaftler in ihren Bestrebungen gegen die Atomkriegspolitik, die immer mehr die Wissenschaft in eine Bahn zwingt, die niemals zu verantworten ist, unterstützen. Ich bin mir der großen Verantwortung bewusst, die auch die TU für die Erfüllung der nationalen Mission der DDR trägt. Der raschen Verwirklichung unseres neuen Bildungsgesetzes kommt hierbei eine große nationale Bedeutung zu.“ „Der weitere Abschluss von Freundschaftsverträgen mit Universitäten und Hochschulen des sozialistischen Auslands wird helfen, die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf dem Gebiet der Lehre und Forschung zu festigen, und die DDR wird auch hierdurch ihr Ansehen in der Welt vergrößern.“ Im zweiten Teil ihrer Rede gab sie einen Einblick in die Arbeit des von ihr geleiteten Instituts, sie sprach zum Thema: „Radiometrische Verfahren für die Industrie und ihre Bedeutung für die Technische Revolution“.³⁰¹



*Abb. V.12: Bei der Amtseinführung unter den Gästen:
Dora Herforth und Frieda Stein (3. und 2. v. r.)*

Auch in den westdeutschen Medien wurde auf das Ereignis eingegangen, so hieß es im „Spiegel“: „Lieselott Herforth, 49, sowjetzonale Physikerin, seit 1962 Leiterin des Dresdner Instituts für Anwendung radioaktiver Isotope und seit 1963 Mitglied des DDR-Staatsrats, wurde Rektorin der Dresdner Technischen Universität. Die Naturwissenschaftlerin ist die erste deutsche Universitätsrektorin.“³⁰²

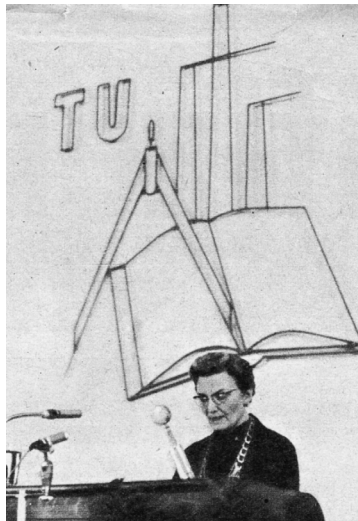


*Abb. V.13: Die erste Rede der
Rektorin*

1965 bis 1968 war Lieselott Herforth Rektorin der TU Dresden, zunächst für zwei Jahre gewählt und dann für ein weiteres Jahr im Amt bestätigt. Gerade in diesen Jahren forderten die Vorbereitung und Durchführung der 3. Hochschulreform der DDR höchstes Verantwortungsbewusstsein, starkes Durchsetzungsvermögen und große Entschlusskraft. Es war außerdem eine Zeit, in der das Geschehen in der Welt klare politische Haltung und Geradlinigkeit nötig machte. Was „Leiten“ für sie bedeutete, hatte sie auf dem Frauenkongress im Juni 1964 in Berlin so ausgedrückt: „Leitende Stellung [...] heißt ja keineswegs, nur anleiten zu können, indem man vielleicht durch seine fachlichen Mehrkenntnisse den Kollegen, die weniger wissen, weiterhilft, sondern, ‚leitende Stellung‘ bedeutet auch, Verantwortung tragen können, entscheiden können, sich durchsetzen können, ökonomisch denken können, sozialistisch leiten können.“ Diese Fähigkeiten hatte Lieselott Herforth in hohem Maße.³⁰³ Ein weiteres wichtiges, für erfolgreiches Leiten wohl kaum zu überschätzendes Merkmal von Lieselott Herforth hatte C. F. Weiss in seiner Beurteilung von 1957 so gefasst: „Sie versteht es ausgezeichnet, die für erfolgreiche Team-Arbeit notwendigen Eigenschaften wie Kameradschaftlichkeit und Duldung auch bei den Mitarbeitern zu erwecken.“³⁰⁴



Abb. V.14: Besuch des Rektors der Universität Damaskus 1965 an der TU Dresden: Unterzeichnung eines Vertrages über Zusammenarbeit

Mit Brief vom 21. Nov. 1965 hatte sie Walter Ulbricht für Glückwunsch und Blumen zur Amtsübernahme gedankt. „Der Inhalt Ihres Glückwunschschreibens zeigt mir, mit welcher persönlichen Anteilnahme Sie diesen Tag in der Geschichte der TU Dresden verfolgt haben und dass Sie große Erwartungen auf mein Wirken an der TU als Genossin, als Frau, als Wissenschaftlerin, als Hochschullehrer, als Mitglied des Staatsrates und als Volkskammerabgeordnete setzen. Die mir übertragene Aufgabe ist von höchster Verantwortung unserem sozialistischen Staat gegenüber

getragen, die Verantwortung für die Ausbildung und Erziehung unserer Studenten. Ich versichere, dass ich mir in jeder Minute dieser hohen Verantwortung bewusst bin und mich unermüdlich einsetzen werde, um das in mich gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. [...]“³⁰⁵ Da wussten beide noch nicht, dass ein leichter Schatten über die erste Zeit der Amtsausübung der Rektorin fallen würde.

Wenige Tage nach ihrem Brief erhielt Walter Ulbricht als Hausmitteilung eine Information über eine Gruppe von 10 Studenten, alle Mitglieder der FDJ, alle im 1. Studienjahr der Fachrichtung Chemie an der TU Dresden, die während des Ernteeinsatzes, der dem Studienbeginn vorausgegangen war, eine „Partei“ gegründet hatten, namens „Studentische Nationalistische Oppositionspartei“. Das ZK der SED schätzte ein, dass die Parteileitung der Fakultät N der TU die Lage offenbar nicht richtig beurteilt und eine Reihe von FDJ-Mitgliedern das Verhalten der Zehn bagatellisiert habe. Die vier aktivsten Studenten hatten in der Schule sehr gute Leistungen und waren gesellschaftlich engagiert (bei den Jungen Pioniere, in der FDJ und im Deutschen Roten Kreuz). Die Vier mussten das Studium – zeitweilig – unterbrechen und eine Arbeitsstelle annehmen. Auf jeden Fall überschattete dieses Vorkommnis den sonst so erfolgreichen Start der Rektorin.³⁰⁶

Die Rektorin in Aktion bei Ereignissen an der TU und im Umfeld

1965/66 jährten sich mehrere bedeutende Ereignisse zum 20. oder 10. Male, wie die Wiedereröffnung der TU, die Gründung des Instituts für Anwendung radioaktiver Isotope, des ZfK, des VEB Vakutronik. Weitere „runde Jubiläen“ kamen hinzu. Zumindest eine kurze Rede wurde meist von ihr erwartet. Über allem lag in den Rektoratsjahren von Lieselott Herforth die breite Solidaritätsbewegung mit dem vietnamesischen Volk.

10. Jahrestag der Gründung des Instituts für Anwendung radioaktiver Isotope

Der 10. Gründungstag des Instituts für Anwendung radioaktiver Isotope wurde am 16. November 1965 mit einem Absolventen- und Mitarbeitertreffen im „Andreas-Schubert-Bau“ feierlich begangen. Die Aufstellung der bisherigen Absolventen hatte ergeben: Professor Lange hatte für die Anwendung radioaktiver Isotope 19 Physiker und 13 Chemiker ausgebildet, Dr. Große-Ruyken – nun habilitiert und Dozent in der Abt. Biologie und Chemie der Fakultät N – 38 Chemiker, Professor Herforth 37 Physiker. Frau Professor Herforth, Dr. Koch und Dr. Stolz zeichneten in ihren Vorträgen die bisherige Geschichte und die Leistungen des Instituts nach. Im Vestibül des IV. Stocks war eine Ausstellung zu besichtigen, und die Absolventin und Assistentin Dipl.-Phys. Karin Müller führte durch das Institut. Nachmittags traf man sich im Klub der Intelligenz „Victor Klemperer“, und abends war man in der

Mensa Dülferstraße zwanglos beisammen. 31 Absolventen waren erschienen und immerhin fünf Absolventinnen: Johanna Girschik, Gudrun Haberer verh. Erzgräber, Karin Müller, Ingrid Storbeck, Gisela Zeppenfeld, vier davon promovierten und zwei habilitierten sich. Zu diesen 36 Ehemaligen kamen fünf derzeitige Diplomanden des Instituts. Auch der frühere Direktor des Instituts, Professor Werner Lange, war mit seiner Frau dabei.³⁰⁷

Zwei frühe Absolventinnen des Instituts arbeiteten bei Ernst Rexer: Ernst Rexer hatte an den Univ. Freiburg und Berlin Chemie studiert, in Berlin promoviert und sich als Assistent für Theoretische Physik an der Univ. Halle-Wittenberg dort 1937 habilitiert. Nach zwei Jahren an der Front arbeitete er während des 2. Weltkriegs als Physiker u. a. an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt. Von 1946 bis 1955 war er in der SU auf dem Gebiet der Festkörperphysik tätig. Er begründete und leitete seit 1956 in Dresden das „Institut für angewandte Physik der Reinstoffe“, das zunächst dem AKK unterstellt war, 1962 aber Akademie-Institut wurde und später Teil des „Zentralinstituts für Festkörperphysik und Werkstofforschung“ (ZFW) der DAW bzw. der AdW der DDR war. Nebenamtlich lehrte er als Professor mit Lehrauftrag für Werkstoffe der Kerntechnik an der TH/TU Dresden. Ingrid Storbeck und Gisela Zeppenfeld, beide unter dem Direktorat von Werner Lange aus dem Institut für Anwendung radioaktiver Isotope hervorgegangen, begannen ihre Berufstätigkeit bei Ernst Rexer.

Ingrid Storbeck wurde am 13. Okt. 1937 geboren, hatte nach dem Krieg – während des Einsatzes ihres Vaters – einige Jahre die Schule in der SU besucht, mit besonders gutem Unterricht in den math.-nat. Fächern, 1955 das Abitur in Leipzig abgelegt und das Studium der Physik an der KMU aufgenommen. Hier war sie mit Lieselott Herforth während des Praktikums zur angewandten Radioaktivität in Berührung gekommen, hatte die Einführungsvorlesung zum Praktikum jedoch bei Carl Friedrich Weiss gehört. Wegen der Berufung des Vaters zog die Familie nach Dresden, und Ingrid Storbeck setzte das Studium seit dem 7. Semester am Institut für Anwendung radioaktiver Isotope in der Sektion K der TH Dresden fort. Nachdem sie das Diplom erworben hatte, begann sie am Institut für angewandte Physik der Reinstoffe Dresden zu arbeiten, schrieb hier ihre Dissertation, mit der sie 1968 promovierte. Am ZFW war sie zuletzt Abteilungsleiterin, schrieb ihre Dissertation B und nahm Lehraufgaben auf dem Gebiet „Werkstoffe der Mikroelektronik“ wahr. Von ihren Schriften seien genannt: „Untersuchung der elektrischen, thermo- und photoelektrischen Eigenschaften von metallfreien und metallhaltigen Polymeren aus Tetracyanäthylen“, 1968 (388 Seiten); „Beitrag zum Verständnis des Leitungsmechanismus von Dickschichtwiderständen“, 1985 (262 Seiten); dazu „Organische Halbleiter“ (A. W. Toptschijew (Hrg.), Institut für Halbleiter bei der AdW der UdSSR) – in deutscher Sprache herausgegeben von Ernst Rexer unter Mitwirkung

von Ingrid Storbeck (und einigen anderen), Berlin 1966. Frau Dr. Ingrid Storbeck ist verheiratet und hat zwei Söhne.

Gisela Zeppenfeld war nach erlangtem Diplom ebenfalls am Institut von Ernst Rexer tätig und schrieb hier ihre Dissertation. Später finden wir sie sehr erfolgreich im VEB Textilkombinat Cottbus. Publikationen von ihr sind: „Der Einfluss des Lösungsmittels Tetrahydrofuran auf die Peroxidbestimmung in Polyvenylchlorid“, in: *Die Makromolekulare Chemie* 109 (1967), entstanden noch im Akademieinstitut, „Zur strahlenchemischen Synthese weicher, elastischer Polymerisate auf der Basis ungesättigter Polyesterharze für den Einsatz im Textilsektor“, 1976 (506 Seiten) und – gemeinsam mit vier Mitautoren – „Curing of epoxides“, in: *Angew. Makromolekulare Chemie*, 1989. Sie erarbeitete allein oder mit anderen mehrere Patente für ihren Betrieb, darunter „Verfahren zur Herstellung von Isoliermaterialien“ und „Process for the Radiation Treatment of Polyethylene“ (1971). Dr. Gisela Zeppenfeld hatte bereits als Studentin ein Kind, das sie gelegentlich im Kinderwagen mit zum früheren „Hauptgebäude“ der Fakultät K in der Liebigstraße brachte. Sie starb in der Wendezeit.³⁰⁸

200 Jahre Bergakademie Freiberg

Als die Technische Bildungsanstalt Dresden (TBA) 1828 als Vorgängereinrichtung der jetzigen TU Dresden ihre Arbeit aufnahm, besaß das Königreich Sachsen mit der 1765 begründeten Bergakademie Freiberg schon die älteste höhere technische Bildungsstätte der Welt, die sich bereits hohes internationales Ansehen erarbeitet hatte und an der zeitweilig mehr Ausländer als Deutsche studierten. Sie zählt Novalis und Lomonossow zu ihren Schülern, aber auch Julius Ambrosius Hülse und Gustav Zeuner, deren Namen untrennbar mit der Entwicklung der späteren TU Dresden verbunden sind. Grundlage des Erfolgs der Bergakademie Freiberg war das von Anfang an befolgte Prinzip „Theoria cum praxi“.

In Freiberg überbrachte Lieselott Herforth am 13. November 1965 in ihrer Eigenschaft als Staatsratsmitglied Grüße und Glückwünsche der Universitäten, Hochschulen und Medizinischen Akademien der DDR. Sie erinnerte daran, dass die Geburtsstunde der BA Freiberg „in einer Zeit großen gesellschaftlichen Fortschritts“ gelegen habe. „Während die in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts erfolgten Gründungen deutscher Universitäten Bedürfnisse der Kirche und kirchlicher und weltlicher Fürsten nach akademisch ausgebildeten Kräften zur Aufrechterhaltung ihrer Macht widerspiegeln, erfolgt die Gründung der Bergakademie Freiberg unter den Bedingungen des sich entfaltenden Kapitalismus. Die neuentstandene bürgerliche Klasse brauchte zur raschen Entfaltung ihrer Produktivkräfte die Kenntnis der Gesetze der Natur, die Entwicklung von Technik und Technologie, brauchte ihre eigene Intelligenz und ihre eigene Bildungsstätte.“³⁰⁹

150 Jahre Forstakademie Tharandt

Am 18. Oktober 1966 eröffnete die Rektorin die Feierlichkeiten zum 150. Jahrestag der Gründung der „Forstakademie Tharandt“. Unter den Gästen waren hochrangige Wissenschaftler und Vertreter aus Vietnam, aus der CSSR, den Volksrepubliken Polen, Ungarn und Bulgarien, der Vereinigten Arabischen Republik, aus Finnland, aus Schweden und aus dem Staatsapparat und dem Forstwesen der DDR, dazu die in Tharandt studierenden Aspiranten und Studenten aus der syrisch-arabischen Republik. Nach Tharandt war Heinrich Cotta im Jahre 1811 mit seiner von ihm 1785 in Zillbach (Thüringen) begründeten privaten Forstschule übergesiedelt, nachdem er zum Forstrat und Direktor der Forstvermessungsanstalt in Sachsen berufen worden war. Diese Lehranstalt wurde 1816 vom sächsischen Staat als „Königlich Sächsische Forstakademie“ übernommen, sie wurde 1929 eine Abteilung bzw. später Fakultät der TH Dresden. Lieselott Herforth würdigte, dass die Fakultät für Forstwirtschaft der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) solidarische Hilfe bei der Lösung forstwirtschaftlicher Probleme geleistet habe; die Zusammenarbeit mit der DRV würde im Rahmen der großen Solidaritätsbewegung an der TU weiter entwickelt werden. Von den Forstwirtschaftlern und Forstwissenschaftlern werde aber auch ein schöpferischer Beitrag zur Lösung der anstehenden volkswirtschaftlichen Aufgaben der DDR erbracht, es gehe darum, „die Produktivität der Wälder, ihre materiellen Leistungen und nicht zuletzt den Einfluss des Waldes z. B. auf Volksgesundheit, Klima, Wasserhaushalt, die vor Erosion und Austrocknung des Bodens schützende Wirkung zu erhöhen“. Die Forschungsthemen, die im Perspektivplan der Fakultät für Forstwirtschaft enthalten seien, darunter „Landschaftsökologische Forschungen zur Erarbeitung der Grundlagen optimal gegliederter, nachhaltig ertragreicher Kulturlandschaften“, trügen zur Lösung der Aufgaben der Forstwirtschaft im Rahmen der komplexen sozialistischen Rationalisierung in der Volkswirtschaft der DDR bei. Professor Mette, der Dekan der Fakultät für Forstwirtschaft, wies in seiner Ansprache darauf hin, dass die vielen ausländischen Gäste für „das große Ansehen“ sprächen, „das die Fakultät für Forstwirtschaft und die TU in der ganzen Welt genießen“. Am Abend des 18. Oktober gab Lieselott Herforth den „Empfang des Rektors“, und am darauffolgenden Tag beteiligte sie sich aktiv am „Gesamtdeutschen Gespräch“ mit westdeutschen Kollegen und Gästen der Forstfakultät.³¹⁰

70 Jahre Maschinenbaulaboratorium

Dieser 70. Geburtstag wurde am 29. September 1966 mit einer Tagung feierlich begangen – mit einer großen Zahl von Gästen „aus dem sozialistischen und dem kapitalistischen Ausland und der Deutschen Bundesrepublik“. Lieselott Herforth begrüßte die Gäste im Namen der Universitätsleitung und wandte sich dann an den Direktor des Laboratoriums. Sie habe das Vortragsprogramm der Tagung genau angesehen und dabei festgestellt, dass „die Vorträge von der Thematik her und die

hierdurch sicher in Gang kommende Diskussion eine Fülle von Rationalisierungsvorschlägen beinhalten“. Durch die enge Zusammenarbeit mit ihrem eigenen Institut sei ihr bekannt, „wie aufgeschlossen Sie und Ihre Mitarbeiter modernen Unterrichtsverfahren gegenüberstehen und welche Bedeutung Sie in Ihrer Forschungsarbeit der Gemeinschaftsarbeit beimessen.“ „Sicher werden insbesondere unsere westdeutschen Gäste, die zum ersten Mal in der DDR sind, wenn sie aufmerksam durch Dresden und durch die TU wandern, feststellen, dass wir eine akzeptable technische Bildungsanstalt sind in einem sozialistischen Staat. Mein Wunsch geht dahin, dass es uns gelingen möge, ihnen auch in diesen Tagen einen guten Einblick zu geben in alle hochschulpolitischen Probleme, mit denen wir uns z. Zt. befassen und über die sie in ihrem Lande keine Möglichkeit haben, sich so gut wie bei uns an der TU zu orientieren. [...]“³¹¹

Solidarität mit Vietnam

Seit Februar 1965 ließen die USA Nordvietnam bombardieren und erhöhten die Präsenz der amerikanischen Bodentruppen in Südvietnam, deren Stärke zeitweilig rund eine halbe Million Mann betrug. Im Vietnamkrieg, der 1955 als Bürgerkrieg in Südvietnam begonnen hatte, starben Millionen Vietnamesen – Schätzungen bewegen sich zwischen 2 und 5 Millionen. Dazu kommt eine große Zahl Schwerverwundeter und durch das Giftgas Agent Orange, von den USA-Truppen zur Entlaubung eingesetzt, direkt Geschädigter oder an Spätfolgen Leidender. Auch mehr als 58 Tausend US-Soldaten ließen ihr Leben in Vietnam. Protest gegen das Vorgehen der USA und ihrer Verbündeten erhob sich weltweit in allen Schichten der Bevölkerung und auch in den USA selber. In der DDR entwickelte sich eine breite Bewegung der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk, die ganz unterschiedliche Facetten hatte, von den Blutspendeaktionen über Solidaritätskonzerte mit hohem Spendenaufkommen, Spenden aus Studierenden- und Arbeitskollektiven bis zur Ausbildung und zum Studium von Vietnamesen in der DDR und Hilfe vor Ort, wie sie etwa durch die Fakultät für Forstwirtschaft Tharandt der TU Dresden erbracht wurde. 1966 war ein Jahr vielfältiger Solidaritätsaktionen für Vietnam auch an der TU Dresden, unter ihrem Lehrkörper und in der Studentenschaft. Auf dem Meeting „Solidarität für Vietnam“, das am 26. Februar 1966 im Kongress-Saal stattfand, sagte Lieselott Herforth dazu: „Kollektive der TU Dresden haben sich an der Solidaritätsspendenaktion von Radio DDR beteiligt. Hunderte von Studierenden und andere Angehörige der TU spendeten von ihrem Blut, um dem Leben des vietnamesischen Volkes zu dienen, und wir sind bereit, schon morgen die Aktion zu wiederholen! Am 5. Februar 1966 wandten sich die Teilnehmer eines Konzils der TU Dresden über die UNESCO an alle Wissenschaftler der Welt, ihre Autorität einzusetzen, um die Einstellung der Aggressionsakte zu erzwingen. Mit tiefer Abscheu verurteilen wir den Vernichtungskrieg des USA-Imperialismus gegen die Bevölkerung Südvietnams und die Aggressionsakte gegen die demokratische Republik

Vietnam und andere Nachbarvölker in Südostasien. Mit tiefer Abscheu verurteilen wir die Schützenhilfe des Bonner Regimes, die es im Interesse der eigenen aggressiven Politik des westdeutschen staatsmonopolistischen Kapitalismus den USA in Vietnam leistet. [...] Es lebe die Freiheit des vietnamesischen Volkes! Es lebe der Frieden!“³¹² Mit dem Protestmeeting des Internationalen Studentenkomitees und der FDJ am 15. März 1966 wurde der Auftakt gegeben zur 2. Blutspendeaktion, auch hier hielt die Rektorin eine kurze Ansprache, die mit den Worten schloss: „Unterstützung des Kampfes des vietnamesischen Volkes ist Kampf an der gleichen Front, Kampf auch für das deutsche Volk, Kampf für den Frieden der Welt.“³¹³ Im Febr. 1966 sprach Lieselott Herforth auch auf einem Protestmeeting, das vom Kulturbund im Hygiene-Museum veranstaltet wurde. Ein eindringlicher „Dresdner Appell“ wurde von Arbeitern, Wissenschaftlern, Ärzten, Ingenieuren, Künstlern, Pädagogen und geistlichen Würdenträgern verfasst und unterschrieben, die sich zusammenfanden, um, „getragen vom Geiste des Humanismus und in nationaler Verantwortung, das grauenhafte Verbrechen der amerikanischen Mordbrenner in Vietnam zu verurteilen und einen eindringlichen Appell an alle Menschen diesseits und jenseits der Grenzen unserer Republik zu richten, damit diesem Morden Einhalt geboten wird“.³¹⁴

20. Jahrestag der Wiedereröffnung der TH Dresden

Dieser Jahrestag war an der TU unter der Leitung von Lieselott Herforth gut vorbereitet worden, schließlich war er ein Höhepunkt während ihrer Rektoratszeit. Im Juni 1966 hatte in Leipzig eine Rationalisierungskonferenz stattgefunden. Eine Kommission unter der Leitung von Professor Koloc nahm eine erste Auswertung der Konferenz vor. Es ging um eine bessere Unterstützung der Industrie, aber auch um rationelleres Arbeiten in den TU-Bereichen selbst. Aus den Kollektiven der TU heraus hatte es viele Einzelverpflichtungen und eine Reihe von Beiträgen zur komplexen Rationalisierung gegeben, die in einer speziellen Mappe festgehalten wurden und zum Inhalt einer Geschenk-Kassette gehörten. Der Festakt zum 20. Jahrestag der Wiedereröffnung der TH Dresden fand am 4. November 1966 im Hygiene-Museum statt. Der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht selbst hielt die Festrede vor den vielen Gästen aus dem In- und Ausland.

Zur künftigen Rolle der Wissenschaften und ihrer Vertreter führte Ulbricht u. a. aus: „Die Zeit der technischen Revolution des sozialistischen Aufbaus ist gleichzeitig die Zeit der äußerst hohen Verantwortung des Wissenschaftlers. Dieser Verantwortung gerecht werden kann der Wissenschaftler nur, wenn er einerseits die Fragen seines Wissenschaftsgebiets beherrscht und gleichzeitig mit [...] Grundkenntnissen der Politik, Ökonomie, Psychologie und Philosophie vertraut ist. Die Wahrnehmung dieser Verantwortung verlangt objektiv die enge Zusammenarbeit mit den Vertretern der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften.“³¹⁵ Von der TU erhielt er die erwähnte Kassette überreicht. In ihren Ausführungen auf

dem Konzil der TU am 17. Dez. 1966 bezog sich die Rektorin mehrfach auf ihn, sie erinnerte: „Walter Ulbricht machte in seiner Festrede darauf aufmerksam, dass eine Grundvoraussetzung für richtige Entschlüsse in Wissenschaft und Politik darin besteht, dass von den realen Tatsachen ausgegangen wird. [...] Realität ist, dass wir nur durch die Stärkung der DDR unseren Beitrag zur Festigung der Sicherheit in Europa und zur Sicherung des status quo in Deutschland leisten und damit zur Entspannung, Annäherung und schließlich Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten beitragen können.“³¹⁶ Auch auf die Kassette ging sie noch einmal ein. Die Verpflichtungen, die in die Mappe darin aufgenommen worden waren, hatte sie kopieren lassen und allen Hochschullehrern zusammen mit Empfehlungen für die weitere Arbeit ausgehändigt, denn, so die Rektorin: „Die bis zum 4.11.1966 geleistete Arbeit kann natürlich nur ein Anfang sein.“



Abb. V.15: Festakt zum 20. Jahrestag der Wiedereröffnung der TH Dresden (v. l.: Werner Krolkowski, Lotte Ulbricht, Walter Ulbricht, Lieselott Herforth, Staatssekretär Prof. Gießmann)

Das Militärlager 1967

Die aus dem Militärlager Seelingstädt zurückkehrenden Studenten wurden am Freitag, dem 8. September, von Lieselott Herforth auf dem Sportplatz Zellescher Weg begrüßt. Sie beschwor die Kraft der Gemeinschaft: „In ihrem weiteren Studium geht es darum, [...] die erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen im gesamten Studienprozess nutzbringend anzuwenden. Grundlage dazu bildet der im militärischen Ausbildungslager geführte sozialistische Wettbewerb. Dort haben Sie besonders in der Taktikausbildung und in der militärischen Körperertüchtigung die Kraft und Rolle des Kollektivs verspürt. *Sich an den Starken anlehnend und den Schwachen mitreißend, haben Sie ein Prinzip angewendet, das im sozialistischen Studententwettstreit weitergeführt werden muss.* [...]“³¹⁷

50. Geburtstag von Lieselott Herforth am 13. September 1966

Die Kette der Gratulanten aus den Instituten und Gremien der TU, von anderen Dresdner Hochschulen, aus Partei, Regierung und den gesellschaftlichen Organisationen, von Hochschulen aus der DDR und dem Ausland riss nicht ab.³¹⁸



Abb. V.16: 50. Geburtstag: Volkskammerpräsident Prof. Dr. Johannes Dieckmann gratuliert



Abb. V.17: Das eigene Institut gratuliert: (v. l.) Gerhard Kleindt, Manfred Frank, Annemarie Stoll, Siegfried Koch, Werner Stolz, Helmut Löffler, Lieselott Herforth

Die Kolleginnen und Kollegen des Instituts für Anwendung radioaktiver Isotope hatten als besonderes Geburtstagspräsent für die Chefin ein Album „zur bleibenden Erinnerung“ gestaltet, das alle Institutsangehörigen, eingeschlossen die Gruppe Technik und die Werkstattmitarbeiter, an ihrem Arbeitsplatz zeigte.³¹⁹

Die Rektorin in ihrer Tätigkeit als Abgeordnete und Staatsratsmitglied 1965/66

In ihrer Arbeit als Staatsratsmitglied konzentrierte sich die Rektorin auf die Probleme der TU Dresden, wobei sich ihre Tätigkeitsbereiche meist in glücklicher Weise verbinden ließen. Nach zwei Monaten Amtszeit konnte sie in ihrem Bericht an die Kanzlei des Staatsrates einschätzen: „Die Verbindung Rektor und gleichzeitig Mitglied des Staatsrates zu sein und umgekehrt, als Mitglied des Staatsrates Rektor zu sein, ist gerade für mich als erste Rektorin eine sehr gute Kombination, die mein Wirken sehr unterstützt und mir manches erleichtert. Natürlich können nicht alle Rektoren Mitglied des Staatsrates sein, aber wichtig ist, dass der Rektor zu jeder nur auftretenden Frage [...] eindeutig und klar Stellung bezieht.“ Andererseits wurde ihr Zeitbudget nun noch mehr beansprucht, so dass sie eine noch strengere Auswahl treffen musste, was Veranstaltungen, Versammlungen, Einladungen betraf. Sie betonte aber, dass es zahlreiche Verpflichtungen gebe, bei denen sie „gleichzeitig als Mitglied des Staatsrates und als Rektor wirken“ könne. Sehr wichtig war ihr, „weiterhin mit der Stadt und dem Bezirk sehr guten Kontakt zu pflegen“. Natürlich hatte sie bei den Veranstaltungen, an denen sie teilnahm, fast immer einige Worte zu sprechen, oft ein Referat zu halten oder das Gespräch zu führen; damit nahm bereits die Vorbereitung Zeit in Anspruch, ebenso wie die häufig nötigen An- und Abreisen. An ihren Referaten arbeitete sie selbst (wie viele handschriftliche Ausarbeitungen zeigen). Lieselott Herforth hatte eine sehr gute Zeitplanung, sie konnte sich auf all ihre Mitarbeiter verlassen, auf die wissenschaftlichen Kräfte genauso wie auf die technischen, und insbesondere auch auf ihre Sekretärinnen im Rektorat, im Institut und für die Staatsrattätigkeit. Alle ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten sich aber jederzeit auch auf sie verlassen. Sie hatte einen Fahrer, Günter Priedemuth, der während ihrer gesamten Staatsrattätigkeit nicht wechselte, und sie wird während der notwendigen Fahrten oft gearbeitet haben. Trotz vieler Erleichterungen blieb die Arbeitslast, die Lieselott Herforth stemmte, unglaublich hoch. Das zeigt wieder eine kleine – von Staatsrats- und Volkskammersitzungen „bereinigte“ – Auflistung ihrer Termine, nur im November und Dezember 1965, also unmittelbar nach der Übernahme des Rektorats:

Am 31. Okt. fuhr sie nach Jena, um am 1./2. Nov. 1965 an der Rektorenkonferenz teilzunehmen. Auf deren Tagesordnung standen „Fragen der sozialistischen Erziehung der Studenten“, „Die weitere Entwicklung des Studiums an den Universitäten und Hochschulen“, „Der Stand der Diskussionen über die Entwicklung der Leitung an den Universitäten und Hochschulen“. Unter den 34 Teilnehmern waren neben der Rektorin Herforth 19 Rektoren, alle anderen waren Staatssekretäre und deren Stellvertreter, der Stellvertreter des Ministers für Volksbildung und weitere hochrangige Vertreter aus der Regierung und von gesellschaftlichen Organisatio-

nen.³²⁰ Weiter im Terminplan der Rektorin: Sie eröffnete am 3. Nov. die Universitätsfesttage der TU, war am 6. Nov. zur Festveranstaltung anlässlich des 48. Jahrestages der Oktoberrevolution in die Sowjetische Botschaft in Berlin geladen, feierte am 16. Nov. mit Absolventen und Mitarbeitern das 10-jährige Bestehen des eigenen Institutes (siehe oben), nahm am 19. Nov. mit einem kurzen Diskussionsbeitrag über ihre Auffassung des Rektoramtes an der Sekretariatssitzung der Bezirksleitung Dresden der SED teil, und am Tag darauf, am 20. Nov., empfing sie 25 Gäste aus den USA und Kanada an der TU.

Am 28. Nov. nahm sie am Festakt anlässlich des zehnjährigen Bestehen des VEB Vakutronik Dresden teil, hatte am 1. Dez. in Berlin eine Aussprache mit dem StfHF Gießmann u. a. über prinzipielle Fragen zu Reisen von Wissenschaftlern der DDR in die USA, empfing am 9. Dez. eine rumänische Parteidelegation an der TU, sprach am 13. Dez. auf der Bezirksleitungssitzung der SED „Zur Verantwortlichkeit der staatlichen Leitung an der TU Dresden“ und war am 15./16./17. Dez. 1965 Gast des 11. Plenums des ZK der SED.³²¹

Nach wie vor erforderte die Eingabentätigkeit einen erheblichen Teil ihres Zeitbudgets, wobei sich am Charakter der Eingaben nichts geändert hatte. Die – insgesamt 61 – Eingaben des Jahres 1965 betrafen fast zur Hälfte Wohnungsfragen, Probleme der Ausbildung und des Berufseinsatzes. Das Wohnungsproblem bleibe für Dresden zentral, betonte sie in ihrem Bericht. Allein an der TU gab es 685 Wohnungssuchende, während die Zuweisung für 1965 nur 30 Neubau- und 12 Altbauwohnungen betrug.³²² Sie mahnte an, dass das Problem „Schwerpunktbetrieb“ dringend und grundsätzlich geklärt werden müsse. Im Bezirk Dresden gebe es viele „Schwerpunktbetriebe“, die alle vorrangig mit Wohnungen bedacht würden, während die TU Dresden für etliche dieser Betriebe in vertraglicher Bindung arbeite, selbst aber nicht den Status „Schwerpunktbetrieb“ habe. Das führe dazu, dass sogar von außerhalb berufene Professoren bis zu Jahren auf eine Wohnung warten müssten. Dabei gab es in Dresden durchaus nicht genutzten Wohnraum, auf den aber gesetzlich kein Zugriff möglich war; auch darauf verwies Lieselott Herforth in ihren Berichten mehrfach. Das waren z. B. sehr große Wohnungen oder gar Häuser, die von Witwen verstorbener Hochschulangehöriger oft allein bewohnt wurden, bei denen jedoch ein „Verständnis [...] durch Aussprachen nicht erlangt werden“ könne. Die Bevölkerung sähe das als große „Ungerechtigkeit“.³²³

Ein ganz schwieriges Problem für die Rektorin blieb die Unterbringung der Studenten. Allen „Bemühungen, die Exmatrikulationsziffern zu senken“, stünden die schlechten Wohnverhältnisse der Studenten entgegen. Ein anderes Problem betraf die Forschung (auch an ihrem eigenen Institut): Für Forschungen an der Spitze der Wissenschaft war es nötig, aktuell beste Geräte auch aus dem westlichen Ausland zu beziehen. Dafür stand dem Hochschulwesen der DDR der „Technofonds“ zu Verfügung. Dieser Fond sei zu niedrig. Zwar sei er für 1966 erhöht worden,

decke aber immer noch nur einen Bruchteil von dem ab, was beantragt wurde. „Der wissenschaftlich-technische Vorlauf wird hierdurch sehr behindert. [...] Oft handelt es sich nur um im Preis geringe Objekte. Etwas besser ist es, wenn über die VVB Anträge gestellt werden können.“ Sie schlug in ihrem Bericht vor, die aktuelle Lage bei der Zentralstelle für Forschungsbedarf zu überprüfen.³²⁴

Zur Hochschulreform – die Vorbereitung

Allen verantwortungsbewussten Hochschullehrern, die den Entwurf mitdiskutiert und so zum „Gesetz über das Einheitliche Sozialistische Bildungssystem“ beigetragen hatten, war von Anfang an klar, dass dieses Gesetz weitreichende Konsequenzen auch für die Universitäten und Hochschulen und damit für die eigene Arbeit haben würde. Das Hochschulwesen war Teil des Bildungssystems, und daher war auch dieses zeitgemäß zu reformieren, d. h. es war in seiner inneren Struktur, in seiner Leitung und in seiner Wirkung zum einen auf die Belange der Volkswirtschaft auszurichten, zum anderen aber musste es den Erfordernissen der sich weltweit vollziehenden wissenschaftlich-technischen Revolution Rechnung tragen: Zur Lösung der immer komplexer und komplizierter werdenden Prozesse waren die engen Grenzen der Institute und auch der Fakultäten zu überwinden. Die Lehre musste praxisnäher werden und die Forschung, theoretisch auf hohem Niveau, sollte stärker mit den Betrieben kooperieren, um die Überführung ihrer Ergebnisse in die Praxis beschleunigen zu können. Dazu waren neue Ausbildungsprogramme und Studienpläne auszuarbeiten und nach und nach einzuführen, und alle Formen des wissenschaftlich-produktiven Studiums der Studierenden waren zu stärken. Da die Kapazitäten an Personal und Mitteln beschränkt waren, musste das wissenschaftliche Potential zur Erhöhung seiner Effektivität konzentriert werden, sowohl innerhalb der einzelnen Hochschule als auch darüber hinaus in der ganzen DDR. Dem musste die neue Leitungsstruktur in den Hochschulen angemessen sein; sie sollte eine flachere Hierarchie aufweisen und über Kontroll- und Beratungsorgane verfügen, die die Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung aller Hochschulangehörigen bei Entscheidungsfindungen erhöhten. Der im Januar 1966 veröffentlichte Entwurf der „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ (im folgenden kurz „Prinzipien“ genannt) stellte bereits eine wohlgedachte Diskussionsgrundlage dar. Wie schon der Entwurf des „Bildungsgesetzes“, wurde auch der Entwurf der „Prinzipien“ umfassend zur Diskussion gestellt, – an Universitäten und Hochschulen, in Betrieben und vorakademischen Bildungseinrichtungen.

Anfang 1966 wurde Lieselott Herforth in den neu begründeten Hoch- und Fachschulrat der DDR berufen, dessen konstituierende Sitzung am 25. Jan. stattfand. Er sollte das SfHF in allen grundsätzlichen Fragen beraten; ihm gehörten hervorragen-

de Vertreter der Forschung und der Praxis an. Das war eine sehr ehrenvolle und verantwortungsvolle Aufgabe für Lieselott Herforth, die sich aber mit ihren Aufgaben als Hochschullehrerin, als Rektorin und Staatsratsmitglied organisch verbinden ließ.

1965/66: Drei Linien, die zur Hochschulreform an der TU hinführen

1965/66 lassen sich an der TU Dresden drei zur späteren Reform führende Linien verfolgen:

- Auseinandersetzungen um die Erhöhung der politischen Verantwortung des Hochschullehrers und aller Universitätsangehörigen in Erziehung, Ausbildung und Forschung, in den internationalen wissenschaftlichen Beziehungen, in der Führungstätigkeit der Dekane und Institutsdirektoren (3. Konzil der TU Dresden am 5. Febr. 1966 zu Problemen der sozialistischen Erziehung als Höhepunkt);
- Bemühen um die Durchsetzung der ganz überwiegend auftragsgebundenen Forschung, der Konzentration auf Wirtschaftsverträge und auf strukturbestimmende Partner der Volkswirtschaft – als Teil der Bemühungen um die Erhöhung des Nationaleinkommens in der DDR;
- Zunehmende Einbeziehung aller Angehörigen der Universität in die Planung und Leitung – besonders durch gemeinsame Arbeitsprogramme der Kollektive, Institute, Fakultäten, der gesamten Universität – und dem angemessene Führung des Wettbewerbs.

Das Konzil an der TU am 17. Dez. 1966 und das Referat der Rektorin

An allen Hochschulen und Universitäten der DDR fanden bis Anfang 1967 Konzile zur Vorbereitung auf die IV. Hochschulkonferenz und auf den VII. Parteitag statt, – das Dresdner Konzil am 17. Dez. 1966 in Anwesenheit eines Vertreters des SfHF. Die Rektorin hielt das Hauptreferat. Zunächst würdigte sie die Erfolge der TU Dresden für die Zeitspanne zwischen dem VI. und dem bevorstehenden VII. Parteitag. „Neue Lehrpläne wurden ausgearbeitet, die den Erfordernissen der Volkswirtschaft und der Entwicklung der Wissenschaft mehr Rechnung tragen. Mit der Einführung des Ingenieurpraktikums leistete die TU Pionierarbeit und verbesserte dadurch die Verbindung mit der Praxis. Die Einheit von Lehre, Ausbildung und politisch-ideologischer Erziehung wurde stärker betont.“ Seit dem VI. Parteitag „wurden 780 Forschungsthemen abgeschlossen“ – mit bemerkenswerten Ergebnissen insbesondere auf den Gebieten „Verarbeitungsmaschinen, Hochfrequenztechnik und Nachrichtenelektronik, Verfahrenstechnik, Anwendung radioaktiver Isotope, Landmaschinentechnik, Maschinelle Rechentechnik, Werkzeugmaschinen“. Sie schätzte ein, dass „das politische Engagement vieler Professoren stärker geworden ist“. Das sei gut, haben doch wir „Hochschullehrer eine besondere Verantwortung gegenüber unserem Volk und besonders gegenüber den uns zur Erziehung anver-

trauten jungen Menschen.“ Sodann ging sie auf die Lage in Westdeutschland ein. „Es muss daran erinnert werden, dass in Westdeutschland eine qualitativ neue Situation eingetreten ist, die eine Verschärfung des reaktionären Kurses in der westdeutschen Politik nicht nur nach innen, sondern auch nach außen, besonders gegenüber der DDR, zur Folge hat.“ „Wie dürfen nicht vergessen, dass Wehner Mitverfasser und Verfechter des ‚Grauen Planes‘ des Forschungsbeirates des sogenannten ‚Kuratoriums unteilbares Deutschland‘ ist, d.h. jenes Programmes, in dem die Annexion und Ausplünderung der DDR bis ins einzelne programmiert wurde. [...] Es ist selbstverständlich, dass die Wissenschaft und die Wissenschaftler in diesem Prozess nicht neutral sein können. Insbesondere können sich für uns die Wissenschaftsbeziehungen gegenüber Westdeutschland wie alle anderen Beziehungen nicht außerhalb der Realitäten im politischen Raum vollziehen.“ Ganz wesentlich sollte die Schlussfolgerung werden, die ihr für die künftige Berufungspraxis nötig erschien: „Die Verantwortung des Hochschullehrers für die sozialistische Erziehung der Studenten als eines wesentlichen Teiles seines gesellschaftlichen Auftrages, gebietet es, in Zukunft eindeutiger von neuen Maßstäben bei Ernennungen auszugehen. Über den Nachweis hoher wissenschaftlicher Leistungen hinaus müssen die Fähigkeit und Bereitschaft zur sozialistischen Erziehung der Studenten und Nachwuchskräfte, sowie die Fähigkeit zur Ausbildung auf hohem wissenschaftlichem Niveau in gleichem Maße vorhanden sein. Die Neuformulierung der Anforderungen an Ernennungen, die von der Einheit wissenschaftlicher, pädagogischer und erzieherischer Fähigkeiten ausgeht, ist eine wesentliche Konsequenz aus den sozialistischen Veränderungen unseres Hochschulwesens.“ In den letzten Monaten seien die „Prinzipien“ diskutiert worden, und zahlreiche Vorschläge seien gekommen, auch von den Dekanen und Prorektoren der TU, die dem SfHF zur Auswertung übergeben würden. Die Rektorin gab einige Hinweise auf noch bestehende Mängel, so sei der „Studentenwettstreit als Mittel der politischen und fachlichen Leistungssteigerung“ noch immer zu wenig entwickelt. Die FDJ-Seminargruppe und die Leitung der FDJ müssten bei „den staatlichen Leitungen volle Anerkennung finden“ und „die Autorität der Leitungen und Funktionäre der FDJ“ müsse erhöht werden. „Die Ergebnisse des Studentenwettstreites und der Beitrag der TU zur II. Zentralen Leistungsschau der Studenten und jungen Wissenschaftler“ seien auch als „Rechenschaftsberichte“ der Angehörigen des Lehrkörpers zu werten. Auf der Grundlage der „Richtlinie für die Tätigkeit der (Seminar-) Gruppenberater“ sei deren Wirksamkeit auf die Studierenden weiter zu verbessern. Schon mit Beginn des Studienjahres 1966/67 traten an mehreren Fakultäten, darunter M und E, neue Studienpläne in Kraft, in die das Ingenieurpraktikum bereits integriert wurde. Die Arbeit an der Erneuerung der Studienpläne müsse nun durch die Studienplankommission, in den Fakultäten und Fachrichtungen konzentriert weitergeführt werden. „Ein weiteres sehr ernsthaftes Problem auch an unserer Universität ist das der vorzeitigen Exmatrikulationen. Sie sind im letzten Jahr sogar noch angestiegen.“ 1966 liege der Pro-

zentsatz vorzeitiger Exmatrikulationen bei 6,4% (gegenüber den 5,9% von 1965). Die Rektorin erläuterte die Tragweite des Studienabbruchs an zwei Beispielen: „An der Fakultät für Maschinenwesen wurden 1960 466 Studenten immatrikuliert. Im Verlauf von 5 Studienjahren wurden 213 Studenten vorwiegend aus fachlichen Gründen vorzeitig exmatrikuliert. Das sind 45,7%. An der Fakultät für Elektrotechnik wurden 1960 534 Studenten immatrikuliert. Im Verlauf von 5 Studienjahren kam es zu 174 vorzeitigen Exmatrikulationen. Das sind 32,5%. Es wird höchste Zeit, diesen Mangel energisch zu bekämpfen. [...] Es kann die zum Teil an der Universität vertretene Auffassung nicht gebilligt werden, dass das Studium ein Ausleseprozess sei und die Aufgabe darin bestünde, vermeintliche Versager möglichst zu Beginn der Studienzeit zu erkennen und rechtzeitig zu exmatrikulieren. Es ist die Pflicht eines jeden Angehörigen der Universität, alle zum Studium zugelassenen Studierenden zu befähigen, das Studienziel zu erreichen.“ Es sei unabdingbar, „alle Anstrengungen zur Senkung der vorzeitigen Exmatrikulationen“ zu unternehmen. „Die Möglichkeiten der methodischen Vervollkommnung der Lehrveranstaltungen und des kollektiven Studiums in den Seminargruppen“ seien durch alle Lehrkräfte wesentlich besser zu nutzen. Hierzu gehöre auch „ein neuer Maßstab für das Festigen sozialistischer Beziehungen zwischen Lehrkörper und Studenten“; denn „*die Lehrveranstaltungen, der akademische Unterricht*“ seien „*das Hauptfeld der sozialistischen Erziehung*.“ Der Senat der TU hatte am 29. Okt. 1966 die Durchführung von marxistischen Professorenzirkeln in Form von Aussprachegruppen beschlossen, wodurch „die marxistisch-leninistische Bildung des Lehrkörpers auf eine neue Ebene“ gehoben würde. Nun sei auch „das System der marxistisch-leninistischen Bildung des wissenschaftlichen Nachwuchses“ zu überprüfen. Dann ging die Rektorin auf den „Komplex von Problemen der Rationalisierung, Profilierung und Forschung“ an der TU ein, beschränkte sich dabei im wesentlichen auf Grundzüge der Rationalisierung, und verwies darauf, dass die „Prinzipien“ letztlich darauf gerichtet sind, „die Effektivität des Hochschulwesens langfristig zu erhöhen, die Universitäten und Hochschulen komplex und organisatorisch in die perspektivischen volkswirtschaftlichen Aufgaben einzuordnen.“ Die abgegebenen Verpflichtungen, die Teil der am 4. Nov. 1966 an Walter Ulbricht übergebenen Kassette wurden, müssten nun realisiert werden.³²⁵

Fünf Phasen der Hochschulreform an der TU Dresden

Die größte Herausforderung für die Rektorin war, die 3. Hochschulreform an der TU Dresden auf einen guten Weg zu bringen. Dass ihr das, wenn auch nicht gänzlich ohne Reibungen und Missstimmungen, gelungen ist, muss als herausragende Leistung angesehen werden.

Nach den vorbereitenden „drei Linien“ 1965/66 verlief die Hochschulreform an der TU Dresden in „fünf Phasen“.

1. Phase: Mit der Vorbereitung der IV. Hochschulkonferenz erhielten die Diskussionen, Vorschläge und Auseinandersetzungen um den Entwurf der „Prinzipien“ eine klare Orientierung. Es gab konkrete Vorschläge zur Neugestaltung der Ausbildung und zur Profilierung der Forschung. Es war ein Novum in der deutschen Hochschulgeschichte, „dass ein Staat die Hochschulangehörigen in ihrer Gesamtheit – vom Professor bis zum Studenten – nach ihren Vorstellungen über die Perspektiven der Hochschulen fragt und ihre Gedanken in seiner planenden, gesetzgeberischen und exekutiven Arbeit berücksichtigt“.³²⁶

2. Phase: In Auswertung des VII. Parteitages und der IV. Hochschulkonferenz an der TU wurde mit Senatsbeschluss das konkrete Programm zur Ausarbeitung neuer Ausbildungsdokumente festgelegt, der Prozess der Klärung des Profils der Universität wurde intensiviert und erreichte mit der Ökonomischen Konferenz im Nov. 1967 einen Höhepunkt.

3. Phase: Nach der *Weisung des MHF* von Ende Nov. 1967 zur Profilierung der Ausbildung und zur Bildung von „Sektionen“ wurden an der TU die vorrangigen praktischen Veränderungen angegangen. Nach gründlichen Auseinandersetzungen und Diskussionen gelang es, die künftigen Grundstudienrichtungen festzulegen und die Ausbildungsdokumente für das Grundstudium beschlussreif auszuarbeiten. Besondere „Verantwortliche für die Vorbereitung der Sektionsbildung“ wurden ernannt. Die ersten Sektionen legten ihre Gründungsdokumente vor und verteidigten sie. Für die Herausbildung des neuen Leitungssystems konnten erste Erfahrungen gewonnen werden.

4. Phase: Im März 1968 wurde ein „Führungsplan“ der Rektorin erarbeitet, ein Netzwerk entwickelt und zur Arbeit mit besonderen „Stabsgruppen“ übergegangen. Damit gelang es, noch mehr Universitätsangehörigen und Studenten als bisher bei konkret zu lösenden Aufgaben in die Hochschulreform einzubeziehen.

5. Phase: Die erweiterte Senatssitzung vom 21. Juni 1968 hatte mit einem großen Kreis von Hochschullehrern, Studenten und Mitarbeitern „Die weiteren Aufgaben zur Durchsetzung der sozialistischen Hochschulreform an der TU Dresden bis zum 20. Jahrestag der DDR“ beraten und die Hauptaufgaben abgesegnet. Die Universitätsleitung beschloss jedoch nach Einschätzung des bereits Erreichten, dass die entscheidenden Veränderungen – vor allem die Sektionsgründungen – bereits bis zum 22. Oktober 1968, dem Tag der Amtsübernahme durch den neuen Rektor, vorgenommen werden sollten.

Die genannten „fünf Phasen“ werden durch die im folgenden aufgeführten Aktivitäten der Rektorin vom Sommer 1966 bis zum Ende ihrer Amtszeit beleuchtet.

Lieselott Herforth in Dubrovnik zur Entwicklung des Hochschulwesens in der DDR

Vom 11. Juli bis 27. Juli 1966 leitete Lieselott Herforth die DDR-Delegation, die am Internationalen Symposium zu hochschulpolitischen Fragen „Universität heute“ in Dubrovnik (Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien) teilnahm. Hier hatte sie den Hauptvortrag der DDR-Delegation zu halten.

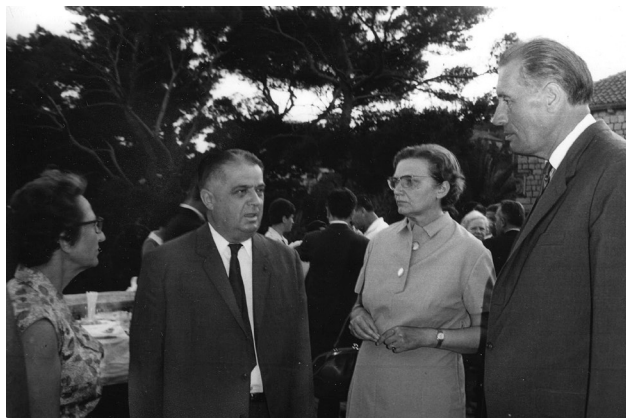


*Abb. V.18: Lieselott Herforth 1966 in Dubrovnik
– im Gespräch mit Kollegen*

In Dubrovnik war auch der Rektor von Beograd (Belgrad) anwesend, und mit ihm unterschrieb sie vor Ort den Freundschaftsvertrag zwischen den beiden Hochschulen. In ihrem Vortrag gab sie einen Bericht über Inhalt und Ziel der künftigen Entwicklung des Hochschulwesens in der DDR auf der Grundlage des „Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ und der „Prinzipien zur weiteren Entwicklung des Hochschulwesens in der DDR“, die sich derzeit noch in der Diskussion befanden, dabei besonders auf einige an der TU bereits erprobte Neuerungen im Studienablauf eingehend,³²⁷ die zeigten, dass die Erfordernisse der künftigen Hochschulreform bereits seit einigen Jahren zu Tage traten und man – zumindest an der TU – mit Lösungsansätzen bereits Erfahrung gemacht habe.

Lieselott Herforth auf der IV. Hochschulkonferenz 1967 in Berlin

Die IV. Hochschulkonferenz, die am 2./3. Februar 1967 in Berlin stattfand, hatte zum Thema „Die Aufgaben der Universitäten und Hochschulen im einheitlichen Bildungssystem der sozialistischen Gesellschaft“. Es nahmen Vertreter aus allen Hochschulen, aus dem Staatsapparat, aus den Parteien und Massenorganisationen und natürlich auch von der Presse daran teil. Aus Dresden kamen mit der Rektorin zwanzig Mitarbeiter der TU: Professoren, darunter Gustav E. R. Schulze, Frühauf,

Lunze, Mette, wiss. Oberassistenten und Assistenten und der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung.³²⁸ Im Vorfeld hatten sich alle Teilnehmenden mit dem Entwurf der „Konzeption zur IV. Hochschulkonferenz“ des SfHF befasst. Hierin wurde auf die Trends der Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Weltmaßstab eingegangen. Die weitere „Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die ständige Vervollkommnung der Produktionsmittel und der technologischen Prozesse und damit das weitere rasche Wachstum der Produktivkräfte“ erfordere „die stärkste Förderung der Wissenschaft und Technik in der DDR, ihre planmäßige und proportionale Entwicklung sowie die rasche Einführung ihrer Ergebnisse in die Produktion bzw. in das gesellschaftliche Leben der DDR“. Der Prozess der ständig zunehmenden „Differenzierung und Spezialisierung der einzelnen Wissenschaften“ sei notwendig mit der immer enger werdenden gegenseitigen „Verbindung und Durchdringung der einzelnen Wissenschaften miteinander“ verknüpft, und es zeige sich, dass der höchste und progressivste Erkenntnisgewinn „an den Nahtstellen oder Grenzflächen zweier oder mehrerer Wissenschaften“ erfolge. Diese Entwicklung der Wissenschaft erfordere „von der Sache her die Gemeinschaftsarbeit der Wissenschaftler verschiedenster Fachrichtungen“. In der Lehre komme es darauf an, „den Studenten durch ein breites, umfassendes Grundlagenstudium ein festes Fundament zu geben, auf dem fußend [...] eine Spezialisierung erfolgen“ könne und das sie „in die Lage versetzt, die ‚Sprache‘ der angrenzenden Wissensgebiete zu verstehen und sich deren Erkenntnisse nutzbar zu machen“. Es sei notwendig, „Formen [...] zu finden, die das schöpferische, selbständige Studium der Studenten fördern“. „Die Forschungsarbeit der Wissensgebiete, die unmittelbare volkswirtschaftliche Bedeutung haben“, müsse „straff koordiniert werden“, und es sei streng zu kontrollieren, „wie die Forschungsergebnisse in die Praxis überführt werden“. Da die DDR „aufgrund kapazitätsmäßiger und materieller Grenzen nicht in der Lage“ sei, „in der ganzen Breite zu forschen“, müsse sie sich „auf die Fragen orientieren“, die ihr „im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung zukommen“. ³²⁹

Das waren entscheidende Vorgaben, in deren Rahmen den Universitäten und Hochschulen ein Spielraum für die spezifische Umsetzung blieb. Die Rektorin der TU Dresden ging auf die internationale Arbeitsteilung ein, sie sprach über „Die Verantwortung der Hochschulen in der Zusammenarbeit mit den Sozialistischen Ländern, insbesondere mit der Sowjetunion“. 1966 hatte an der TU Dresden ein Symposium über Anwendung sowjetischer Wissenschaftserkenntnisse in Lehre und Forschung stattgefunden, auf dem namhafte Wissenschaftler über ihre Erfahrungen berichteten. Hieran knüpfte Lieselott Herforth an. Grundziel aller Wissenschaftsbeziehungen müssten die allseitige Stärkung der DDR und die brüderliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern sein. Diesem Ziel sollten alle anderen wissenschaftlichen Kontakte untergeordnet werden. So könnten auch „für das Auftreten westdeutscher Wissenschaftler auf Tagungen an unseren Universitäten [...] nicht traditionelles subjektives Empfinden oder irgend-

welche anderen Aspekte“ maßgeblich sein, „sondern einzig und allein der Nutzen für die Lösung unserer Aufgaben“. Das sei zwar nicht immer ein bequemer Standpunkt, „aber es ist der einzig richtige“, nämlich der, „der der politischen und ökonomischen Lage entspricht“ und damit der „Stärkung der DDR und letztlich auch den Interessen des einzelnen Wissenschaftlers am besten dient“. Sie zog eine durchaus positive Bilanz, was den Abschluss von Verträgen über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der TU und ausländischen Hochschulen und auch die Gesamtheit der außervertraglichen Kontakte betraf, benannte aber auch noch nicht genügend erschlossene Reserven. Dazu gehörten das frühe Heranführen der Studenten an hochwertige sowjetische Fachliteratur und Streitgespräche mit Diplomanden und Assistenten über sowjetische Forschungsergebnisse oder Arbeitsverfahren. Auch müsse der Studentenaustausch mit der SU ausgeweitet werden, der in jedem Fall – durch FDJ und Hochschullehrer gemeinsam – sehr gut vorbereitet und ausgewertet werden müsse. Die Wissenschaftsbeziehungen sollten sich auf solche Schwerpunkte konzentrieren, die den volkswirtschaftlichen und politischen Zielen von Partei und Regierung der DDR entsprächen. An der TU Dresden sei ein solcher Schwerpunkt die „Arbeitsgemeinschaft Datenverarbeitung“, die Kontakte zu sowjetischen Fachkollegen in einer Weise entwickelte, die der weiteren Entfaltung der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit beider Länder – der SU und der DDR – diene. Nach einer im Oktober 1966 mit der TU Prag gemeinsam durchgeführten wissenschaftlichen Tagung sei für beide Technische Universitäten ebenfalls der „Schwerpunkt Datenverarbeitung“ für die künftige planmäßige Zusammenarbeit festgelegt worden. Die Beziehungen zur VR Bulgarien – und ihren Hochschulen – seien auf den Schwerpunkt Landmaschinen- und Traktorenbau orientiert. Gemeinsam mit den technischen Universitäten in Leningrad und Prag werde eine Konferenz zu den Problemen der sozialistischen Erziehung der Studierenden vorbereitet. Sie verwies darauf, dass an der TU Dresden begonnen wurde, „Voraussetzungen für eine ständige Vervollkommnung der Leitungstätigkeit auch auf dem Gebiet der Wissenschaftsbeziehungen zu schaffen“. Beispielsweise führe die TU „in Kooperation mit den Industrie- und Außenhandelsorganen die Ausbildung von Spezialisten durch“, die zuständig „für Exportanlagen, die unsere Republik in die VAR [Vereinigte Arabische Republik] liefert“ sein sollten. Besonders wichtig sei die Beherrschung der russischen Sprache. „Neben der Vervollkommnung der Sprachausbildung im Bereich unserer Volksbildung“ käme es auf eine gute fachorientierte Sprachausbildung für die Studierenden und auch für die jungen Wissenschaftler/innen an. An der TU Dresden würden der fachorientierte Sprachunterricht, die Fachübersetzerausbildung und die sprachliche Vorbereitung wissenschaftlicher Nachwuchskräfte auf ihre Tätigkeit im Ausland mit wachsendem Erfolg durchgeführt.³³⁰

Lieselott Herforth zur Gemeinschaftsarbeit auf der Staatsratssitzung vom 31. März 1967

Der von einer Kommission unter dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerates Alexander Abusch erarbeitete Bericht „Jugend und Sozialismus“ wurde diskutiert und ein Beschluss dazu gefasst. Zu diesem Tagungsordnungspunkt fanden sich viele Gäste ein, darunter SfHF Prof. Dr. Gießmann und Jugendliche aus Betrieben und Hochschulen. Aus der lebhaften Diskussion heraus kamen wichtige Hinweise und kritische Verbesserungsvorschläge. Lieselott Herforth als Rektorin einer Universität mit mehr als 11 Tausend jugendlichen Direktstudenten unter 25 Jahren, die zu 95% der FDJ angehörten, war berufen und verpflichtet, zu allen die Jugend betreffenden Fragen Stellung zu beziehen. Sie konzentrierte sich in ihrem Diskussionsbeitrag auf das Thema „Gemeinschaftsarbeit“. Gemeinschaftsarbeit wirke sich positiv auf die Entwicklung des jungen Menschen aus. Aus ihrer Erfahrung an der TU Dresden heraus legte sie die vielen Möglichkeiten dar, die Studierenden in die sozialistische Gemeinschaftsarbeit einzubeziehen: Im „Komplexpraktikum“ Bearbeitung von im Betrieb gestellten Themen durch mehrere Studierende gemeinsam, Verbindung von fachlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Problemen beim Ingenieurpraktikum, Einbeziehung von Studierenden in Instituts-Kollektive der TU, die um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ kämpfen, in den Seminargruppen das Streben nach dem Titel „Sozialistisches Studentenkollektiv“. Wichtig sei dabei stets, dass die FDJ „in vollkommener Gleichberechtigung neben dem staatlichen Leiter an der Leitungstätigkeit in allen Bereichen“ teilnehme. Die Rektorin wies darauf hin, dass das viele Positive von den Studierenden der TU unter erschwerten Bedingungen erreicht worden sei, denn die Wohnraumsituation sei noch immer angespannt und die als Ausgleich dringend notwendigen sportlichen und kulturellen Freizeitaktivitäten seien nur sehr eingeschränkt möglich, da noch immer „alle Kultur- und Klubräume der Internate [...] mit Betten belegt werden“ müssten.³³¹

VII. Parteitag der SED – Diskussionsbeitrag von Lieselott Herforth

Auf dem VII. Parteitag der SED, der vom 17. bis 22. April 1967 in Berlin stattfand, wurden die wesentlichen Eckpunkte für die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der DDR und – darin eingebettet – ihres Hochschulwesens gegeben. Lieselott Herforth zog in ihrem Diskussionsbeitrag zunächst die Bilanz der Arbeit der TU Dresden für die Zeit zwischen dem VI. (15. bis 21. Januar 1963) und dem VII. Parteitag. 7700 Absolventen hatten die TU Dresden verlassen, 650 Promotionen und 60 Habilitationen waren erfolgreich durchgeführt worden; rund 1000 Themen der Grundlagen- und Vertragsforschung waren abgeschlossen worden, deren Ergebnisse in 4300 Publikationen und 212 Patente einfließen; mit staatlichen Investitionen von 24 Millionen MDN waren neben Hörsälen und Arbeitsplätzen fünf Studentenwohnheime mit 1600 Plätzen entstanden; die Summe

der Stipendien belief sich im Zeitraum auf über 86 Millionen MDN. Nach dieser positiven Bilanz kam sie zum Schwerpunkt ihres Vortrags, die *sozialistische Gemeinschaftsarbeit*, die nach der IV. Hochschulkonferenz „zu einem entscheidenden Hebel für höchste Effektivität in Erziehung, Lehre und Forschung“ gemacht werden konnte.³³² Sozialistische Gemeinschaftsarbeit sei kein „Teamwork“, sie unterscheide „sich wesentlich von der im Kapitalismus vorzufindenden Gruppenarbeit“, da es bei ihr „sowohl um hohe Effektivität“ der Arbeit, als auch um „die Formung und Bildung des sozialistischen Bewusstseins“ der Wissenschaftler/innen, Mitarbeiter/innen und Studierenden ginge, um „ihre Entwicklung zu sozialistischen Persönlichkeiten“. ³³³ Lieselott Herforth ging weiter auf konkrete Beispiele erfolgreicher Gemeinschaftsarbeit der TU mit der Industrie ein. Es zeigte sich, dass es dabei häufig nötig war, wie etwa in einer Rahmenvereinbarung mit dem VEB Carl Zeiss Jena, zur Lösung von bestimmten Schwerpunktvorhaben *Kooperationsbeziehungen über die Institute hinaus* zu bilden. So werde die an der TU bereits bestehende Arbeitsgemeinschaft Datenverarbeitung „durch die Anforderungen des Schwerpunktgebietes Wissenschaftlicher Präzisionsgerätebau vor die Notwendigkeit gestellt, ihre Aufgabenstellung weiter zu präzisieren und zu einer Intensivierung der Gemeinschaftsarbeit zu gelangen.“³³⁴

Zurück vom VII. Parteitag: Eindrücke und Schlussfolgerungen von Lieselott Herforth

Vom VII. Parteitag zurück an der TU, schilderte Lieselott Herforth ihre Eindrücke. Sie hob hervor, „welche Rolle die Produktivkraft Wissenschaft in der Phase der Vollendung des Sozialismus“ spiele. Die Forschung auch an der TU müsse in noch stärkerem Maße „auf den Vorlauf für volkswirtschaftliche Themen“ konzentriert werden, und Forschungsthemen sollten nur dann zugelassen werden, „wenn gesichert ist, dass Abnehmer vorhanden sind“. Als besonders wichtig sah sie an, Themen auch auszusondern, – ein Standpunkt, den sie seit längerem einnahm. Als Schwerpunkte für die weitere Arbeit an den Hochschulen und Universitäten benannte sie: Gestaltung des wissenschaftlichen Profils, um so zu einem modernen sozialistischen Hochschulwesen zu gelangen; Steigerung der Effektivität der Ausbildung; Stärkung der klassenmäßigen Erziehung der Studierenden; weitere Verbesserung auf den Gebieten: sozialistische Gemeinschaftsarbeit, Kooperation mit der Industrie; wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR und mit anderen sozialistischen Ländern, geistig-kulturelles Leben.³³⁵

Hoch- und Fachschulratskonferenz und Rektorenkonferenz am 13./14. Juni 1967 in Leipzig

Am 13. und 14. Juni 1967 fand in Leipzig die Hoch- und Fachschulrats- und Rektorenkonferenz statt, an der Staatssekretär Gießmann teilnahm. In seinem einführenden Referat stellte er die Aufgaben des Hoch- und Fachschulwesens in Auswertung

des VII. Parteitags der SED heraus. Lieselott Herforth war die erste Diskussionsrednerin. Sie erinnerte daran, dass Walter Ulbricht bereits bei seinem Besuch an der TU 1962 gesagt habe: *Der wichtigste Beitrag der DDR zur Erhaltung des Friedens liegt auf ökonomischem Gebiet*. Nach wie vor stehe, so Lieselott Herforth, vor den Universitäten und Hochschulen die Frage: „Welchen Beitrag können wir zur ökonomischen Stärkung der DDR leisten?“. Hauptinhalt des Vortrages war das an der TU bisher Erreichte. Es sei gelungen, „die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zu einem entscheidenden Hebel für höchste Effektivität in Erziehung, Lehre und Forschung zu machen“. Derzeit arbeite bereits „die Mehrzahl der Wissenschaftler und Nachwuchskräfte der Universität in über 300 verschiedenen sozialistischen Arbeitsgemeinschaften mit, an der Fakultät für Bauwesen zum Beispiel in 41 sozialistischen Arbeitsgemeinschaften der Bauindustrie“. Seit Jahren bestünden „28 Rahmenvereinbarungen zwischen Ministerien, VVB's und Leitinstitutionen der TU Dresden, auf deren Grundlage Wirtschaftsverträge realisiert“ würden. 35 Kollektive der Universität kämpften bereits „auf der Grundlage exakter Arbeitsprogramme“ um den Staatstitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“, und ebenso 20 Seminargruppen um den Titel „Sozialistisches Studentenkollektiv“. In den nächsten Monaten stehe die TU vor der grundlegenden Aufgabe, neue Bildungsinhalte so festzulegen, dass sie „den Erfordernissen der Entwicklung der Wissenschaft zur Produktivkraft“ voll entsprächen; bis zum 30. Sept. 1967 werde der Senat der TU nach den Zuarbeiten aus den Fakultäten „eine erste Entscheidung über Profil und Inhalt der Grund-, Fach- und Spezialstudienrichtungen treffen“. „*Schwerpunkte können nur in dem Maße ihr Gewicht erhalten, wie Altes und Überholtes konsequent ausgemerzt wird*“, betonte sie und wiederholte damit ihre bereits mehrfach erhobene Forderung, bisher bearbeitete Themen auch auszusondern, wenn es nötig sei. Der Forschungsplan für 1968 werde gründlich überarbeitet, „um durch stärkere Konzentration auf volkswirtschaftliche Schwerpunkte schnell wissenschaftlichen Vorlauf bei hohem ökonomischen Nutzen zu erreichen“. Dazu sei für Herbst 1967 eine Ökonomische Konferenz an der TU vorgesehen.³³⁶ An der TU werde die elektronische Datenverarbeitung in Forschung und Lehre „zu einem echten Schwerpunkt“ gemacht, so würde bereits 1968 kein Absolvent die TU verlassen, „der nicht eine Grundausbildung“ in Anwendung und Betrieb „elektronischer Datenverarbeitung“ bekommen hätte, „ganz gleich welcher Fakultät oder Fachrichtung er angehört“. Durch eine Sofortmaßnahme würden 50 Absolventen der Fakultät Elektrotechnik eine Spezialausbildung auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung erhalten, diese 50 sollten bereits 1968 in der VVB Elektronische Datenverarbeitung ihre Tätigkeit aufnehmen. An der TU würden alle Voraussetzungen dafür geschaffen, „mit ‚Rafena‘³³⁷ in kürzester Zeit einen Wirtschaftsvertrag mit Terminen abzuschließen“. In diesem Vertrag sollten die Aufgaben konkret fixiert werden, die die TU „zur Sicherstellung und Weiterentwicklung von ‚Robotron‘“³³⁸ zu übernehmen habe. Damit war sie bei der im Okt. 1967 bevorstehenden Volkskammerwahl ange-

langt, für die der FDGB sie erneut als Kandidatin aufgestellt hatte. Sie habe bereits den sehr wichtigen *Wählerauftrag* erhalten, „*die elektronische Datenverarbeitung durch Forschung und Lehre an der TU Dresden im Bezirk Dresden zu sichern*“. Sie nehme diesen Wählerauftrag sehr ernst, und sie bat den Staatssekretär, sie bei dessen Erfüllung „nach besten Kräften zu unterstützen“.

Die Hochschulreform an der TU Dresden – die Endphase

Die ständige harte Arbeit ging nicht spurlos an Lieselott Herforth vorüber. Gerade in der Endphase der Hochschulreform im Jahr 1968 musste sie ihre Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen über vier Monate hinweg, vom 15. Febr. bis zum 17. Juni, aussetzen, nach einem Krankenhausaufenthalt folgten die Rehabilitation und eine dringend notwendige Kur.³³⁹ Ihr Vertreter an der TU war Professor Heyde, der 1. Prorektor. Es wurde auch ohne sie – seit März in „Stabsgruppen“ – konzentriert, engagiert, kompetent weitergearbeitet, so war für die „Sektionsbildung“ der allseits geschätzte Physiker Professor Recknagel verantwortlich.

Konferenz zur Reform in den Wirtschaftswissenschaften

Am 3. Juli 1968 fand im Otto-Buchwitz-Saal der TU Dresden, Dülferstraße, die Konferenz zur „Verwirklichung der Hochschulreform auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften“ statt. Der Minister für Hoch- und Fachschulwesen³⁴⁰, Prof. Dr. Gießmann, nahm daran teil. Eröffnet wurde die Konferenz von der Rektorin der TU Dresden. Das Hauptreferat hielt Professor Hildebrand über „Ergebnisse und Erfahrungen aus der Arbeit am Modell der ingenieurökonomischen Ausbildung“, dem einige Korreferate von Vertretern der TU Dresden, der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, der Hochschule für Chemie „Carl Schorlemmer“ Leuna-Merseburg und der Universität Rostock folgten. Thematisch ging es dabei um „Die Mitwirkung der Studenten am Modell der ingenieurökonomischen Ausbildung“ (TU Dresden, FDJ-Vertreter), um „Inhalt und Aufgaben der Lehre der marxistischen Organisationswissenschaften in der Aus- und Weiterbildung ökonomischer Kader“ (Berlin-Karlshorst), um die „Erhöhung der Praxiswirksamkeit von Dissertationen“ (Leuna-Merseburg) und um „Neue Wege zur Verbindung von Wirtschaftswissenschaften und Praxis“.³⁴¹ Die Aufgabe sei nun, so die Rektorin in ihrem Schlusswort, das vorgestellte „Modell“ in die Wirklichkeit umzusetzen und bereits den Immatrikulationsjahrgang 1968 danach auszubilden. Sie beauftragte den Dekan, Professor Hildebrand, dafür alle erforderlichen Maßnahmen durchzuführen und erteilte ihm die Vollmacht, notwendige Umgruppierungen in der Fakultät vorzunehmen, um die Kräfte auf die neue Aufgabe zu konzentrieren.³⁴²

Schatten über dem Ende des Rektorats

Am 21. August 1968 beendeten Truppen der Warschauer Vertragsstaaten den sogenannten „Prager Frühling“, um Beistand ersucht von der Regierung der Tschechoslowakei. Einheiten der NVA wurden zwar auch in Bewegung gesetzt, sie betraten aber nicht tschechischen Boden, sondern standen im DDR-Grenzgebiet in Bereitschaft. An der TU wurden – wie anderswo – Maßnahmen erhöhter Sicherheit und Dienstbereitschaft in Gang gesetzt. Eine erste kurze Anleitung der Dekane fand bereits früh 6 Uhr am 22. August statt. Eine weitere Dekansbesprechung wurde für 14 Uhr einberufen, Schwerpunkte waren: Herstellung erhöhter Sicherheit in den Instituten; Anweisung, besondere Vorkommnisse sofort zu melden; Aufbau eines ständigen Informationssystems innerhalb der TU (täglich dreimalige Meldung über die politisch-ideologische Situation). Bei der Rektorin wurde eine „Informationsstelle“ eingerichtet, die Tag und Nacht besetzt und in das umfassende Informationssystem eingebunden war. Auch die Dekanate waren ständig besetzt und die Dekane stets erreichbar; entsprechendes traf für die Leitungen von Partei, FDJ, Gewerkschaft zu. An den Pforten der Studentenwohnheime wurden die Ausweise kontrolliert, um Unbefugten den Zutritt zu verwehren. In den Arbeitsbereichen der TU wurden innerhalb von drei Tagen rund 300 Versammlungen durchgeführt. In allen Internaten wurden durch Angehörige des Lehrkörpers unter verantwortlicher Leitung der FDJ Aussprachen geführt. Im TU-Zeltlager am Kölpinsee fand eine Lagerversammlung statt. All diese Maßnahmen führten dazu, dass es an der TU wenig Irritationen gab und im allgemeinen eine ruhige und sachliche Arbeitsatmosphäre herrschte. „Zustimmungserklärungen“ von Angehörigen des Lehrkörpers der TU erschienen in größerer Anzahl in der SZ. Im 3. „Bericht der TU zur Lage“, telegraphiert am 3. September 1968 an das MHF, hieß es bereits: „Das Leben an der Universität nimmt seinen gewohnten Gang; die Ereignisse in der CSSR spielen keine außergewöhnliche Rolle mehr. Im Mittelpunkt der ideologischen Arbeit stehen die Weiterführung des sozialistischen Wettbewerbs zum 20. Jahrestag der DDR, die Eröffnung des Studienjahres. [...] Heute finden die Fakultätsimmatrikulationsfeiern statt, die entsprechend der Anleitung des Rektors politisch profiliert sind [...] und die gesellschaftliche Verpflichtung der Studenten besonders betonen. [...] Die Informationen aus den Fakultäten sowie besondere Vorkommnisse werden tagsüber im Rektorat entgegengenommen. Von 16-7 Uhr besteht im Rektorat eine Nachtbereitschaft. Die Sicherheitsmaßnahmen im TU-Gelände und in den Studentenheimen werden weitergeführt. [...]“³⁴³

Die Rektorin zum Stand der Hochschulreform an der TU Dresden im Herbst 1968

Über den aktuellen Stand der Hochschulreform an der TU Dresden referierte Lieselott Herforth im September in der Dienstbesprechung des MHF, zu der sie mit einer Delegation der TU geladen war. Die Empfehlungen des Ministers hatte sie in den

Bericht bereits eingearbeitet, den sie in der erweiterten Senatssitzung vom 28. September 1968 zum aktuellen Stand gab. Er wurde vom Senat bestätigt und bildete die Grundlage für die Konferenz am 17. Okt. 1968, an der 750 TU-Angehörige teilnahmen, darunter 300 Studenten.

Das neue Wissenschaftsprofil in neuen Strukturen: Die Herausbildung des Profils der TU Dresden war ein komplizierter Prozess gewesen, vor allem infolge der Vielzahl der vertretenen Gebiete mit fast ausnahmslos volkswirtschaftlicher Bedeutung und der historisch gewachsenen sehr differenzierten Verflechtungen in Ausbildung und Forschung. Nun aber lagen die künftigen fünf profilbestimmenden Schwerpunkte für die TU fest:

1. Elektronische Datenverarbeitung (EDV)
2. Sozialistische Betriebswirtschaft/Kybernetik/Organisationswissenschaften
3. Energiewirtschaft
4. Maschinenbau auf den Gebieten Konstruktion und Technologie von rechnergestützten und -gesteuerten Maschinen, eingeschlossen Maschinensysteme der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft und der Lebensmittelindustrie
5. „Chemisierung der Volkswirtschaft“.

Dieses Profil, ausgerichtet auf besonders zukunftssträchtige, Vorlauf schaffende Gebiete, bestimmte die Stellung der TU im „Neuen ökonomischen System“ des Sozialismus.

Im Herbst 1967 verfügte die TU Dresden über 8 Fakultäten mit 152 Instituten und selbständigen Lehrstühlen.³⁴⁴ Fast alle Institute und die Fakultäten in ihrer bisherigen Form wurden aufgelöst. An ihre Stelle traten im Herbst 1968 22 Sektionen. *11 der 22 Sektionen gehörten in Lehre und Forschung nahezu vollständig zu den fünf Schwerpunkten und bildeten vier Fünftel der Absolventen der TU aus.* Nicht alle, manchmal nur sehr kleine, Forschungsgruppen konnten an jeder Hochschule weiter bestehen bleiben, das konnte sich ein kleines Land wie die DDR mit begrenzten Ressourcen nicht leisten. Disziplinen, die im Zuge der Reform zwar an der TU Dresden zurückgedrängt wurden, gab es jedoch in der DDR weiter, nur eben konzentriert an einer anderen Universität oder Hochschule oder an einem Akademiestitut. Für einige Professoren und Mitarbeiter an der TU – wie auch an anderen Universitäten und Hochschulen – war das hart, jeder und jede aber bekam ein dem Können entsprechendes Angebot, wenn auch nicht unbedingt in Dresden. *Aber, und das ist entscheidend, niemand wurde arbeitslos.*³⁴⁵ Die elf der künftigen Sektionen der TU, die außerhalb der fünf Schwerpunkte lagen, zeichneten sich durch ihre Einmaligkeit in der DDR aus. Diese Sektionen der TU könnten künftig durch Kooperation den Effekt der wissenschaftlichen Arbeit erhöhen, etwa durch Orientierung auf das Feld „Gebietsplanung und Umweltgestaltung“, auf dem sich

die Sektionen Bauingenieurwesen, Architektur, Geodäsie und Kartographie, Hydrowissenschaften und Forstwissenschaften fruchtbar einbringen könnten. Als erste Sektion der TU Dresden war die „Sektion Fertigungstechnik und Werkzeugmaschinen“ bereits am 25. Juni 1968 im „Otto-Buchwitz-Saal“ in Anwesenheit des MHF Professor Dr. Gießmann und der Rektorin feierlich gegründet worden.³⁴⁶ Ihr folgte die „Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft“.

Veränderungen im Studium und in der Weiterbildung: Im Studienjahr 1967/68 wurde an der TU Dresden in 57 Fachrichtungen ausgebildet, deren Grundstudien 33 unterschiedliche Grundstufenpläne zugrunde lagen. Mit dem Studienjahr 1968/69 reduzierte sich die Zahl auf 42 Fachstudienrichtungen mit 10 Grundstudienplänen. Lehrerinnen und Lehrer für Berufsausbildung und Forstwissenschaftler/innen schlossen ihr Studium derzeit bereits nach vier Jahren ab, künftig war das auch für die Studierenden der Betriebswirtschaft so. Die *Studiendauer* der anderen Fachrichtungen wurde von derzeit fünfeinhalb auf 5 Jahre *verkürzt*; durch Übergangsmaßnahmen sollte erreicht werden, dass auch die Immatrikulationsjahrgänge 1966 und 1967 bereits nach 5 Jahren die Diplomprüfungen ablegen und damit zum Sept. 1971 und Sept. 1972 in die Berufstätigkeit eintreten könnten. Die *Weiterbildung* wurde 1966/67 im Fernstudium für 6388 Studierende, im postgradualen Studium für 163 und im Teil- und Zusatzstudium für 1366 durchgeführt. Prognosen ergaben, dass die Zahl der Fernstudierenden etwa gleich bliebe, die postgraduale Weiterbildung hingegen künftig wesentlich mehr nachgefragt würde als bisher. Für die postgraduale Weiterbildung waren künftig drei Formen vorgesehen: Kurzlehrgänge von etwa 14 Tagen an der TU (Vorlesungen, Übungen), Weiterbildung bis zu 1 Semester Dauer (Selbststudium mit Lehrbriefen und kurze Direktstudienabschnitte bis zu einer Woche), eine Weiterbildung bis zu 4 Semestern, die etwa dem bisherigen Zusatzstudium entsprach.

Schwerpunkt EDV: Der Schwerpunkt „Elektronische Datenverarbeitung“ hatte Vorrang an der TU. Kooperationspartner waren sowohl die Betriebe, die die Datenverarbeitungstechnik produzierten (im zukünftigen Kombinat Robotron) als auch die Anwender der EDV – einmal in den Sektionen der TU, zum anderen in der Industrie und in den Bildungs- und Forschungseinrichtungen der DDR. Nur unter großen Anstrengungen war es der TU möglich, die dafür rasch benötigte Anzahl von Absolventen auszubilden. Aber, so Lieselott Herforth, allein durch Umprofilierung und Umverteilung an der TU könne „die moderne, dem Welthöchststand entsprechende materielle Basis für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der EDV, der Hauptstrukturlinie Nr. 1 der DDR“, *nicht* gesichert werden. Trotz aller „inneren Anstrengungen“ benötige die TU für die Ausbildungs- und Forschungskomplexe „Systemingenieure“ und „Technologie des Wissenschaftlichen Gerätebaus“ neue materielle Kapazitäten.

Das Ausbildungsprofil: Die Hauptaufgabe der TU bestand darin, der sozialistischen Volkswirtschaft hochqualifizierte und disponibel einsetzbare Absolventen zur Verfügung zu stellen. Die moderne Ausbildung sollte auf folgenden Pfeilern ruhen:

- Marxistisch-leninistische Weltanschauung als fester Bestandteil einer allgemeinen wissenschaftlich-politischen Orientierung.
- Hinreichende Beherrschung der russischen und einer zweiten lebenden Sprache, die in wissenschaftlich führenden Ländern gesprochen wird.
- Spezielle Berücksichtigung der modernen Führungswissenschaften, wie sozialistische Betriebswirtschaftslehre, marxistische Organisationswissenschaft, Kybernetik, Operationsforschung, elektronische Datenverarbeitung und Arbeitswissenschaften.
- *Im für große Studentenzahlen einheitlichen Grundstudium wird das den Wissensgebieten Gemeinsame betont und damit trotz zunehmender Spezialisierung einer Zersplitterung der Wissenschaften entgegengewirkt.*
- Die Beschränkung der Vorlesungsinhalte auf das Wesentliche, das jedoch in seiner Komplexität darzustellen ist.
- Herabsetzung der Wochenstundenbelastung durch Lehrveranstaltungen, verbunden mit der wissenschaftlich-produktiven Tätigkeit der Studierenden.
- Die zeitliche Ordnung des zu vermittelnden Stoffes bei strenger Beachtung aller wesentlichen logischen Abhängigkeiten.
- *Schrittweise Einführung des programmierten Unterrichts nach pädagogischen Gesichtspunkten.*
- Fußend auf fester wissenschaftlich-technischer Grundausbildung selbständige Wissensaneignung auf Spezialgebieten.
- Stärkere Durchdringung des Vorlesungsstoffes mit mathematischen Methoden und physikalischen Theorien.

Nach diesen Grundsätzen wurde seit dem Studienjahr 1968/69 in allen Grundstudienrichtungen mit der Ausbildung nach neuen Lehrplänen begonnen.

Bis zum 31. März 1969 standen dann auch die neuen Fachstudien-Dokumente bereit.

Zur Forschung: Bereits begonnene Forschungsvorhaben wurden beendet, davon reichten einige bis in das nächste und sogar übernächste Jahr hinein.

Ein Blick auf die Forschungsplanung für 1969 zeigt starke Veränderungen: 1968 war beinahe ein Drittel der Forschung aus Haushaltsmitteln finanziert worden, 1969 betrug dieser Anteil weniger als 1%. Das heißt, der ganz überwiegende Teil der Forschung an der TU war 1969 – und in den folgenden Jahren – vertragsgebunden. Die Forschungsmittel waren 1969 fast zweieinhalbmal so hoch wie 1968. Die Forschung an der TU war insgesamt weniger zersplittert, bearbeiteten 1968 TU-Forscher noch 350 Einzelthemen, so waren es 1969 nur noch 20. Hingegen wurden

1969 dreimal soviel Komplexthemen bearbeitet wie im Vorjahr. Die Forschungskapazität insgesamt in Vollbeschäftigteneinheiten (VBE) stieg leicht an, die davon durch Studierende und Aspiranten und Aspirantinnen erbrachte jedoch überproportional – auf im Jahre 1969 fast 140% gegenüber dem Vorjahr. Das war ein klares Indiz für die starke Integration dieser Personengruppe in die Vertragsforschung, Voraussetzung dafür war eine sehr gute Betreuung und Anleitung durch wissenschaftliche Mitarbeiter.³⁴⁷ Um den zu niedrigen Forschungsanteil der Wissenschaftler zu erhöhen, sollten sie gezielt entlastet werden:

- durch den Integrationsprozess von Ausbildung und Forschung, also durch das wissenschaftlich-produktive Studium;
- durch die Einschränkung der Spezialvorlesungen mit dem naturgemäß schnell veraltenden Faktenwissen;
- durch eine optimale Arbeitskräftestruktur in den Sektionen nach Berufen und Funktionen.

Zur Einbeziehung der Studierenden: Die Einbeziehung der Studierenden in die Hochschulreform erfolgte über

- das Streben nach dem Titel „Sozialistisches Studentenkollektiv der TU“,
- den Studentenwettstreit,
- Diskussionsberatungen mit Studierenden zu Problemen der Ausbildung, Erziehung und Forschung innerhalb der Sektionen,
- die Mitarbeit in Kommissionen der staatlichen Leitung,
- die Übernahme von Jugendobjekten.

Bereits 1968 hatten 25% der Seminargruppen den Titel „Sozialistisches Studentenkollektiv“ angestrebt; und bis September des Jahres konnte der Titel bereits achtmal vergeben werden. Die Anzahl der vorzeitigen Exmatrikulationen konnte 1968 gegenüber dem Vorjahr bereits erheblich verringert werden. Dieser Anteil ging 1969 und in den folgenden Jahren weiter zurück. Entscheidend dafür war die Begleitung des Studiums durch den Seminargruppenbetreuer und die ständige Kontrolle des Studienfortschrittes durch Assistenten in den Übungen, ergänzt durch Konsultationen für schwache, aber auch für leistungsstarke Studenten. Dazu wurde der „akademische Mittelbau“ personell stark ausgebaut.³⁴⁸

Zum Schluss ihrer Ausführungen gab die Rektorin den Plan für den Zeitraum vom 22. Okt. (Rektoratsübergabe) bis zum Ende des Jahres 1968 bekannt: Mit akademischen Festtagen am 22. und 23. Oktober 1968 werden

- die Amtseinführung des neugewählten Rektors, Prof. Dipl.-Wirtschaftler Lieb-scher,
- die Gründung der Sektionen,
- die Berufung und Konstituierung des Gesellschaftlichen und des Wissenschaftlichen Rates der TU Dresden sowie
- die Umgestaltung der Leitungsorgane feierlich vollzogen.

Der Zeitraum vom 22. Okt. bis Ende des Jahres dient der Überleitung der Aufgaben, Kapazitäten und Aktivitäten an die neuen Leiter und ihre Organe. Die Leitungskollektive der Sektionen sind zu formieren und ihre Tätigkeit ist zu sichern. Die Räte der Sektionen sollten sich möglichst bis zum 22. Okt. konstituieren und nur in begründeten Ausnahmefällen später, – als letzter Termin jedoch war der 15.12.1968 vorgesehen.³⁴⁹



Abb. V.19: Bei der Übergabe der Amtsgeschäfte an den neuen Rektor

Bemerkungen zur Hochschulreform und zum Agieren von Lieselott Herforth

Die Hochschulreform war an allen Hochschulen, so auch an der TU Dresden, ein komplizierter Prozess, der sich von vorbereitenden Anfängen bis zur Gründung der Sektionen über mehrere Jahre erstreckte. Die Grundlinien der neuen Hochschulstruktur lagen – nach umfassenden Diskussionen der „Prinzipien“ – fest, mussten dann aber entsprechend den spezifischen Gegebenheiten der einzelnen Universität oder Hochschule realisiert werden. In den Fakultäten und Instituten wurde hart gerungen. Die Institutsdirektoren standen an der Spitze ihrer Institute und eines eingespielten Teams; am Ende der Hochschulreform wurden sie als Institutsdirektoren abberufen, ein Stück lange praktizierter Selbständigkeit, bei der Wahl der Forschungsthemen etwa, ging ihnen verloren, und nicht alle sahen die Notwendigkeit neuer Strukturen. Auch die Rektorin selbst musste ihr bisheriges Institut hinter sich

lassen. Das Institut für Zoologie wurde bereits zum 1. Sept. 1967 aufgelöst. Dessen Direktor, Ulrich Sedlag, ein ausgewiesener Entomologe, konnte mit seinem Forschungsgebiet nicht an der TU bleiben, er wurde an das Institut für Forstwissenschaften der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin in Eberswalde berufen und erhielt damit eine seinen Kompetenzen adäquate Stelle.³⁵⁰ Vor der Gründung der Sektion Mathematik hatte es in der Fachrichtung Mathematik Umschichtungen gegeben, die in einzelnen Fällen durchaus als schmerzhaft und auch demütigend empfunden werden konnten. Der Schwerpunkt EDV war denjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr willkommen, die auf den entsprechenden Gebieten der angewandten Mathematik auch bisher gearbeitet hatten, insbesondere natürlich dem renommierten Professor Nikolaus-Joachim Lehmann und seinen Schülern. Frau Professor Maria Hasse hingegen, in ihrer Forschung algebraisch-kombinatorisch ausgerichtet, fühlte sich in den Hintergrund gerückt und in ihrem Wirkungsfeld eingeschränkt. Möglicherweise hing mit der starken psychischen Belastung zusammen, dass sie für mehrere Jahre invalidisiert war und erst 1976 ihre reguläre Lehrtätigkeit in der Sektion Mathematik wieder aufnahm.³⁵¹ Konkrete personelle Absprachen im Vorfeld der Reform erfolgten in den Fachrichtungen; sie wurden nicht etwa von der Rektorin oder der Universitätsleitung insgesamt (oder gar „von ganz oben“) diktiert. So wandte sich Frau Prof. Hasse im Dez. 1967 an Prof. Schwabe, derzeit Dekan der Fakultät N, und sprach ihm gegenüber von dem Druck, der in der Fachrichtung auf sie ausgeübt werde. Darüber informierte Prof. Schwabe den Kaderleiter und dieser den 1. Stellvertreter der Rektorin (Prof. Heyde). Durch die Mitteilung des Kaderleiters erfuhr der 1. Stellvertreter auch, dass der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung der TU, Meißner, von ihm bereits „über die Situation, die sich aus dem Verhalten der Professoren der Fachrichtung Mathematik zu Frau Prof. Hasse ergibt“, informiert worden sei. Ihm sei bekannt, dass aus diesem Grunde „Gen. Meißner in der letzten Zeit persönlich in der Mathematik tätig“ war.³⁵²

Und nach der Sektionsgründung war die Herausbildung der Forschungskollektive in der Sektion zu etwas Neuem und Leistungsfähigerem wieder ein längerer Prozess. Auch das geeignete „Vokabular“ musste erst gefunden werden; die Bezeichnung „Sektion“ war „vorgegeben“. Anstelle des Begriffs „Wissenschaftsbereich“ (WB) sprach man an der TU Dresden zunächst auch von „Arbeitsgruppen“ und „Bereichen“, erst 1974 wurden in der Sektion Physik die Arbeitsgruppen in „Wissenschaftsbereiche“ umbenannt.³⁵³ In der Sektion Physik erinnerte man sich 1988, mit dem Abstand von 20 Jahren, an die Anfänge: „Aus den Instituten wurden 1968 zunächst Arbeitsgruppen; jeder, der bisher auf einer Planstelle in der Physik an der TU gearbeitet hatte, war einer solchen der neuen Struktur zugeordnet worden. In einem Entwicklungsprozess, dessen Kompliziertheit alle Voraussicht übertraf, wurden wir zu einer einheitlichen Institution, die in ihrem Umfeld wirkt. Während es schon 1969 gelang, alle Lehrveranstaltungen ordnungsgemäß zu besetzen

und durchzuführen, dabei alle Arbeitsgruppen angemessen zu beteiligen und dafür eine für die weiteren Jahre stabile Organisation einzuführen, war es schwieriger, die Sektion in der Forschung als neue Einheit zur Geltung zu bringen. [...] Die einzelnen konkreten Themen [...] waren von der übernommenen Standortverteilung der Großgeräte und vom Vorhandensein der Erfahrungsträger abhängig – entsprachen also im wesentlichen der wissenschaftlichen Arbeit der ehemaligen Institute, wobei zweifellos, bedingt durch zahlreiche Neuerungen im Dienstablauf, zunächst eine Einbuße an Effektivität hingenommen werden musste. Als 1974 die Arbeitsgruppen in ‚Wissenschaftsbereiche‘ umbenannt wurden, war ihre Forschungstätigkeit voll und koordiniert in Gang gekommen.“³⁵⁴

Mit der Arbeit an der Hochschulreform und deren Einführung in der TU Dresden hatte Lieselott Herforth als Rektorin eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe gemeistert. Jeder andere an ihrer Stelle an der Spitze der TU hätte vor derselben Herausforderung gestanden wie sie, so wird sie niemand um das Amt beneidet haben. Nicht jeder wäre aber mit so guten Voraussetzungen an die Aufgabe gegangen wie Lieselott Herforth, war sie doch bereits seit ihrer Zeit in Berlin-Buch fachübergreifendes interdisziplinäres Arbeiten, die notwendige enge Zusammenarbeit mit der Industrie und die damit verbundene Organisation fruchtbarer Gemeinschaftsarbeit gewöhnt. Sie war weitaus stärker geneigt, über die Grenzen des eigenen Institutes hinauszusehen wie wohl manch anderer. Das zeigte sich, als es 1967/68 – aufgabenbedingt³⁵⁵ – Absprachen zwischen der Institutsdirektorin Herforth und dem Institutsdirektor Pose gab, die auf die Bildung eines „Großinstitutes“ zielten. Die Vorbereitungen, einschließlich der Lehrpläne, waren recht weit gediehen. Mit der Einheit „Kernphysikalische Methodik“ wäre das geplante „Großinstitut“ auf jeden Fall mehr gewesen als die Summe der beiden in dieses eingehenden Institute. Es lag also bereits voll in der Zielrichtung der Hochschulreform, die zu einer Konzentration der Mittel und Kräfte führte. Es war, wenn man so will, ein Schritt hin zur späteren „Sektion Physik“, der aber so dann nicht gegangen wurde.³⁵⁶ Die Rektorin Lieselott Herforth hat eine herausragende organisatorische Leistung vollbracht, die gegen die Zeit, die sie in den drei Jahren ihres hohen Amtes für die Forschung weniger zur Verfügung hatte, nicht aufgerechnet werden sollte. Sie selbst betonte, dass „die Anforderungen im Jahre 1968 sich ständig erhöhten“ und die für die „Hochschullehrertätigkeit zur Verfügung stehende Zeit“, damit auch die für das Institut, „immer geringer“ wurde. „Für eine intensive Weiterbildung auf seinem Fachgebiet bleibt dem Rektor die allerwenigste Zeit, während, durch Parteiarbeit und gesellschaftliche Arbeit, in Bezug auf politische Bildung keine Rückstände entstehen.“ Man „kann nicht länger als drei Jahre von den Reserven leben“.³⁵⁷

7. LIESELOTT HERFORTH IN DER SEKTION PHYSIK BIS ZUR EMERITIERUNG 1977

1969: Professorin in der Sektion Physik und Ordentliches Mitglied der DAW

Lieselott Herforth hatte das Ziel erreicht, dem nachfolgenden Rektor, Professor Fritz Liebscher, bei dessen Amtsantritt die neugeschaffene funktionsfähige Hochschulstruktur zu übergeben. Dem neuen Rektor blieb die Aufgabe, alle bisherigen Institutsdirektoren von ihren Pflichten zu entlasten. Mit Brief vom 11. Nov. 1968 wurde Lieselott Herforth von ihrem Amt als Direktorin des Instituts für Anwendung radioaktiver Isotope entbunden.³⁵⁸ Der Direktor der Sektion Physik ernannte sie mit Wirkung vom 1. Januar 1969 zum Leiter des Wissenschaftsbereiches Experimentalphysik III.³⁵⁹ Auf der Grundlage der Hochschullehrerberufungsverordnung vom 6. Nov. 1968 wurde sie vom MHF mit Wirkung vom 1. Sept. 1969 zur ordentlichen Professorin für Experimentalphysik (Radioaktivität und Dosimetrie) an der TU Dresden berufen.³⁶⁰

Eine große Freude und Ehre erfuhr die Wissenschaftlerin 1969: Bei der Festsitzung der DAW zum Leibniz-Tag am 3./4. Juli 1969 erhielt sie die Ernennungsurkunde zum „Ordentlichen Akademiemitglied“ und die Ehrennadel der Akademie in Gold.³⁶¹ In seinem Gutachten hatte ihr ehemaliger Leipziger Chef Carl Friedrich Weiss noch einmal darauf hingewiesen, dass sie bereits in Leipzig „eine Reihe von guten Diplomarbeiten und überdurchschnittlichen Dissertationen betreut“ habe. Und weiter schätzte er ein: „Seit Beginn ihrer Arbeit in Dresden hat sie an einem gar nicht sehr großen Institut erstaunliche Anzahlen von Diplomanden, Doktoranden und Habilitanden erfolgreich angeleitet. Betrachtet man die Leistungen von Frau Herforth im Ganzen, so ist zunächst außer der bereits erwähnten pädagogischen Befähigung (ausgezeichnete Vorlesungen!) darauf hinzuweisen, dass sie schon sehr früh erfolgreiche sozialistische Gemeinschaftsarbeit unter der Beteiligung der Industrie zu organisieren verstand. [...] Besonders bekannt – auch im Ausland – ist sie durch ihre Buchpublikationen geworden. [...] Frau Herforth hat einen guten Blick für technische Realisierungen wissenschaftlicher Ergebnisse und verfügt über sehr gute Beziehungen zur Industrie. Ihre Hauptarbeitsgebiete sind: Dosimetrie, Lumineszenzforschung und technische Anwendungen von Nukliden. Erstaunlich ist, dass Frau Herforth ihre wissenschaftlichen und organisatorischen Tätigkeiten neben einer sehr stark belastenden politischen Arbeit durchzuführen verstand. [...] Im übrigen ist Frau Herforth sehr beliebt bei ihren Schülern und Studenten und von großer Bescheidenheit. Sie ist angenehm im Umgang und hat einen tadellosen Ruf. [...]“³⁶²

Die DAW war nicht nur Träger der Gelehrtenegesellschaft, zu der nun auch Lieselott Herforth gehörte, sondern vereinigte in ihren über 60 Instituten ein großes Forschungspotential, orientiert vorwiegend auf mathematisch-naturwissenschaftlich-technische Bereiche. Auch Lieselott Herforth hatte nacheinander in zwei der Akademieinstitute gearbeitet, in ihrer Berlin-Bucher und in ihrer Leipziger Zeit. Auch die Akademie durchlief etwa von 1969 bis 1972 einen Umstrukturierungsprozess. Bei der Akademiereform ging es ebenfalls um die Konzentration der Wissenschaftspotentiale, um den Blick über die Grenzen der Institute hinaus. Es wurden größere, einheitlich strukturierte „Zentralinstitute“ gebildet. Zwar wurden die Themen der wissenschaftlichen Arbeit auch auf die Belange der Volkswirtschaft ausgerichtet, doch wurde – nach anfänglich weitergehenden Plänen – nur in sehr beschränktem Umfang zu auftragsgebundener Forschung übergegangen.

Am 7. Oktober 1972 wurde die reformierte Deutsche Akademie der Wissenschaften in Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik umbenannt.

Funktionen nach der Rektoratsübergabe

Nach der Rektoratsübergabe hatte Lieselott Herforth noch folgende Funktionen inne:

Übergeordnete Funktionen:

1. Mitglied des Hoch- und Fachschulrates der DDR,
2. Mitglied der Kommission zur Weiterführung der 3. Hochschulreform (unter Leitung von Kurt Hager) gemäß Staatsratsbeschluss,
3. Komitee zur Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR (Leitung W. Ulbricht).

Gesellschaftliche Funktionen:

1. Mitglied der SED-Kreisleitung der TU Dresden (seit 1967),
2. Mitglied des Gesellschaftlichen Rates der TU Dresden (vom Minister berufen als Mitglied des Staatsrates und Volkskammerabgeordnete).

Staatliche Funktionen:

1. Mitglied des Wissenschaftsrates der TU als Vertreter der Sektion Physik in der Fakultät Energiewirtschaft,
2. Mitglied des Präsidiums des Wissenschaftsrates (vom Rektor berufen),
3. in der Sektion Physik Professorin mit Lehrstuhl, Leiterin des Bereichs Experimentalphysik III in Lehre und Forschung,
4. innerhalb der Sektion Physik Leiterin des Forschungskomplexes „Kernphysikalische Messtechnik“, dessen Hauptauftraggeber der VEB RFT Messelektronik „Otto Schön“ Dresden war (vormals, bis 1969, VEB Vakutronik),

5. Mitglied des Wissenschaftlich-technischen Beirates des VEB RFT Messelektronik,
6. Leiterin der selbständigen Einrichtung „Arbeitsstelle Isotopentechnik der TU Dresden“ der TU Dresden.³⁶³

Dem Präsidium des neukonstituierten Wissenschaftsrates der TU gehörten neben dem Rektor die Prorektoren, Dekane und hervorragende Wissenschaftler der TU an. Lieselott Herforth wurde von Rektor Professor Liebscher um ihre Mitarbeit im Präsidium gebeten: „Für die vor der TU Dresden stehenden großen Entscheidungen zur Wissenschaftsentwicklung, zur Prognose und zur Forschung sind Ihre außerordentlichen Erfahrungen als Wissenschaftler und früherer Rektor von größtem Gewicht.“³⁶⁴

Seit Ende 1969 gehörte Lieselott Herforth zum Redakteursgremium der „Radiochemical and Radioanalytical letters“, die bei Elsevier in Amsterdam und bei Akadémiai Kiadó in Budapest erschienen.³⁶⁵

Als Volkskammerabgeordnete und Mitglied des Staatsrats nach Abgabe des Rektorats

Als Wissenschaftlerin hatte Lieselott Herforth einiges nachzuholen, das in den Jahren des Rektorats hatte hintangestellt werden müssen. Im 1. Halbjahr 1969 wollte sie daher ihre Tätigkeit als Mitglied des Staatsrates im wesentlichen auf folgende Punkte ausrichten: Eigene Weiterbildung, Arbeit in der Sektion Physik der TU, Zusammenarbeit mit der Industrie; sie wollte sich weiterhin der Problematik „Frauen und Mädchen in technischen Berufen“ widmen und sich in Kommission und Komitee des Staatsrates (siehe oben), wie auch bei der Eingabenbearbeitung als Abgeordnete engagieren.³⁶⁶ Zur Qualifizierung in EDV war der Rektorin keine Zeit geblieben; im Juni/Juli 1969 erhielt sie daher „Privatunterricht“ von ihrem ehemaligen Schüler Dr. Manfred Frank, der nun als Abteilungsleiter im Rechenzentrum tätig war. Im Anschluss daran nahm sie zu Beginn des neuen Studienjahres an der – an der TU obligatorischen – Hochschullehrerausbildung in EDV teil, um die neugewonnenen Kenntnisse zu vertiefen. Als Bereichsleiterin, Leiterin der selbständigen „Arbeitsstelle Isotopentechnik der TU Dresden“ und Forschungskomplexverantwortliche hatte sie zunächst „viel organisatorische Probleme zu lösen“. Die Zeit nach dem Rektorat sei sehr anstrengend für sie gewesen, sie stünde im 2. Halbjahr 1969 nun aber wieder „mehr als bisher auch für repräsentative Staatsratspflichten zur Verfügung“.³⁶⁷ Des ungeachtet nahm sie auch im 1. Halbjahr 1969 viele unterschiedliche Termine wahr, bei denen sie allerdings das Fachliche mit dem Gesellschaftlichen verbinden konnte. Einige der Aussprachen, Veranstaltungen, Versammlungen, an denen sie von Januar bis Juli 1969 teilnahm, seien hier genannt:

Am 11. März 1969 war sie mit Mitgliedern des Forschungsrates am ZfK Rossendorf. Die Expertenkommission zur Vorbereitung der Ministerratsvorlage der DAW beriet über die Umstrukturierung im Zuge der Akademiereform; die Akademieinstitute Rossendorf, Leipzig und Berlin (zur Atomenergie und deren Anwendung) sollten zu zwei Zentralinstituten verschmolzen werden. Lieselott Herforth war als Expertin geladen, konnte jedoch auch als Mitglied des Staatsrates einige Hinweise geben. Am 24. April 1969 gab sie in der Sitzung des Rates der Sektion Physik die grundlegenden Ausführungen zum Staatsratsbeschluss „Weiterführung der 3. Hochschulreform [...]“. Am 30. April 1969 ging es im VEB Messelektronik in einer gezielten Aussprache um den Einsatz von zwei promovierten Diplom-Ingenieuren der Elektrotechnik. Am selben Abend führte sie im Studentenwohnheim mit Studierenden der Sektion und insbesondere ihres eigenen Bereichs über drei Stunden hinweg in kleinen Gruppen Aussprachen zu deren Hauptanliegen. Bereits am 14. Mai besuchte sie erneut das Wohnheim, um – auf Wunsch der Studierenden – über das Thema „Wie kommt es zu Staatsratsbeschlüssen, Gesetzen usw.“ zu sprechen. Zur Erläuterung zog sie die 3. Hochschulreform heran und beantwortete in der folgenden zwanglosen Aussprache die ihr gestellten Fragen. Am 8. Mai 1969 nahm sie in Berlin am Empfang einer Bulgarischen Delegation teil und am Tag darauf an der 10-Jahresfeier des AKW Rheinsberg. Am 13. Mai tagte der Wissenschaftlich-technische Beirat des VEB Messelektronik, dem sie angehörte; zum derzeitigen Hauptproblem, der Arbeitskräfteelenkung, wurde eine Eingabe an den Minister vorbereitet. In einer Veranstaltung der URANIA sprach sie am 20. Mai gemeinsam mit dem Direktor für Ausbildung und Erziehung der TU Dresden, Prof. Dr. Arnold, im Dresdner Zwinger zum Thema „Die Frau, der Sozialismus und die wissenschaftlich-technische Revolution“ – mit langer freimütiger Diskussion im Anschluss. Vom 11. bis 13. Juni 1969 fand der 2. Frauenkongress in Berlin statt, an dem Lieselott Herforth mit einer Staatsratsdelegation teilnahm. In ihrem Diskussionsbeitrag sprach sie zum Thema „Frauen – Mädchen – technische Berufe – leitende Funktionen“. In Auswertung des Frauenkongresses war sie am 11. Juli im Betriebsteil II (Messelektronik-Montageabteilung) des VEB Messelektronik „vor Ort“ und besuchte Frauen an ihrem Arbeitsplatz. Damit bereitete sie die Veranstaltung vom 16. Juli 1969 vor: Auswertung des Frauenkongresses mit etwa 150 Frauen (als Vertreter der 1600 Frauen des Großbetriebes), mit Partei- und Gewerkschaftsleitung und in Anwesenheit aller staatlichen Leiter. Nach dem Eingangsbericht des Werkdirektors sprach Lieselott Herforth zu den Frauen und unterbreitete auch Vorschläge für die kontinuierliche Fortsetzung der Auswertung.³⁶⁸

Mehrere ihrer Aktivitäten betrafen die „Arbeit mit dem sozialistischen und kapitalistischen Ausland und den Nationalstaaten“: Anfang März 1969 hatte sie eine Einladung vom Generalsekretär der Liga für Völkerfreundschaft der DDR zur Teilnahme an einer Vortragsreise durch Schweden erhalten. Thema der Vortragsreihe war: „Die Frau und die technisch-wissenschaftliche Revolution unter den Bedin-

gungen des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR“. Leider konnte sie aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen. Die Wahl war auf sie gefallen, da sie nicht nur selbst ein Beispiel für „die Frau im Sozialismus“ war, sondern auch wegen ihrer mannigfachen Kontakte zum Ausland überhaupt und auch zu Schweden. So unterhielt ihr Institut wissenschaftliche Beziehungen zur Universität Lund, und 1967 hatte Manfred Frank, ihr Assistent und Promovend, dort Gastvorlesungen gehalten. Zwei ihrer promovierten Mitarbeiter waren derzeit als Dozenten an der Technischen Universität Santiago de Chile tätig: Winfried Pippel von 1966 bis 1970, Helmut Löffler von 1969 bis 1971. Im Zusammenhang mit der Forschungs- und Lehrtätigkeit verstärkten sich die Beziehungen ihres Bereichs zur Sowjetunion, nach Dubna, Riga, Leningrad, Wilnius, Kiew. In ihrem Bereich arbeiteten 1969 ein Aspirant aus der Vereinigten Arabischen Republik und eine promovierte Mitarbeiterin aus Ungarn (Debrecen), und ab 1970 betreute sie für drei Jahre eine Aspirantin aus Leningrad. Es bestanden gute Kontakte zu Jugoslawien; Prof. Lolic, Direktor der Laboratorien für Elektrotechnik, Institut „Boris Kidric“ Beograd, war wie sie Mitglied des Kuratoriums der DDR-Zeitschrift „Isotopenpraxis“.³⁶⁹

Eine Aktivität des Staatsratsmitglieds Lieselott Herforth führt zu einer Gesetzesanpassung

Im Nachlass von Lieselott Herforth fand sich der Dankesbrief einer jungen Dresdner Familie mit drei Kindern; beide Eltern waren Akademiker. Frau Dr. A., die junge Frau von damals, erinnerte sich 2015 an eine für sie sehr schwierige Situation, aus der ihr Frau Professor Herforth heraushalf: „Ich habe im Oktober 1971 als befristete Assistentin bei Prof. Recknagel angefangen zu arbeiten. Im Frühjahr 1972 habe ich meine Tochter zur Welt gebracht, bekam einen Krippenplatz und arbeitete ab September weiter. Im Sommer 1974 bekam ich Zwillinge. Ich nahm das ‚Babyjahr‘ und arbeitete ab September 1975 weiter. Ende 1976 begann dann der Streit um meine Verlängerung. Ich dachte, man könnte mir eine reale Chance einräumen und mir fünf Arbeitsjahre zugestehen, also um die Ausfallzeiten durch die Kinder verlängern. Aber der O-Ton einer Mitarbeiterin der Kaderleitung war: ‚Ein befristetes Arbeitsverhältnis dauert maximal fünf Jahre, wieviel Kinder Sie in dieser Zeit bekommen, ist Ihre Privatangelegenheit.‘ Inzwischen war die Gesetzeslage für Männer, die während der befristeten Assistenz zur NVA mussten, zu deren Gunsten geändert worden. Ich fühlte mich also reichlich ungerecht behandelt. Nun war ich in keiner Partei, konnte von der Seite keine Unterstützung erwarten. Die Gewerkschaft hat mich erst hingehalten, aber auch nicht geholfen. Dann kam mir die Idee, dass doch Frau Prof. Herforth im Staatsrat ist, das wäre doch die richtige Adresse. Ich bekam auch schnell einen Termin und erzählte ihr meine Geschichte. Sie schien mir (ich war ja noch sehr jung und kann mich also täuschen) ziemlich entgeistert von dieser Situation.“³⁷⁰ Sie bat mich, was ich ihr erzählt hatte, aufzuschreiben und mög-

lichst schnell zu bringen, damit sie das Papier zur nächsten Staatsratssitzung mitnehmen könne. Das tat ich. Ich war am Nachmittag bei ihr und steckte mein Schreiben am nächsten Morgen zeitig in ihren Briefkasten. Im Laufe des Vormittags klingelte mein Telefon: ‚H., Kaderleiter, Frau A., das mit Ihrer Verlängerung geht selbstverständlich in Ordnung!‘ Na, das war doch mal was! Ich denke, zwei [...] drei Monate habe ich mit meinen Mitteln versucht, etwas zu erreichen. Ich hörte dann später, dass die Gesetzeslage dahingehend geändert wurde, dass die ‚Kinderzeiten‘ generell verlängert wurden. Ich habe es dann tatsächlich geschafft, mit den drei kleinen Kindern meine Promotion fertig zu bekommen und im Frühjahr 1979 zu verteidigen. In diesem Zusammenhang muss ich auch Prof. Recknagel und seinem Oberassistenten Dr. Müssig für viel Verständnis dankbar sein. *Aber an der wichtigsten Stellschraube hat Frau Herforth gedreht.* [...] So, das ist meine Geschichte. Sie zeigt, was ich den jungen Menschen immer wieder erzähle, man muss kämpfen um das, was einem wichtig ist. Und manchmal gewinnt man einen Kampf.“³⁷¹

Frau Dr. A. war und ist Mitarbeiterin an der TU Dresden und nach wie vor im Lehrbetrieb tätig.

Auf dem Weg zum Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ Nov. 1969 bis Okt. 1971³⁷²

Im Vorfeld: Berufungsanträge vom November 1968

Am 22. November 1968 unterbreitete Lieselott Herforth dem Direktor der Sektion Physik, Prof. Dr. Heber, „drei Vorschläge zur Berufung zum Dozenten für die Sektion Physik“. „In einer Rücksprache mit Magnifizenz Liebscher“ habe sie „die Zusage für drei Dozentenstellen erhalten, da auch seiner Meinung nach wir alles tun müssen, um die Kadersituation in der Sektion Physik zu verbessern“. Sie nannte die drei Herren Dr.rer.nat Siegfried Koch, der ihr Stellvertreter für den in Pirna-Copitz arbeitenden Teil der Mitarbeiter ihres Bereichs und derzeit Oberassistent war, Dr.rer.nat. Volkmar Schuricht, derzeit wiss. Mitarbeiter und ihr Stellvertreter für den in Dresden arbeitenden Teil der Mitarbeiter, außerdem seit fünf Jahren ihr persönlicher Referent für die Staatsrattätigkeit, und Dr.rer.nat Werner Stolz, wiss. Oberassistent, dessen Habilitation für den 2. Dez. 1968 angesetzt war und damit unmittelbar bevorstand. Die beiden anderen seien mit ihrer Habilitationsschrift weit fortgeschritten, und von Volkmar Schuricht läge ihr bereits der erste Entwurf vor. Die drei Genannten hatten schon seit mehreren Jahren praxisnahe Forschung (Vertragsforschung) betrieben und arbeiteten derzeit in den Forschungskomplexen „Analysenmesstechnik“ (Koch) und „Messelektronik“ (Schuricht, Stolz) der Sektion Physik.³⁷³ Diese Anträge wurden recht schnell realisiert. Als die TU Dresden im Nov. 1969 eine kleine Delegation zu einer Wissenschaftswoche an die befreundete

Universität Damaskus schickte, waren die beiden Physikdozenten Volkmar Schuricht und Werner Stolz dabei, sie hielten je zwei Vorträge in englischer Sprache.



Abb. V.20: Volkmar Schuricht und Werner Stolz in Damaskus: Ausflug mit syrischen Kollegen am 7.11.1969 nach Mzaireeb (Sch. und St. 1. und 3. v. l.)

Verteidigung des Programms und Beginn seiner Verwirklichung

Am 1. Nov. 1969 nahm der Forschungskomplex „Kernphysikalische Messtechnik“ des Bereiches Experimentalphysik III der Sektion Physik mit seinen 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – wissenschaftlichen und technischen Kräften – den „Kampf um den Titel Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ auf. Der Forschungskomplex wurde von Lieselott Herforth geleitet, die auch an der Spitze des Bereichs Experimentalphysik III stand. Ziel war die Schaffung eines einheitlichen Systems der Strahlenschutzüberwachung und -kontrolle für die DDR. (Die Pirna-Copitzer „Arbeitsstelle Isotopentechnik der TU Dresden“, ebenfalls von Lieselott Herforth geleitet, arbeitete am Forschungskomplex „Analysenmesstechnik“ und kämpfte gesondert ebenfalls um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“.) Das Arbeitsprogramm wurde am 2. Dez. 1969 vor den Vertretern des Sektionsdirektors, der Sektionsgewerkschaftsleitung und des VEB Messelektronik „Otto Schön“ Dresden³⁷⁴ – Prof. Dr. Kleinstück, Dr. Rennert und Dr. Weber – erfolgreich verteidigt; mit seiner Verwirklichung konnte nun begonnen werden.³⁷⁵ Es beinhaltete die Punkte Forschung, Lehre und Erziehung, Weiterbildung, Gesellschaftspolitische Veranstaltungen, Kulturelle und sportliche Veranstaltungen, Arbeits- und Lebensbedingungen (Arbeitsorganisation, Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutz). Bis zur Verleihung des Titels im Okt. 1971 gab es einige personelle Veränderungen, u. a. kam Dr. Weber vom VEB Messelektronik „Otto Schön“ Dresden, dem Hauptvertragspartner, hinzu, ebenso drei Forschungsstudenten, und einige technische Kräfte schieden wegen Wechsels der Arbeitsstelle aus.³⁷⁶

Berufungen, Promotionen und Verteidigung eines Abschlussberichtes

1970 wurde Dozent Volkmar Schuricht zum Professor berufen; in der Sektion Physik wurde ihm ab Mai 1970 die verantwortungsvolle Tätigkeit als Stellvertreter (des Sektionsdirektors) für Forschung übertragen. Die beiden Oberassistenten Klaus Hübner und Klaus Schillinger wurden zu Dozenten berufen.³⁷⁷ Zwischen Ende 1969 und Anfang 1971 fanden drei Promotionen zum Dr.rer.nat. statt, alle „magna cum laude“ abgeschlossen, die Forschungen dazu waren noch nicht an den VEB Messelektronik vertraglich gebunden. Die erste Promotion – bereits nach neuer Promotionsordnung –³⁷⁸ war am 16. Dez. 1969 die von Karin Müller (*1940) über Verweilzeitmessungen.

Nach der erfolgreich abgelegten Promotionsprüfung wartete auf sie der Deutsche Fernsehfunk in Person der Schauspielerinnen Renate Blume zu einem Interview, was der „Berichterstatter“ Dr. Prokert so kommentierte: „Dr. Müller, blumenbeladen, überstand auch diese zusätzliche Prüfung und kann sich nun rühmen, die erste und bisher einzige ‚Fernsehpromotion‘ bestanden zu haben.“



Abb. V.21: Dr.rer.nat. Karin Müller (r.) unmittelbar nach der Promotion, neben ihr Renate Blume



Abb. V.22: Dr.rer.nat. Birgit Dörschel nach der Promotion mit „Doktor-Mutter“ L. Herforth

Am 20. Okt. 1970 wurde Birgit Dörschel (*1945) aufgrund der Dissertation „Neutronen-Personendosimetrie mit Festkörperdetektoren“ und am 19. Febr. 1971 Dietmar Zappe (*1941) aufgrund der Dissertation „Digitale Verarbeitung der Information von Halbleiterdetektoren in der Isotopentechnik unter besonderer Berücksichtigung des Einsatzes von Vielkanal-Analysatoren“ promoviert.³⁷⁹

Zu den Promotionen wurde die nicht ganz ernst gemeinte Zeitschrift „Interprom“ verfasst. Überhaupt gab es nach erfolgreicher Promotion viel Spaß, bei der „Nachprüfung“ durch die Kolleginnen und Kollegen, die manch Überraschungen – gelegentlich auch für die Chefin – bot, und natürlich beim abendlichen gemütlichen Beisammensein.



Abb. V.23: Dr.rer.nat. Dietmar Zappe direkt nach der Promotion mit Lieselott Herforth

Zur Promotion von Birgit Dörschel wurde ein (natürlich ironisch gemeinter) „Exklusivbericht“ in das Tagebuch des Forschungskomplexes aufgenommen.³⁸⁰ Eine der „Überraschungen“ für die Chefin, noch aus „Institutszeiten“, sei hier angeführt. Hauptteil der „Nachprüfung“ von Manfred Frank war „die Bedienung eines speziell entwickelten und gebauten Elektronischschrankes“. Johann Lingertat, ebenfalls Promovend am Institut, erinnerte sich: „Der von uns erdachte Clou bestand darin, dass bei Betätigung eines Schalters eine im Schrank befindliche Rauchbombe gezündet wurde, die irgend jemand von der Nationalen Volksarmee beschafft hatte. Da wir keine Erfahrungen mit Rauchbomben hatten, konnten wir nicht ahnen, was geschehen würde. Die Bombe zündete perfekt, und innerhalb einer Minute entwickelte sich ein schwarzer Rauchvorhang, der zu unserem Entsetzen nahezu die gesamte Vorderfläche des Instituts verhüllte. Lieselott Herforth, die sich in einer oberen Etage in ihrem Arbeitszimmer befand, bemerkte natürlich die ungewöhnliche Verdunklung des Tageslichts und konnte nur mit Mühe von der Sekretärin, die ahnte, dass wir nur eine etwas grobe „Nachprüfung“ durchführten, an der Benachrichtigung der Feuerwehr gehindert werden. Kurze Zeit später erschien sie am Ort des Geschehens, schüttelte den Kopf und fragte, was wir uns eigentlich bei solchen Streichen dächten und was wir denn gesagt hätten, wenn jetzt die Feuerwehr erschienen wäre. Wir schauten etwas betreten und schuldbewusst zu Boden, und damit war die Affäre erledigt.“³⁸¹

Am 3. Dez. 1970 verteidigte die Forschungsstudentin Ulrike Schmidt sehr erfolgreich den Abschlussbericht zum Forschungsthema „Gammaelimination“, das vertraglich an das Ministerium für Nationale Verteidigung gebunden war. Mitgearbeitet hatten Dr. Schillinger auf wissenschaftsorganisatorischem Gebiet und der Werkstattmeister Kleindt, der bei der Konstruktion verschiedener Teile der Messeinrichtung beraten hatte. Der Auftraggeber war sehr zufrieden und gewährte einen leistungsabhängigen Zuschlag von 50%. Der Minister für Nationale Verteidigung drückte seine Anerkennung auch in einem Brief an den Rektor der TU Dresden aus, mit der Bitte, Frau Prof. Herforth und dem erfolgreichen Forschungskollektiv seinen Dank auszusprechen. Rektor Liebscher begleitete die Ablichtung dieses Briefes

für Lieselott Herforth mit den Worten: „Ich bin sehr froh darüber, dass ich durch Ihr Wirken sowohl für die Universität, als auch für mich selbst eine ständige Unterstützung spüre.“³⁸²

Anpassung des Arbeitsprogramms Ende Febr. 1970

In der Arbeitsbesprechung am 24. Februar 1970 wurden mehrere Beschlüsse gefasst, die die Effektivität der wissenschaftlichen Arbeit erhöhen sollten. Der Forschungskomplex „Kernphysikalische Messtechnik“ wurde *intern* in zwei Teilthemen mit festgelegtem Aufgabenbereich und je einem Teilthemenverantwortlichen aufgegliedert: „Strahlenschutzmesstechnik“ (Schuricht) und „Personendosimetrie“ (Stolz). Die Arbeiten innerhalb der beiden Teilthemen wurden relativ unabhängig voneinander durchgeführt. Die Forschungskomplex-Verantwortliche (Herforth) arbeitete im wesentlichen mit einem Beratergremium, bestehend aus den beiden Teilthemenverantwortlichen, einem Oberassistenten und dem Vertreter des Vertragspartners. Treffen aller am Gesamt-Forschungskomplex Beteiligten zur gegenseitigen Information fanden vierteljährlich statt.³⁸³

Der Prozess zur Erfüllung des Arbeitsprogramms

Rechenschaftslegungen zum Erfüllungsstand gab Lieselott Herforth nach Zuarbeiten aus dem Team: am 15. April 1970, am 8. Dez. 1970 und am 21. Mai 1971.³⁸⁴

Forschung: Hatte es 1970 noch drei Auftraggeber für die Forschung gegeben, war seit 1971 der VEB Messelektronik der einzige Auftraggeber, bis 1975 war der Forschungskomplex „Kernphysikalische Messtechnik“ vertraglich an ihn gebunden.³⁸⁵ Die Arbeitsgruppe Strahlenschutzmesstechnik verlor ursprünglich eingeplante Arbeitskapazität durch die Berufung von Volkmar Schuricht zum Stellvertreter für Forschung (des Sektionsdirektors). Damit die Forschung überhaupt effektiv sein konnte, wurden die Aufgaben weiter konzentriert, und durch Verbesserung der Gemeinschaftsarbeit wurden Reserven aufgedeckt. Bald konnte die Chefin einschätzen: „Wir sind ein sehr großes Stück vorangekommen, [...] Fragen wir: wie haben wir diesen Fortschritt erzielt, so können wir feststellen, wir haben uns eins zum Prinzip gemacht: *Jeden gewinnen, Alle erreichen, Keinen zurücklassen!*“³⁸⁶ Eine besondere Leistung war die Schaffung eines Jugendobjektes, das die Teilaufgabe „Strahlungsfeld“ bearbeitete.³⁸⁷ In der Arbeitsgruppe Personendosimetrie wurde die Mitarbeit an einer Pionier- und Spitzenleistung (PSL) übernommen, die bis zum 30. Juni 1971 abgeschlossen werden musste. Die Mitarbeit erfolgte auf kurzfristigen Wunsch des Vertragspartners, eine Planung konnte daher nicht erfolgen, – eine absolute Ausnahme. Diese PSL brachte für einige Kollegen eine große Umstellung mit sich. Hier zeigte sich bereits die Qualität des bearbeitenden Teams und seines Leiters. Auch für die PSL konnte eine wichtige Teilaufgabe herausgefiltert und als Jugendobjekt „Dosimetrie“ an eine Gruppe von Studierenden und Mitarbei-

tern übergeben werden.³⁸⁸ Das Hauptmerkmal von PSL ist, dass sie „den wissenschaftlichen bzw. wissenschaftlich-technischen Höchststand in der Welt bestimmen oder ihm entsprechen“. Dafür gab es verschiedene Anhaltspunkte, so sollten „die Leistungen schutzfähig (patentierbar)“ und „gesellschaftlich notwendig oder nützlich“ sein.³⁸⁹

Was den Stellenwert der Forschung betrifft, erinnerte Lieselott Herforth ihr Team nachdrücklich: *„Die große Bedeutung der Forschung liegt auch darin, dass sie der ständige und unmittelbare Test auf die gegenwärtige Leistungsfähigkeit eines Kollektivs und auf die spätere ihrer Absolventen ist. Aus diesem Grunde darf die Forschung nie als Restkapazität geplant werden, sondern muss als Minimalkapazität abgesichert werden. [...]“* Im Hochschulwesen³⁹⁰ habe sie vor allem Bedeutung „als Umschlagplatz der Information über den Welthöchststand der Wissenschaft“, nur dadurch sei es möglich, „den Welthöchststand in der Aus- und Weiterbildung zu sichern“. [...] „In diesem Zusammenhang gewinnt die Einbeziehung der Studenten in die Forschung und die Heranführung unserer Studenten an die sozialistische Gemeinschaftsarbeit besondere Bedeutung.“³⁹¹

Der Plan für 1971 wies für Lieselott Herforth's Forschungskomplex „Kernphysikalische Messtechnik“ eine Forschungskapazität von 20,7 VBE aus, davon entfielen 5,3 VBE auf wiss. Mitarbeiter/innen, 8,7 VBE auf Studierende und 6,7 VBE auf technische Mitarbeiter/innen, Angehörige der Werkstätten eingeschlossen. Das Team von Professor Herforth arbeitete daneben auch aktiv an der Konzeption des neuen Forschungskomplexes „Gewinnung und Verarbeitung röntgen- und kernphysikalischer Informationen“ mit.³⁹²

Die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen ließ sich nicht in vorgesehenem Umfang realisieren, da sie durch den Vertraulichkeitsgrad – als Vorlaufsforschung für die geräteproduzierende Industrie – eingeschränkt wurde. Es bestanden aber enge Kontakte etwa zur Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz der DDR. Auf dem Gebiet der TLD wurde Kooperation mit dem Physikalischen Institut der Lettischen AdW in Riga angestrebt. Lieselott Herforth nahm während ihrer Reise mit einer Volkammer-Delegation in die SU Kontakt mit der Universität Riga auf; es wurde vereinbart, dass Herr Konschak 1971 eine Studienreise nach Riga durchführen und dort vortragen sollte. Der Kontakt mit dem VIK, Abt. Strahlenschutz-Dosimetrie, bestand und war gut, so dass Dr. Stolz, Frau Dörschel und Herr Schmitt bereits im Sommer 1970 dort ein für ihre Arbeit sehr wichtiges Messprogramm durchführen konnten. Absprachen zwischen deren Betreuer in Dubna und Frau Professor Herforth waren auf der Physikertagung 1970 in Dresden getroffen worden.

Lehre und Erziehung: Die Aufgaben in Lehre, Weiterbildung und Erziehung wurden von der Sektion zentral verteilt, alle Dozenten und wiss. Mitarbeiter/innen des Forschungskomplexes hatten ihren Anteil zu leisten. Darüber hinaus waren einige

im Rahmen der wahlobligatorischen Ausbildung im Bereich Experimentalphysik III eingesetzt. Auf Weisung des Sektionsdirektors wurde im Forschungskomplex ein Erzieherkollektiv unter Leitung der Komplexverantwortlichen Herforth gebildet, dem die Koordinierung und Kontrolle aller zu lösenden Ausbildungs- und Erziehungsaufgaben oblag. Zur Bedeutung der Bildungs- und Erziehungsaufgaben mahnte sie: „Wir sollten bedenken, dass ein großer Teil unserer Forschungskapazität durch unsere Studenten getragen wird. Wenn dies nicht so wäre, könnten wir unsere Forschungsverpflichtungen überhaupt nicht erfüllen. Dabei muss von den Hochschullehrern und wiss. Mitarbeitern ein erheblicher Aufwand betrieben werden, um zu hohen Leistungen zu kommen. Die betreuenden Mitarbeiter können dabei selbst weniger unmittelbar forschen.“³⁹³ Entsprechend ist die Unterstützung der Arbeit der FDJ-Gruppe zu werten, hier hatte sich Frau Dörschel als FDJ-Leitungsmitglied und Verbindungsmann zur staatlichen Leitung besonders engagiert. Im Februar 1970 fand eine „Erzieherkonferenz“ mit allen Studierenden des 4. und 5. Studienjahres zu Problemen der Lehre und Erziehung statt. Auf dieser Beratung wurde der fachliche und gesellschaftliche Entwicklungsstand jedes einzelnen Studenten ausführlich und kritisch eingeschätzt.

Weiterbildung: Mit dem Forschungsprozess wurde „gleichzeitig der wichtigste Teil der fachlichen Weiterbildung der Hochschullehrer und wiss. Mitarbeiter gesichert“.³⁹⁴ Die „Winterschule“, die erstmals vom 3. bis 5. April 1970 (Freitag bis Sonntag) im TU-Heim Weißig stattfand, organisiert von Dr. Stolz, war ein Höhepunkt in der Weiterbildung. Die „Winterschule“ entwickelte sich für die kommenden 20 Jahre zu einer alljährlich wiederkehrenden festen Einrichtung. Auf dem Tapet standen die Forschungsergebnisse, gesellschaftspolitische und kulturelle Themen, aber auch ein gutes geselliges Miteinander. Insgesamt fünf Vorträge über Dosimetrie wurden von Dr. Schuricht, Dr. Prokert, Dipl.-Phys. Müller, Dipl.-Phys. Schmitt, Dipl.-Phys. Dörschel in deutsch und von Dr. Stolz in englischer Sprache gehalten und rege diskutiert. Am Sonnabendmittag legte Frau Professor Herforth ihre Gedanken zur Akademiereform dar, wie sie sie in einer Diskussion an der DAW vorgetragen hatte. An den Nachmittagen wurde in kleinen Gruppen gewandert oder geklettert. An einem Abend fand ein Rundtischgespräch über „Lenins Stellung zum vereinten Europa“ statt, am anderen gaben Dr. Schuricht und Dr. Stolz einen Bericht von ihrer Dienstreise nach Syrien, sie schilderten ihre Erlebnisse während der Reise und beim Aufenthalt in Syrien und zeigten Dias von Damaskus und Aleppo.³⁹⁵ Die nächste „Winterschule“ fand im März 1971 im Ferienheim Gohrlich des Kombinati Robotron statt, Robotron war ebenfalls ein Vertragspartner der Sektion Physik. Auch zwei Vertreter des Vertragspartners VEB Messelektronik nahmen daran teil. In den freien Stunden wurde wieder – nach eigenem Ermessen – gewandert oder geklettert, und an einem Abend berichtete Frau Prof. Herforth über ihre Reise mit einer Volkskammerdelegation durch drei

Republiken der UdSSR.³⁹⁶ Außer den Winterschulen wurden nur wenige gemeinschaftliche Weiterbildungsmaßnahmen organisiert. Schwerpunkte dabei waren Marxismus-Leninismus (ML) und Fremdsprachen. ML wurde in den Zirkeln von Partei, FDJ und Gewerkschaft gelehrt. Es war auch gewünscht, dass alle am Forschungskomplex Beteiligten am Physikalischen Kolloquium der Sektion teilnahmen, das ließ sich jedoch nicht realisieren, solange sich das Kolloquium zeitlich mit spätnachmittäglichen Lehrveranstaltungen überschneidet. Hingegen nahmen alle an – im Forschungskomplex organisierten – Seminaren zu aktuellen Problemen der Rationalisierung in der Forschung teil, die jeweils über ein Semester liefen; im ersten dieser Seminare wurde „Netzplantechnik“ behandelt, im zweiten „Systematische Heuristik“, im dritten „Anwendung der EDV in den Naturwissenschaften“. Im übrigen waren die Kaderentwicklungsgespräche Grundlage der Weiterbildung der einzelnen Mitarbeiter/innen, in ihnen wurden – abhängig von den beruflichen Perspektiven und Zielen – die individuellen Weiterbildungsmaßnahmen festgelegt und terminlich fixiert.

Gesellschaftspolitische Veranstaltungen, Ereignisse und Leistungen: Jeder aus dem Forschungskomplex verpflichtete sich zu 25 Stunden im Rahmen der „Volksmasseninitiative“, die im Wohngebiet, aber auch im Wissenschaftsbereich abgeleistet werden konnten, hier etwa durch Werterhaltungsmaßnahmen an Möbeln. Diese Verpflichtung wurde mit 140% übererfüllt. – Zunächst gab es einige Ausnahmen, doch bis zum „Titel“ hatten sich alle Mitglieder des Herforth'schen Forschungsteams zu einem monatlichen Solidaritätsbeitrag in Höhe von (mindestens) 30% ihres Gewerkschaftsbeitrages verpflichtet. Diese Verpflichtung wurde (im Durchschnitt) überboten, und neben dem „Soli-Beitrag“ wurden auch andere Solidaritätsleistungen erbracht. Der Besuch der Gewerkschaftsversammlungen konnte nicht genügen, teilweise lag die Beteiligung unter 50 %. Das lag allerdings auch daran, dass sich zuviel auf den Mittwochnachmittag konzentrierte, dem einzigen Tag, an dem nach Dienstschluss keine Lehrveranstaltungen stattfanden.

Der 100. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins am 22. April 1970 wurde würdig begangen: durch den Diskussionsabend auf der „Winterschule“ in Weißig bereits, durch die Gestaltung von Wandzeitungen, durch thematische Mitgliederversammlungen der Gewerkschaftsgruppe und durch eine Festveranstaltung, die – sehr zeiteffektiv – mit einer Rechenschaftslegung des Forschungskomplexes verbunden wurde.³⁹⁷ Das Ziel, alle Kolleginnen und Kollegen und auch alle Diplomanden des Bereichs Experimentalphysik III als Mitglieder der DSF zu gewinnen, war bereits im Frühjahr 1970 erreicht worden – und damit eine Voraussetzung für den Titel „Kollektiv der DSF“. Die Studierenden der Immatrikulations-Jahrgänge 1967 und 1968 waren ebenfalls alle Mitglied der DSF und wurden in die Arbeit einbezogen; in den beiden FDJ-Gruppen dieser „Imma-Jahrgänge“ arbeitete je ein DSF-Verantwortlicher, der die DSF-Arbeit koordinierte. Auf Anregung der Gewerk-

schaftsleitung wurden die ersten beiden Teile des sowjetischen Filmwerks „Befreiung“ angesehen: „Der Feuerbogen“ und „Der Durchbruch“, – beide als Mahnung dafür empfunden, alles für die Erhaltung des Friedens zu tun.³⁹⁸



Abb. V.24: Rechenschaftslegung der Komplexleiterin L. Herforth am 15.4.1970

dort durch Arbeit vernichtet. (Übrigens lebten viele der an den Versuchen beteiligten Ärzte nach dem Krieg in der BRD, sie waren entweder straflos ausgegangen oder hatten nur eine kurze Haftstrafe verbüßen müssen.) Am 22. April 1945 brachte eine Vorausabteilung der Sowjetarmee den im Lager Sachsenhausen verbliebenen 3000 Kranken die Freiheit. Mehr als 30 Tausend Häftlinge waren zuvor Richtung Ostsee in Marsch gesetzt worden, Anfang Mai 1945 befreiten Panzerkräfte der Sowjetarmee den Rest dieser Marschkolonnen, der die Strapazen überlebt hatte.⁴⁰⁰ Bei der feierlichen Eröffnung der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen war ein Gelöbnis abgelegt worden, das auch 1970, angesichts des Vietnamkrieges, und auch heute (im Jahre 2016), angesichts der vielen Kriege in der Welt, wohl nichts von seiner Gültigkeit verloren hat:

„Wir Kämpfer gegen Faschismus, Militarismus und Krieg geloben an dieser heiligen Stätte, alle unsere Kräfte einzusetzen für die allgemeine und vollständige Abrüstung in der Welt, für einen dauerhaften Frieden der Völker. Die Ideale des antifaschistischen Freiheitskampfes, für die unsere Brüder, Kampfgefährten und Freunde kämpften und starben und in deren Namen wir schließlich siegten, erfordern auch heute unseren festen Zusammenschluss, unseren gemeinsamen entschlossenen und beharrlichen Kampf, bis der Friede gesichert ist und die Todfeinde der Menschheit, Militarismus und Faschismus, endgültig überwunden sind. Gemeinsam sichern wir den Triumph des Friedens und der Menschlichkeit.“⁴⁰¹

Ein großes Gemeinschaftserlebnis, dokumentiert im „Tagebuch des Forschungskomplexes“ auf etlichen Seiten, war die Dreitagefahrt vom 12. bis 14. Juni 1970 (Freitag bis Sonntag) nach Berlin, Potsdam und zum KZ Sachsenhausen in Oranienburg³⁹⁹, vorbereitet von Frau Stoll. Die Chefin konnte ihre Volkskammer-Kollegin und Oberbürgermeisterin von Potsdam, Brunhilde Hanke, zur Bereicherung des Programms gewinnen und unterstützte die Fahrt finanziell. Emotionaler Höhepunkt war der Besuch des KZ Sachsenhausen, 1936 gebaut, zur gleichen Zeit, als in Berlin die Olympischen Sommerspiele stattfanden. Hier wurden allein 1941 18 Tausend sowjetische Kriegsgefangene getötet, an anderen Gefangenen wurden vielfältige medizinische Versuche durchgeführt, wieder andere wurden an deutsche Großunternehmen „vermietet“ und

Kultur und Sport, Arbeits- und Lebensbedingungen: Um die Arbeitseffektivität zu erhöhen, wurden seit Anfang Februar 1970 feste Sprechzeiten – und damit ungestörte Arbeitszeit – eingeführt. Das Team besuchte den Mathematisch-Physikalischen Salon im Zwinger. Theater- und Konzertpläne wurden regelmäßig ausgehängt und Kartenbestellungen auch für andere Bereiche der Sektion entgegengenommen. Anrechte für Theater und Konzert wurden bestellt und 16 Jahreskarten für die Kunstsammlungen Dresden verkauft. Frauentagsfeiern und Promotionen wurden gemeinsam begangen. (Insgesamt war jedoch die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen zu niedrig.) Organisiert von Dr. Hübner, wanderten die Kolleginnen und Kollegen an einem Sonntagabend im Okt. 1970 „mit Kind und Kegel“ von Pillnitz zum Borsberg und von dort weiter über Friedrichsgrund, Meixmühle, Keppmühle (Kaffeetafel!) und durch den Keppgrund nach Hosterwitz.⁴⁰²



Abb. V.25: Wanderung am 10.10.1970: Rast



Abb. V.26: Wanderung am 10.10.1970: Frau Professor „mitten d’rin“

Die tägliche Pausengymnastik wurde wiederbelebt, wegen der unterschiedlichen Lehraufgaben der einzelnen Kolleginnen und Kollegen konnten natürlich nie alle daran teilnehmen. Auch am Sektionssportfest und am Belegschaftssportfest der TU nahm das Team teil, wobei sich allerdings die jüngeren Frauen sehr zurückhielten.

Das Ziel wurde erreicht: Nach knapp zwei Jahren stellte sich der Forschungskomplex „Kernphysikalische Messtechnik“ der Beurteilung seiner Leistung. Professor Zimmer von der Sektionsleitung war beeindruckt und empfahl dem Sektionsdirektor, den Antrag auf Verleihung des Staatstitels „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ zu unterstützen. Er hob als besonders erwähnenswert hervor, „dass hier nicht ein Programm abgearbeitet wurde, sondern dass das Programm Leitfaden für die Arbeit war und ständig wieder neu aktiviert wurde. Was hier praktiziert wurde ist neu, und (es ist) gut durchgeführt worden.“⁴⁰³

Dr. Weber als Vertreter des Vertragspartners VEB Messelektronik sah die wesentlichen Ursachen für die erreichten Erfolge in der streng wissenschaftlichen Arbeitsmethodik. Das begänne mit der präzise formulierten Aufgabenstellung. Durch sehr gute Organisation und Planung der Forschungsarbeiten hätte ein erheblicher Teil im Rahmen von Diplom- und Doktorarbeiten geleistet werden können. Von der Seite des Betriebes würde das allseitig hohe Verantwortungsbewusstsein besonders positiv gewertet, das sich in der Verwaltung der finanziellen Mittel, in den Arbeitsergebnissen, in den zwischenmenschlichen Beziehungen und Kontakten, in der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe zeigte. Im Namen und im Auftrag des Betriebes sprach Dr. Weber Dank und Anerkennung an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus.⁴⁰⁴

Der Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ wurde dem Forschungskomplex „Kernphysikalische Messtechnik“ der Sektion Physik am 4. Oktober 1971 verliehen, und am 7. Okt. 1971 erhielt die (gesamte) Arbeitsgruppe Experimentalphysik III den Namen „Kollektiv der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“.

Mehr aus Arbeitsgruppe und Wissenschaftsbereich (WB)

Promotion des Ägypters El Fiky

1972 fand die Promotion des ägyptischen Aspiranten Mohamed El Fiky statt. Er war von Doz. Dr. Werner Stolz betreut worden, und Lieselott Herforth hatte eines der Gutachten verfasst. El Fiky wurde in Ägypten später Professor und Direktor eines großen nationalen Institutes für Standardisierung, vergleichbar etwa mit der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt.⁴⁰⁵



Abb. V.27: Lieselott Herforth, Werner Stolz, Mohamed El Fiky (v. l.) nach der Promotion des ägyptischen Aspiranten 1972



Abb. V.28: Doktorvater Stolz (l.) mit dem frischgebackenen Doktor Mohamed El Fiki in heiterer Stimmung

Personelle und organisatorische Veränderungen

1973/74 gab es einige personelle und organisatorische Veränderungen in der „Arbeitsgruppe Experimentalphysik 3“. ⁴⁰⁶ Lieselott Herforth hatte die Leitung in die Hände ihres Schülers Volkmar Schuricht gelegt, Dr.rer.nat.habil. und ord. Professor. Der Gruppe gehörten, neben Schuricht und Herforth, weiterhin an die Hochschuldozenten Dr.rer.nat.habil. Werner Stolz, Dr.rer.nat. Klaus Hübner, Dr.rer.nat. Klaus Schillinger, sieben Assistenten und Assistentinnen, Oberassistenten und Oberassistentinnen, ein Lehrer im Hochschuldienst (Dr.paed. Georg Oswald). Unter diesen dreizehn waren immerhin drei Frauen: neben Lieselott Herforth die Oberassistentin Dr.rer.nat. Birgit Dörschel und die Assistentin Dr.rer.nat. Karin Müller, die Mutter von drei Kindern war. Die selbständige „Arbeitsstelle Isotopentechnik“ wurde nicht mehr in Personalunion mit der „Arbeitsgruppe Experimentalphysik III“

geführt, sondern stand nun unter der Leitung des ord. Professors Dr.rer.nat.habil. Siegfried Koch. In ihr arbeiteten die Assistentin Diplom-Chemikerin Gerlinde Grahl und 13 weitere Physiker, Chemiker und Ingenieure. Vier hatten ihren Arbeitsplatz im Andreas-Schubert-Bau (Zellescher Weg 19, Dresden), alle anderen in Pirna-Copitz (Pratzschwitzer Straße 15).⁴⁰⁷

Ehrenpromotion und andere Auszeichnungen

Am 25. April 1974 wurde Lieselott Herforth die Ehrendoktorwürde der Technischen Hochschule für Chemie Veszprém (Ungarn) verliehen. Im Kollektiv der gesamten Sektion Physik erhielt sie am 1. März 1975 die „Verdienstmedaille der Nationalen Volksarmee“, verliehen durch den Minister für Nationale Verteidigung. Im Sept. 1976 wurde sie mit der Humboldt-Medaille in Gold geehrt.⁴⁰⁸

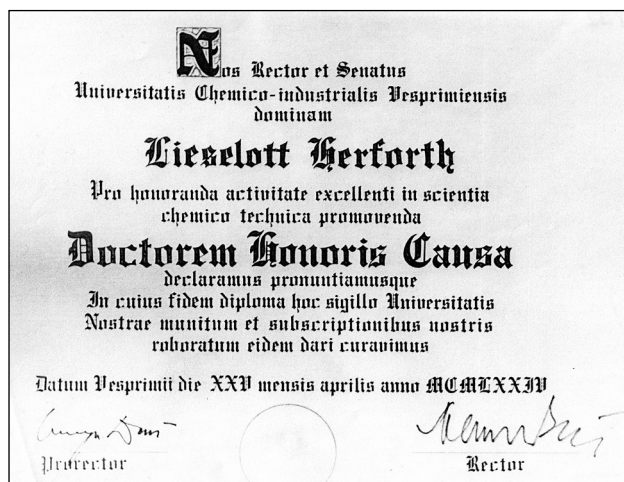


Abb. V.29: Ehrendoktorurkunde für Lieselott Herforth

Noch einmal zur Forschung unter Lieselott Herforth an der TU Dresden – seit 1965

Radioaktive Markierungsverfahren und Verweilzeitspektren

Seit 1965 wurde in der „Gruppe Technik“ intensiv an der Messung von Verweilzeitspektren an industriellen Anlagen und an deren Auswertung gearbeitet. Als Vertragsforschung wurden in vielen Betrieben und Institutionen Verweilzeituntersuchungen (etwa von Dr. Karin Müller, siehe oben) durchgeführt. Die wichtigsten Aufgaben lagen auf den Gebieten der Produktion von Polyamid- und Polyesterfasern (Chemiefaserkombinat Wilhelm-Pieck-Stadt Guben, Chemiefaserwerk Premnitz), der Hochdruckhydrierung (Schmierstoffkombinat Zeitz) und der Wirbel-

schichttechnik (Institut für Leichtbau Dresden, Chemiewerk Nünchritz, Zementanlagenbau Dessau). Es wurden auch Trocknungsanlagen, Mühlen, Absetzbecken, ein Flugstaubreaktor zur Spaltung von Magnesiumchlorhydrat und eine Produktionslinie zur Herstellung von Zellwolle untersucht. Entsprechend der Aufgabenstellungen betrugen die Verweilzeiten zwischen 40 Stunden (in der Chemiefaserindustrie) und einer Sekunde (in der Wirbelschichttechnik). Daher waren die Weiterentwicklung der Messtechnik und die Rationalisierung der Auswerteverfahren Schwerpunkte der Arbeit. Der industrielle Einsatz von Radionukliden zur Verweilzeitmessung brachte hohe ökonomische Ergebnisse nicht nur durch die Optimierung der chemischen Reaktoren, sondern auch dadurch, dass die Untersuchung ohne Störung der laufenden Produktion und ohne Verunreinigung der Reaktionsprodukte durchgeführt werden konnte.

Dosimetrie

Die enge und dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Lieselott Herforth und dem VEB Vakutronik Dresden, dem späteren (seit 1969) VEB RFT Messelektronik „Otto Schön“ Dresden, hatte bereits 1960 begonnen. Mit den unter Lieselott Herforths Leitung durchgeführten Forschungsarbeiten zur TLD wurden die entscheidenden Voraussetzungen für die Entwicklung und Produktion dosimetrischer Messgeräte mit hohem Produktionsvolumen des Betriebes und großem volkswirtschaftlichen Nutzen geschaffen, die derzeit die besten im RGW waren. Nach der 3. Hochschulreform wurde diese Zusammenarbeit wesentlich vertieft. Forschungen des Teams um Lieselott Herforth führten zu Farbstoff-Festkörperdosimetern für den Hochdosis-Bereich, insbesondere zu einem Schwellwertdosimeter, bei dem sich bei Erreichen einer bestimmten Energiedosis (Schwelldosis) die Farbe in charakteristischer Weise ändert. Diese Dosimeter wurden bei der Strahlensterilisation medizinischer Artikel verwendet, gewannen aber auch für die Strahlensterilisation und –pasteurisierung von Lebensmitteln immer mehr an Bedeutung. Sie geben dem Anwender der strahlensterilisierten Produkte durch einfachen visuellen Nachweis die Sicherheit, dass die zur Sterilisation erforderliche Energiedosis tatsächlich erreicht wurde. Die Strahlensterilisation hat gegenüber den herkömmlichen thermischen oder chemischen Sterilisationsverfahren den Vorteil, dass die Forderung nach Beständigkeit der Produkte gegenüber Hitze oder bestimmten Chemikalien entfällt. So können etwa bei Transfusionssystemen in der Medizin auch Stoffe wie Plaste eingesetzt werden. Das im Bereich Experimentalphysik III der Sektion Physik der TU Dresden entwickelte Schwellwertdosimeter bot auch die Möglichkeit, die Schwellwertdosimeter-Folien zur Sichtbarmachung von Strahlungsfeldern und Flussdichteverteilungen von Strahlungsbündeln zu verwenden. Dadurch stand bei Experimenten an intensiven Quellen ionisierender Strahlung (Elektronenbeschleuniger, Zyklotron usw.) ein einfaches Hilfsmittel zur Strahljustierung zur Verfügung. Die ökonomischen Vorteile wurden in einem Gutachten von Mitarbeitern des VIK

hervorgehoben: bei Verwendung von Schwellwertdosimetern zur Strahlabbildung am 660 MeV-Protonen-Synchrozyklotron konnte gegenüber den herkömmlichen Methoden eine Zeiteinsparung um den Faktor 3 erreicht werden. Auch das Schwellwertdosimeter wurde durch ein Patent geschützt und rasch in die Produktion überführt. Seit 1969 produzierte der VEB Chemiewerke Nünchritz, Betriebsteil Dohna, Schwellwertdosimeter unter dem Namen „Steridohn“ für den ständig wachsenden DDR-Bedarf (1970: 500 Tausend, 1971 750 Tausend); von ihm wurde das Dosimetersystem in 10 Ländern als Auslandspatent angemeldet.

Strahlenschutzphysik

Bereits im Institut für Anwendung radioaktiver Isotope und danach in der Arbeitsgruppe Experimentalphysik III waren die wissenschaftlichen Grundlagen für die 1972 einsetzende Entwicklung des Gebietes „Strahlenschutzphysik“ (SSP) gelegt worden. Der Wissenschaftsbereich SSP – WB SSP – befasste sich „mit der Untersuchung von Strahlungsfeldern, mit der Wechselwirkung zwischen Strahlung und Stoffen, insbesondere biologischem Gewebe, (mit) Detektor- und Abschirmmaterialien“, außerdem wurden äußere und innere Strahlenbelastung des Menschen – in Abhängigkeit von der Bewegung radioaktiver Substanzen in der Umgebung des Menschen und in seinem Organismus – berechnet. Die Strahlenschutztechnik war dabei eine wichtige Teilaufgabe. Die Forschung in der Zeit von 1972 bis etwa 1982 diente auch der Kernenergienutzung. „Bei Kernspaltungs-Reaktionen können mehr als 100 Spaltprodukte und weitere Aktivierungsprodukte entstehen, die fast ausnahmslos radioaktiv sind. Für diese Gemische wurden Zusammensetzung, Gamma- und Betaspektren, die resultierende Dosisleistung und für spezielle Geometrien der weitere Strahlungstransport berechnet. Eine wichtige Voraussetzung für den Neutronenstrahlenschutz bildete die Berechnung von Neutronenfeldern [...] hinter Abschirmungen sowie an der Oberfläche und im Innern körperähnlicher Phantome.“⁴⁰⁹

60. Geburtstag und Emeritierung fast ein Jahr danach

Lieselott Herforth empfand es als ungerecht, dass Frauen bereits mit 60 Jahren in den Ruhestand treten mussten, Männer hingegen erst mit 65. Dabei hatte sie – sicher nicht gewollt, aber so war es nun einmal – keine eigene Familie, keine Kinder, keine Enkel, und sie fühlte sich noch voll auf der Höhe ihrer geistigen Leistungsfähigkeit. Hochschullehrer wurden zum Ende des Studienjahres abberufen, in denen sie das 60. bzw. 65. Lebensjahr erreicht hatten. Da sie am 13. Sept. 1976, kurz nach Beginn des neuen Studienjahres, ihren 60. Geburtstag hatte, gewann sie noch fast ein Jahr regulärer Berufstätigkeit. All ihre Bemühungen um eine Neu- oder Ausnahmeregelung fruchteten nicht, da, so der FDGB-Vorsitzende Harry

Tisch in einem Gespräch mit ihr, durch die Ungleichbehandlung ein Präzedenzfall geschaffen würde.

Der 60. Geburtstag wurde mit einem Festkolloquium begangen, eingeleitet von der Laudatio ihres Schülers Volkmar Schuricht. Ehe er den verdienstvollen Lebensweg der Jubilarin in seinen Grundzügen nachzeichnete, schickte er voraus: „Ich weiß [...], dass es Ihnen gar nicht recht ist, wenn an Ihrem Ehrentage soviel über Sie gesprochen wird, da Sie doch immer nur Ihre Pflicht erfüllten, da Ihnen die Erfüllung persönlicher Wünsche nie Selbstzweck war. Aber Ihre Hochschullehrertätigkeit, die Sie so begeistert ausübten und noch ausüben, verpflichtet, insbesondere den Jüngeren unter uns mehr von Ihrem wissenschaftlichen Werdegang zu berichten, als Ihnen wünschenswert erscheinen könnte.“⁴¹⁰

Das Heft 9/1976 der „Isotopenpraxis“ enthielt ausschließlich ihr zum 60. Geburtstag gewidmete Beiträge ihrer Schüler; die „Isotopenpraxis“ war von C. F. Weiss mitbegründet worden und Lieselott Herforth gehörte lange Zeit ihrem Herausgebergremium an. Von der großen „Gratulationscour“ und der abendlichen Feier legt ein von den Kolleginnen und Kollegen gestaltetes Fotoalbum Zeugnis ab.

Am 31. Mai 1977 erfolgte die Abberufung von Lieselott Herforth als Professorin an der TU Dresden mit Wirkung vom 1. September 1977 durch den Minister für Hoch- und Fachschulwesen, Hans-Joachim Böhme, verbunden mit der Emeritierung „in Anerkennung ihrer Verdienste um die Ausbildung, Erziehung, Forschung und Weiterbildung“.⁴¹¹